DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

180 16. JAHRGANG September '99 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

DEBATTE

Mit den Aktivitäten rund um den EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln beschäftigt sich ein Reader der Gruppe »Landfriedensbruch«. »Vom Gipfel kann es nur aufwärts gehen« auf Seite 3.

ENDLAGER IN LOTHRINGEN

Ca. 150 km von der deutschen Grenze entfernt, wird das erste europäische Endlager für Atommüll entstehen. Nach dem Atomkraftwerk Cattenom, das 1986 in Betrieb ging, wird nun die zweite Atomanlage in Lothringen gebaut. Seite 4

AGENDA 21 & FAIRER HANDEL

Nachdem nahezu die gesamte Umweltbewegung der Agenda 21 (Abschlußdokment der Rio-Umweltkonfrenz 1992) auf den Leim gegangen ist, scheinen sich jetzt auch die Eine-Welt und entwicklungspolitische Initiativen nicht mehr für dieses neoliberale, atom- und gentechnikfreundliche »Kampfblatt« zu schade zu sein. Seite 5

SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter ist der dominierende Wunsch älterer Menschen für ihre künftige Wohnsituation. Betreutes Wohnen in neu zu gründenden Genossenschaften und eine Buchbesprechung zum Thema auf Seite 11.

SOZIALGENOSSENSCHAFT

Die Kölner Genossenschaft »Begleitung« unterstützt Menschen, die sich mit Sterben, Tod und Trauer auseinandersetzen müssen. Mit einem eigenen Beerdigungsinstitut ist sie die einzige Selbsthilfe-Initiative dieser Art in Deutschland. Seite 12

CORPORATE IDENTITY

Was versteckt sich hinter diesem »Modebegriff«, der auch abgekürzt als C.I. schon weit verbreitet ist? Seite 12

CORPORATE DESIGN

Passend zum 75. Geburtstag der biologisch-dynamischen Bewegung präsentiert sich das Demeterzeichen nach einer dezenten Überarbeitung frischer, jünger und vor allem einheitlich auf allen Produkten, die mit dem Öko-Premium-Label ausgezeichnet werden dürfen. Seite 13

DEMETER

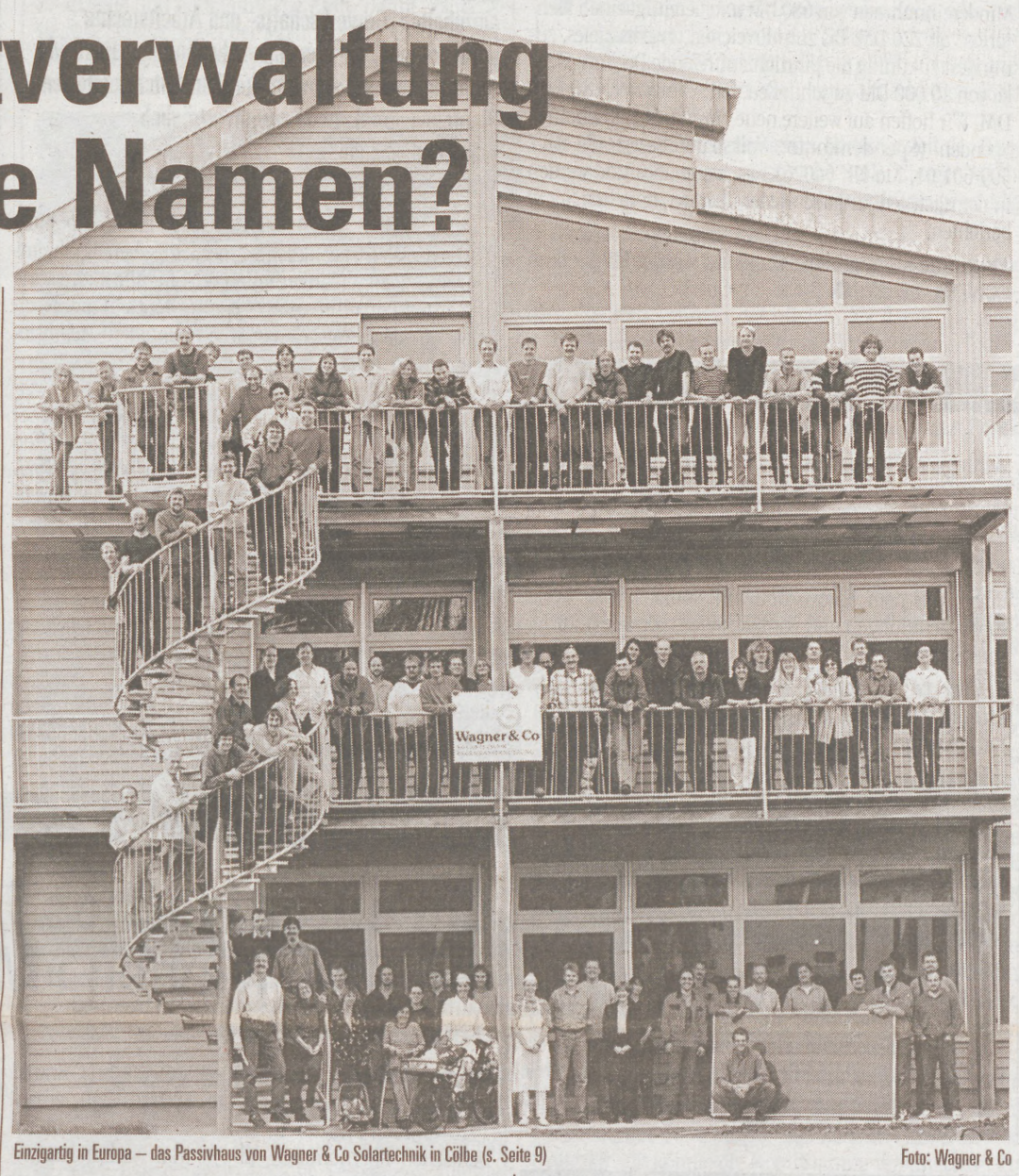
Demeter ist ein unternehmerisches Netzwerk mit gemeinsamen Zielen. Ein Gespräch mit Peter Schaumberger, Geschäftsführer des Demetermarktforums und des Demeterbundes auf Seite 13.

www.contraste.org

20 JAHRE WAGNER & CO, EIN PORTRAIT

Hat Selbstverwaltung heute viele Namen?

Erst selbstverwalteter Pionierbetrieb, dann Marktführer in der Nische Solartechnik sowie einziger Anbieter von Regenwassernutzungsanlagen und nun als innovatives Umweltuntemehmen mit mehr als 100 MitarbeiterInnen erwachsen geworden: Wagner & Co im hessischen Cölbe hat seine Firmenstruktur mehrfach umstrukturiert, dennoch mehrere Gründungsprinzipien beibehalten und ist heute einer der größten selbstverwalteten Betriebe in Deutschland. – Gründe genug, ordentlich zu feiern, was im Mai und Juni mit der Eröffnung des europaweit ersten Bürogebäudes mit Passivhausstandard gebührend getan wurde. Grund aber auch, zurückzublicken sowie das Erreichte öffentlich zu diskutieren. CONTRASTE-LeserInnen haben in unserem Schwerpunkt Gelegenheit, Details zur heiklen Suche nach geeigneten neuen MitarbeiterInnen, der laufenden Lohndiskussion sowie zu den heutigen internen Entscheidungsstrukturen zu erfahren. Es sollte kein oberflächlicher Bericht von außen werden, sondern verschiedene Wagner-MitarbeiterInnen reflektieren selbst ihren Betriebsalltag und geben ihre Diskussionen wieder, denn »selbstverwaltete Großbetriebe haben keine Vorbilder«. Spricht daraus bereits der leise Stolz des früheren Pionierbetriebs und jetzigen jungen Erwachsenen, es ohne Vorbild geschafft zu haben? – Den Anfang macht der Bericht vom Treffen einiger ähnlicher Großbetriebe bei Wagner & Co.



Einzigartig in Europa – das Passivhaus von Wagner & Co Solartechnik in Cölbe (s. Seite 9) Foto: Wagner & Co

Dietmar Schlosser, Cölbe ● Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20jährigen Firmenbestehen, fand im neuen Passiv-Solarhaus von Wagner & Co ein Symposium mit Betrieben in Selbstverwaltung statt. »Hat Selbstverwaltung heute viele Namen?« lautete das Motto.

Die Betriebe SOLVIS, PSI, die tageszeitung, die Lehrerkooperative, und Wagner & Co *(*)* stellten ihre wichtigsten Entwicklungsschritte in den letzten Jahren vor. Das Spektrum reichte von Strukturänderungen, der Kapitalbeschaffung für weitere Investitionen bis zur Gründung einer Aktiengesellschaft. Die Veranstalter haben aus aktuellem Anlaß die Veranstaltung auf große selbstverwaltete Betriebe konzentriert, weil diese mit anderen Realitäten beim Kampf ums Überleben befasst sind als z.B. kleinere Handwerkerkollektive und sie keine »Vorbilder« haben. Die Diskussion leitete Burghard Flieger, CONTRASTE-Redakteur und Genossenschaftsexperte.

Zahlreiche »normale« Betriebe versuchen derzeit, die Motivation und Identifikation Ihrer MitarbeiterInnen mit dem jeweiligen Betrieb durch flache Hierarchien, Investivlohn etc. zu verbessern. Sie steuern ihre Führungsstile und die Organisation hin zu einer stärkeren Mitbestimmung und Partizipation der Angestellten und Arbeiter. Demgegenüber orientieren sich größere selbstverwaltete Betriebe an den kapitalistischen Betrieben und führen Hierarchien und individuelle Verantwortungsbereiche ein, beschaffen Kapital durch Investoren außerhalb des Betriebes und räumen ihnen teilweise weitreichende Befugnisse ein. Basisdemokratie verliert dabei an Bedeutung und Elemente der repäsentativen Demokratie prägen die Entscheidungsstrukturen. Dadurch sollen die Betriebe innovativer, produktiver und wirtschaftlicher arbeiten, um im Wettbewerb überleben zu können.

Scheitern oder Wandeln?

Das bereits im vergangenen Jahrhundert formulierte Oppenheimer'sche Transformationsgesetz schwebte über den Beiträgen und Diskussionen. (vgl. Kasten Seite 7) Stehen selbstverwaltete Betriebe in verschiedenen Entwicklungsphasen tatsächlich vor der Frage: Scheitern oder Wandeln?

Ali Saghati von PSI betonte, dass von Außen nur der persönliche Vorteil interessiere, interne Unternehmensabläufe und -ziele seien von nachrangiger Bedeutung. Demokratie im Betrieb könne also nur mit einem unmittelbaren Nutzen für den Kunden zum Erfolg führen. »Wollen die Betriebe überleben und ihren MitarbeiterInnen ein gesichertes Einkommen bieten, müssen sie sich professionalisieren d.h. Produkte/Leistungen verkaufen, die von den Nachfragern gewünscht werden,« so Saghati weiter. Dabei würden Preis, Qualität, Distribution und die Kommunikation eine wichtige Rolle spielen.

Je nach Genossenschaftstyp und ihrer Ausprägung können unterschiedliche Kriterien definiert werden, wann ein Betrieb in eine Krise gerät – sich wandelt oder scheitert. Weitere Scheiterungsgründe für selbstverwaltete Betrieb und Genossenschaften sieht Burghard Flieger

Fortsetzung Schwerpunktthema auf Seite 7

D 8008

GRÜNES LICHT FÜR DIREKTKREDITVERFAHREN

Der Geldhahn ist wieder offen

Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen in Berlin hatte dem selbstorganisierten Freiburger Wohn- und Bauprojekt »Grether Ost« die Annahme von Direktkrediten untersagt. Dadurch wurde der Fortbestand des Projektes in Frage gestellt (s. CONTRASTE Nr. 178/179). Und nicht nur für dieses Projekt. Deshalb sind die nachfolgenden Ausführungen für alte, neue und weitere geplante Projekte, die sich über Direktkredite finanzieren, wichtig.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Antwort auf diese Restriktionen war die Gründung der *»Peanuts Company«*, mit der es möglich wird, einzelne Privatdarlehen anzunehmen und gebündelt als einzelnen Direktkredit an das Projekt weiterzuleiten. Das Kreditwesengesetz erlaubt eine Finanzierung, die nicht mehr als fünf Privatdarlehen einbezieht, wobei die Höhe der Einzelkredite unerheblich ist. Voraussetzung für diese Art von Finanzierung ist der Beitritt der GeldgeberInnen als GesellschafterInnen in den Fonds mit einem Geschäftsanteil von 100 DM und deren Beteiligung an den Verlusten und Gewinnen des Fonds. Die Darlehen der GesellschafterInnen gelten in diesem Fall nicht als »Einlagen« sondern als »eigene Gelder«.

Doch auch die bisherige Finanzierung durch Direktkredite ist, nachdem das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen monatelang mit »Zwangsabwicklung und Zerschlagung« drohte, doch wieder möglich. Eine einfache Klausel im Darlehensvertrag genügt, um das Direktkreditverfahren von einem »unerlaubten Bankgeschäft« in ein legales Finanzierungsinstrument zu verwandeln. Die Klausel lautet wie folgt:

»Der Darlehensgeber tritt mit seinem Rückzahlungsanspruch im Falle der Liquidation oder Insolvenz der Darlehensnehmerin hinter die Forderung der übrigen Gläubiger zurück.«

Gemeint damit ist, dass die DarlehensgeberInnen im Konkursfall erst ausgezahlt werden, wenn alle anderen Gläubiger bedient sind. Trotz dieser Formulierung ändert sich faktisch nicht viel. Erstens gibt es fast keine anderen Gläubiger. Zweitens sind die Darlehen auch weiterhin über die notariell eingetragene Sammelgrundschuld abgesichert: Ein Pfandrecht an der Immobilie Grether Ost, einem Areal in bester Innenstadtlage.

Das Projekt »Grether Ost«

Der Dank des Projektes gilt der Solidarität der DarlehensgeberInnen. In einem Anschreiben an alle DarlehensgeberInnen wurde ein erstes Stimmungsbild ermittelt. Bisher hatten 80% geantwortet: Von diesen haben sich alle bereit erklärt, ihre Gelder weiterhin zur Verfügung zu stellen – entweder durch Unterschreiben der Klausel oder durch Einlage in die *Peanuts Company* –, um damit das Projekt vor einer drohenden Zwangsabwicklung zu bewahren.

Angesichts der neuesten Entwicklungen stellt sich für »Grether Ost« die Frage, warum das Bundesaufsichtsamt monatelang mit der »Zerschlagung und Abwicklung« des Projektes droht und seine Existenz massiv in Frage stellt, um jetzt mit einer kleinen Änderung im Darlehensvertrag zufrieden zu sein. Genügt in solchen Fällen nicht ein Hinweis auf die Klausel und die Bitte um Änderung?

Mittlerweile kann der Vorwurf des unerlaubten Bankgeschäfts nicht weiter aufrechterhalten werden und die durch die Freiburger Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen die GeschäftsführerInnen der »Grether Ost« müssen eingestellt werden.

Das Bundesaufsichtsamt beteuerte im Laufe der Auseinandersetzung gerne seine Kooperationsbereitschaft.

Fortsetzung Seite 2

SPENDEN- UND MITGLIEDSWERBUNG

Der aktuelle Stand

10.000 Mark – das war in den vergangenen Jahren unser jährlicher Zuwachs an Schulden. Ende 1998 hatten wir unsere LeserInnen dazu aufgerufen, den weiteren Schuldenzuwachs für 1999 durch Spenden und Eintritte in den CONTRASTE e.V. zu verhindern. Nachfolgend der aktuelle Stand der Kampagne:

Auch über den Sommer konnten wir neue Mitglieder für Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Zwei Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- Christian Kofahl, Wendlandhof e.G. (120 DM)
- Werner Grob, Schwarzwurzel Naturkost Ludwigshafen (120 DM)

Auch ein neues Mitglied können wir begrüßen:

- Otto Hänsler, Mülheim (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 160 DM an Mehreinnahmen.
Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:

- Jan Beck, Nürnberg (300 DM)
- Hilmar Kunath, Hamburg (200 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 240 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 900 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Sieben Abos wurden gekündigt, ein neues Fördermitglied aus Bonn hatte sich nicht zurückgemeldet. Das ergibt Mindereinnahmen von 680 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 220 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslükke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch 804,99 DM. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

BRÜCKEN BAUEN FÜR VERSTÄNDIGUNG

Freiwillige für Projekte in serbischen Regionen gesucht

Wustrow, 21.7.1999: Die Bombardierungen in Jugoslawien haben nicht nur Gebäude-Ruinen als Trümmerfeld hinterlassen, sondern auch Vorurteile wieder wachsen lassen: gegen »die SerbInnen«, »die westlichen Staaten«, »die Deutschen«. Vorurteile, die Haß aufrechterhalten und Begegnungen unmöglich machen. Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. *KURVE Wustrow* geht, in Zusammenarbeit mit serbischen Organisationen, gegen diese Tendenzen an und sucht Freiwillige, die für zwei bis sechs Monate in serbischen Organisationen mitarbeiten. So können Brücken wieder geschlagen werden, zwischen Menschen in Deutschland und Menschen in serbischen Regionen.

Gerade jetzt ist es von großer Bedeutung bestehende Kontakte zu serbischen Organisationen aufrechtzuerhalten, zu intensivieren, beziehungsweise neu zu knüpfen. Denn nur auf der Grundlage von Dialog und Verständigung wird sich ein langfristiger Frieden entwickeln können.

Zdravo da ste aus der Serbischen Republik (Republika Srpska) in Bosnien Herzegowina zum Beispiel, sucht Menschen, die bis zu drei Monaten bei Ausbau- und Renovierungsarbeiten in ihren neuen Projekträumen mithelfen. *Zdravo da ste* (»Es soll Euch gut gehen«, eigentlich eine serbokroatische Grußformel) hat schon während des Krieges in Bosnien mit Flüchtlingen und gegen den Krieg gearbeitet. Jetzt arbeiten sie mit albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo und mit Roma, bieten Workshops, Schulungen und Fortbildungen, vor allem für Jugendliche, an.

Oder die *SOS Hotline* – Zentrum gegen Gewalt in der Familie, die eine Freiwillige sucht, die im Belgrader Beratungszentrum für Frauen und Mädchen mitarbeitet. Die Organisation arbeitet in Workshops mit Opfern familiärer Gewalt, mit weiblichen Flüchtlingen und Roma-Frauen. Die Freiwillige soll dem Team im Büro zur Hand gehen, das Fachpersonal bei der Durchführung von Workshops unterstützen und Freizeitangebote für Mädchen, die ihre Eltern im Krieg verloren haben, machen.

Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. KURVE Wustrow bereitet die Freiwilligen intensiv vor, betreut sie während ihres Aufenthaltes und bietet Nachbereitungsseminare an. Engagierte Freiwillige können sich mit Lebenslauf und Motivationsschreiben bewerben bei: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. KURVE Wustrow, Kirchstraße 14, D-29462 Wustrow, Tel. (0 58 43) 5 07●

Alle Wege führen nach Rostock!

August-Ausgabe der »Tausch-System-Nachrichten« jetzt erhältlich

Ein Schwerpunkt der TSN liegt diesmal auf dem Bundestreffen der Tauschringe, das vom 24.-26.9.99 in Rostock stattfindet. Welche Bedeutung hat dieses Treffen für die informelle Vernetzung? Kann es gemeinsame Initiativen auf Bundesebene geben? Außerdem gibt es das vorläufige Programm zu lesen, wie auch praktische Hinweise für Anmeldung, Übernachtung und Anreise. Weiteres Thema: Keine Angst vor Handwerkskammern – ein Interview mit dem Rechtsanwalt Thomas B. Petri, der sich auch deutlich zum Dauerbrenner Steuern äußert. Und wie immer Satire, Nachrichten und aktuelle Berichte rund ums Tauschgeschehen. Die neue Ausgabe einfach bestellen: Das Tauschring-Archiv (Klaus Kleffmann), Hasenkamp 30, D-49504 Lotte-Halen; Tel. (0 54 04) 7 24 00; Fax: 48 22; eMail: archiv@tauschring-archiv.de●

BERMUDAFUNK

bermuda.funk ist ein freies, nicht-kommerzielles Radio im Rhein-Neckar-Dreieck – bisher noch ohne eigene Frequenz. Dem soll jetzt abgeholfen werden. Am 19. Juli wurde der baden-württembergischen Landesanstalt für Kommunikation empfohlen, eine Frequenz für das Freie Radio auszuschreiben. Damit steht einem Sendestart im nächsten Jahr nichts mehr entgegen.

Schon vorher soll der Sendebetrieb geprobt werden. Im Rahmen eines »Veranstaltungsradio«, daß anläßlich des 48. Internationalen Filmfestivals Mannheim-Heidelberg ins Leben gerufen wurde. Dieser wird vom 7. bis 17. Oktober in Mannheim und Heidelberg auf Sendung gehen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Berichterstattung zum und rund um das Filmfestival sowie Beiträgen, die aus den Gruppen und Initiativen kommen. Gesendet wird in zwei Blöcken, von 8 bis 18 Uhr mit Werbeeinblendungen und zwischen 18 und 8 Uhr der nichtkommerzielle Teil.●

dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

100 JAHRE & 150 TAGE CHIQUITA:

Chiquita-Kampagne zieht Bilanz

Vor einem halben Jahr begann in 15 Ländern eine internationale Koalition von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerken eine Kampagne anlässlich des einhundertsten Geburtstages von »Chiquita Brands International«. Die Kampagne fordert von dem US-amerikanischen Bananenkonzern grundlegende Menschenrechte einzuhalten, Gewerkschafts- und Arbeitsrechte anzuerkennen, auf den Einsatz hochgiftiger Pestizide zu verzichten und die vom Hurrikan Mitch zerstörten Plantagen sozial- und umweltverträglich wiederaufzubauen.

Hamburg, den 24.8.1999: 150 Tage nach dem 100-jährigen Geburtstag des US-amerikanischen Bananenkonzerns zieht die internationale Chiquita-Kampagne eine erste Bilanz ihrer Aktivitäten in Deutschland. Nach einer Zeit der erfolgreichen internationalen Mobilisierung läuten die Unterstützer der Kampagne jetzt eine neue Phase ein. Dabei wird das Unternehmen an die weiterhin ausstehende Lösung sozialer und ökologischer Missstände erinnert. Die Bilanz wurde von einer Aktion im Hamburger Hafen begleitet. Unter dem Motto *»Chiquita überfährt die Wünsche ihrer Verbraucher«* durchbrach ein mit dem Slogan *»100 Jahre krumme Dinger«* versehener LKW eine Mauer aus Protestnoten der Konsumenten.

Zum Hintergrund: Die Kampagne, die anlässlich des einhundertsten Geburtstages von *Chiquita Brands International* am 30.3.1999 lanciert wurde, zielt darauf ab, die Arbeits- und Umweltverhältnisse auf den Plantagen zu verbessern und Respekt für die Rechte von über 20.000 Arbeitern und deren Gewerkschaften einzufordern. Unter dem massiven Druck der zentralamerikanischen Bananenarbeiter-Gewerkschaften sowie vieler europäischer und US-amerikanischer Verbraucher konnte seitdem die Unternehmensleitung dazu bewegt werden, mit ihren Kritikern und den Arbeitervertretungen zu verhandeln. Ein regionales, für Zentralamerika gültiges Rahmenabkommen über Arbeitsrechte wird derzeit vorbereitet, eine Diskussion über die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindestnormen in der Produktion wurde begonnen. Die Kampagne begrüßt diese Verhandlungsangebote und fordert den Konzern auf, das Abkommen zügig zu unterzeichnen. Trotz dieser ersten Erfolge fordert sie Chiquita erneut auf, sich mit ihrer unrühmlichen Geschichte auseinander zu setzen, die vom Hurrikan Mitch zerstörten Plantagen sozial- und umweltverträglich wieder aufzubauen und auf den Einsatz hochgiftiger Pestizide zu verzichten. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird die deutsche Bananen-Kampagne im Herbst des Jahres eine Kampagne zum Pestizideinsatz in der Bananenwirtschaft beginnen.

Die Kampagne gegen die Geschäftspraktiken des Unternehmens wird auf Initiative lateinamerikanischer Bananenarbeitergewerkschaften von einem internationalen Aktionsbündnis in zwölf Ländern getragen. Allein in Deutschland unterstützen 25 Organisationen, zu denen u.a. Brot für die Welt, die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, die IG B.A.U., weitere Gliedorganisationen des DGB sowie Entwicklungs- und Umweltorganisationen gehören, die Aktion. Bundesweit beteiligten sich bislang über 200 lokale Initiativen an einer Unterschriftenaktion. »In den letzten 100 Jahren hat sich Chiquita genug krumme Dinger geleistet, wir nehmen den Konzern, der öffentlich soziale Verantwortung und Umweltverträglichkeit propagiert, jetzt beim Wort«, sagte ein Sprecher der Bananen-Kampagne.●

SELBSTDARSTELLUNG

Ein europäisches Friedensprojekt mit dem Namen »MIR«?

Frankfurt/Main. Wo? ehemalige McNair-Kaserne, Frankfurt-Höchst, Elsenborner Straße, Konrad Glatt, erbaut 1918 von den Franzosen, Ende der 20er Jahre von den Deutschen übernommen, ab '33 von Nationalsozialisten genutzt, um widerwillige Bürger zu erziehen, ab 1945 von den amerikanischen Militärs, seit ca. 1990 leerstehend, Spekulationsobjekt, das keiner so recht haben will, da unter Denkmalschutz und stark heruntergekommen, renovierungsbedürftig ...

Kapazität: Ca. 300 Zimmer ... Dachboden, Kellergeschoss, grosse Küche, Terasse, grosser ehemaliger Exerzierplatz; ... Grosser Platz direkt unter den Fenstern. Sanitäre Anlagen vorhanden.

Wem? Im Besitz vom Bund, vielleicht auch schon KEG (Frankfurter Konversionsentwicklungsgesellschaft)

Woher? Die Idee stammt aus dem Umfeld der BewohnerInnen der Michael-Barrax, inspiriert durch einen Aufruf am Ende des Bundesparteitags der Grünen, auf kommunaler Ebene aktiv zu werden: für die Unterbringung von Flüchtlingen zu sorgen und desertierten Soldaten zu helfen und friedenserhaltende und präventive Maßnahmen zu fördern. Lage für derartiges Projekt ideal in Frankfurt – der Stadt des europäischen Geldes ... Freiräume schaffen, um eigenständig, unabhängig und selbstorganisiert zu arbeiten, zu diskutieren und zu denken, Gelegenheiten nutzen ...

Wer macht mit??? Aufbau eines internationalen Jugendkulturprojektes zusammen mit dem Engagement desertierter Soldaten aus dem Kosovo, oder generell Flüchtlinge, die sich für ein derartiges Projekt interessieren, Leute aus dem Umfeld des Vereins Wohnen-Arbeiten-Leben und weitere interessierte lokale Gruppen und Vereine ...

Im Vordergrund steht dabei die Hilfe zur Selbsthilfe im Gegensatz zu konventioneller Flüchtlingsunterbringung in Lagern. So könnte unter professioneller Anleitung das unter Denkmalschutz stehende Ensemble renoviert, gestaltet und eingerichtet werden.

Gleichzeitig könnten alle in das Projekt involvierte Personen in der Kaserne wohnen. Die Gäste bekommen neben der Möglichkeit, sich ein Zimmer einzurichten, Verpflegung und ein angemessenes Entgelt für ihren Einsatz. Auch über die Unterbringung von (Flüchtlings)familien kann nachgedacht werden. Dazu erstmal Renovierung ...

Wichtig ist jedoch, eine Ghettobildung zu vermeiden, also das Projekt als ein integratives zu sehen. Die Arbeiten bestehen voraussichtlich aus der gemeinsamen Planung, Instandsetzung, Renovierung und Gestaltung der Gebäude und des Platzes. Zusätzlich sollte über ärztliche und psychologische Beratung/Hilfestellungen nachgedacht werden. Während des Aufbaus sollte natürlich das kulturelle Leben und das Feiern nicht zu kurz kommen ...

Zukunft: Internationales Wohn- und Kulturprojekt zur Pflege der Völkerverständigung. Internetcafe, Musikräume, Ateliers, Galerie, Medienwerkstatt, Bibliothek, Ausstellung, Werkstätten, Wohnräume, Tagungsräume, Gästezimmer, gemeinsame Küche und Lebensmittelversorgung; Shops und Projekte: Hanfladen, Dritte-WeltLaden, Musiklabel, Bücherladen, frühmusischer Kindergarten usw.●

Kontakt: Conni (Michael-Barrax)
Tel. (0 69) 30 85 21 89

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Das Freiburger Projekt hat einige Vorschläge, wie die Zusammenarbeit in ähnlichen Fällen verbessert werden kann. Ein Merkblatt des Bundesaufsichtsamtes, indem auf die legale Möglichkeit des Direktkreditverfahrens hingewiesen wird, wäre eine große Erleichterung für alternative Projekte. Zusätzlich schlägt das Projekt vor, dass das Bundesaufsichtsamt seine Verwaltungspraxis dahingehend ändert, dass es Sammelgrundschulden als bankübliche Sicherheit akzeptiert. Das Kreditwesengesetz verbietet dies nicht.

Der Konflikt wäre vermeidbar gewesen, Zeit und Energie, die das Projekt für die Auseinandersetzungen aufwenden musste, hätte sinnvoller genutzt werden können.

Während der Zeit der viermonatigen Auseinandersetzung hat »Grether Ost« ununterbrochen weitergebaut. Trotzdem werden sich nun einzelne Bauabschnitte, wie die Fertigstellung der Kindertagesstätte verzögern. »Grether Ost« kann nun unbelästigt weiter bauen und sucht dafür neue zinsgünstige Direktkredite von Privatpersonen, die das Projekt unterstützen wollen. Weiterhin besteht auch die Möglichkeit, Geld in der neugegründeten *Peanuts Company*, dem Direktkreditfonds für »Grether Ost« anzulegen.

Mehr zum Projekt, zur Peanuts Company und zu den Konflikten mit dem Bundesaufsichtsamt kann jetzt auch im Internet nachgelesen werden unter der Adresse: www.gretherost.syndikat.org●

Kontakt: Grether Ost, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg,
Tel. (07 61) 2 48 87, Fax 2 24 07,
E-Mail:
peanuts-company@syndikat.org

PERSPEKTIVEN FÜR EINE EMANZIPATORISCHE BEWEGUNG NACH DEM DESASTER VON KÖLN

Vom Gipfel kann es nur aufwärts gehen ...

Eine selbstkritische Analyse der eigenen Schwächen fordert die »Gruppe Landfriedensbruch« von allen Teilen politischer Bewegung, denn: »Köln war im Gesamten und in fast allen Details eine Sache, die nur als schlechtes Beispiel dienen kann ... Fast alle beteiligten Gruppen, sowohl die dominanten als auch die ideenlosen MitläuferInnen, scheuen davor zurück, eine offene, selbstkritische Strategiediskussion zu führen – die einen, weil sie ihre Dominanz erhalten wollen, die anderen, weil sie zur Zeit Willen und Fähigkeit nicht haben, sich selbständig zu organisieren«. So jedenfalls steht es im Analysekapitel eines neuen Readers, der die Aktivitäten rund um die EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln unter die Lupe nimmt.

Das Ergebnis etlicher Interviews, Beobachtungen, Auswertung von Protokollen und Papieren ist ernüchternd: Die Kölner Aktionen, eigentlich das wichtigste Ereignis des Jahres für politische Gruppen, wurden von den Führungskadern der verschiedenen Bündnisse sehr bewußt so gestaltet, daß sie in der Sache erfolglos waren. Wichtiger war Gruppen wie der *Ökologischen Linken* oder *WEED* der Dominanzgewinn über das ihnen nahestehende politische Spektrum – Ökoli und andere über das linksradikale, politische Lager, WEED, BUND und andere über die NGOs und etablierten Institutionen in Deutschland. 40 Seiten Hintergründe und Dokumente im ersten Teil des Köln-Readers bieten einen präzisen Überblick über die Kölner Geschehnisse sowie, als Vergleich, der Aktionen in London am 18.6. Die waren nämlich grundlegend anders organisiert – und bedeutend öffentlichkeitswirksamer. Aus diesem Material filtern die AutorInnen des Readers sieben Hauptkritikpunkte. Zusammengefaßt beschreiben sie die Mängel der Kölner Aktivitäten:

1. Die politischen Positionen waren anbiedernd, realpolitisch und nicht geeignet, politische Gegenbilder zu den ökonomisch-neoliberalen, militärischen und imperialistischen Ideen der EU und G7 zu formulieren.
2. Der Wille zur legal-konfliktfreien Durchführung von Demonstrationen und Kongressen schloß nicht nur etliche Aktionsformen aus, sondern verschaffte auch eine schlechte Verhandlungsposition gegenüber Behörden, Polizei usw.
3. Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die geübt-machtorientierten Funktionärsklüngel, die ihre Dominanz gezielt aufbauten und durchsetzen.
4. Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die zur Selbstorganisation und strategischer Aktionsplanung zur Zeit unfähigen Basisgruppen und selbstorganisierten Zusammenhänge.
5. In der Vorbereitung der Kölner Aktivitäten gab es nie intensive Diskussionen um Strategien und Aktionsformen, auch keine Auswertung früherer Kampagnen und Aktionen.
6. Im technischen Bereich traten unfaßbare Mängel auf, z.B. bei der Pressearbeit, Mobilisierung, Kommunikation usw.
7. Der Unwille zur Strategiedebatte scheint auch nach Köln vorhanden zu sein.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Analyse legt die *»Gruppe Landfriedensbruch«* auf die Merkmale und Organisationsmuster der von Apparaten dominierten NGOs und der zur Zeit völlig desorganisierten Zusammenhänge autonomer, unabhängiger Gruppen.

Den größten Anteil überregionaler Organisationskraft nehmen heute die NGOs und ihnen nahestehende Organisationen ein. Sie verfügen vor allem über enorme finanzielle und hauptamtliche Kraft. Damit überdecken sie ihre Schwäche bei der Mobilisierung von Öffentlichkeit. Selbst ihre eigene Basis (Mitgliedsgruppen, Mitglieder) erreichen sie kaum und versuchen es auch nicht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ihre Arbeitsstrategien sind voll auf die (Lobby)Arbeit der Apparate ausgerichtet.

Drei Grundtendenzen zeichnen die NGOs aus:

- Die Nähe zum Staat sowie z.T. auch zur Wirtschaft. Strukturen und Arbeitsformen/-inhalte sind so ausgerichtet, daß eine Einbindung in halboffizielle Gremien und Beiräte sowie die ständige BeraterInnentätigkeit in den Machtstrukturen effizient möglich sind und die Organisationen vom Staat als PartnerInnen akzeptiert werden. Radikale oder anders organisierte Gruppen und Zusammenhänge werden von den NGOs ausgegrenzt oder nicht wahrgenommen.
- Meist herrscht eine typische Verbandsorientierung. Das bedeutet, daß das eigene Image wichtiger ist als der Erfolg in der Sache. Abgrenzungsbemühungen und schnelle, beleidigte Reaktion auf Kritik am Verband kommen hinzu. Typisch für Verbände sind zudem Hierarchien sowie die Hauptsorge um finanzielle Förderungen. All das steht einer wirkungsvollen, vielfältigen Arbeit sowie der Bündnisbildung entgegen.
- Viele Organisationen oder auch Einzelpersonen neigen zu dominantem Verhalten, um sich oder ihren Verband in den Vordergrund zu bringen.

Neben diesem etabliert-organisierten Teil der Bewegung gibt es viele selbst- oder heute leider meist unorganisierte Gruppen und Zusammenhänge, autonome Einrichtungen usw. Sie zeichnen sich aktuell vor allem aus durch:

- Ein-Punkt-Bezogenheit, d.h. die Gruppen agieren nur an extremen Reizen am Rande des gesellschaftlichen Geschehens (Castor, Faschoaufmärsche), übersehen aber die viel komplexeren Angriffspunkte in der gesellschaftlichen Mitte. Zudem werden gesamtgesellschaftliche Themen und Visionen gemieden. Vergleichbar mit Ein-Punkt-Orientierung ist die Reaktion auf Repression, z.B. Räumungen, die immer wieder kurzzeitige Aktivitäten aufflackern lassen.
- Die meisten dieser Gruppen sind desolat oder nicht organisiert, leben von der Substanz früherer Jahre (z.B. materiell) und schaffen es nicht, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, um politische Ziele durchzusetzen.
- Auch in selbstorganisierten Kreisen spielt der Dominanzaufbau eine wesentliche Rolle. Einigen MacherInnen stehen oft viele KonsumentInnen gegenüber.

In allen Teilen herrschen oft

- Abhängigkeit von staatlichen Geldern, Genehmigungen oder Gebäuden – selbst die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat, der damit die eigene Spielwiese für vermeintliche GegnerInnen schafft).
- Abgrenzung, Vereinsmeierei und Hang zu zentralistischen Aktionskonzepten.
- Inhaltslosigkeit, mangelnder Mut zu klaren Positionen, Widerstand und visionären Entwürfen.

Aus dieser Analyse heraus finden sich im Reader perspektivische Entwürfe zu einer Organisation emanzipatorischer Bewegung. Die *»Gruppe Landfriedensbruch«* lehnt alle Varianten ab, die von oben, d.h. ausgehend von geld- und personalstarken Apparaten politische Aktion initiieren wollen. Das würde Schwächen und mangelnde Mobilisierungsfähigkeit nur verdecken. Köln hätte ja gerade gezeigt, daß Masse nicht gleich Klasse ist. Wichtiger sei der systematische Aufbau von Aktionsfähigkeit in den Basisgruppen. Verbände und Organisationen müßten dazu ihre Prioritäten ändern und ihre Kraft nicht in Apparate stecken, die sich als GesprächspartnerInnen von Staat und Wirtschaft organisieren, sondern in Aufbau, Unterstützung, Mobilisierung und Vernetzung von Basiszusammenhängen. Unabhängige Initiativen und autonome Gruppen müßten dieses aus eigener Kraft bewerkstelligen – bessere Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen könnten dabei ebenso helfen wie der gezielte Aufbau unabhängiger Infrastruktur. Arbeitsräume, Infozentren, eigene Medien usw. könnten von verschiedenen Gruppen gemeinsam aufgebaut und genutzt werden.

Aus der Kritik an der Unkenntlichkeit klarer politischer Positionen wird das Ziel formuliert, neue, radikale bis visionäre Forderungen und Ziele zu erarbeiten. Ihre Attraktivität könnte die Mobilisierung vereinfachen, ihre Radikalität die Durchsetzung von Teilschritten ermöglichen. Modelle und Kristallisationspunkte müssen geschaffen werden, an denen die Positionen und Ziele immer wieder deutlich gemacht, aber auch ausprobiert, verändert, erweitert und diskutiert werden können.

Expo 2000 – Symbol für den Beginn einer starken emanzipatorischen Bewegung?

Der Reader geht über die theoretische Analyse und Darstellung von Perspektiven hinaus. Einige konkrete Anknüpfungspunkte für die konkrete Entwicklung neuer Aktionsstrategien werden genannt. Im Mittelpunkt sehen die AutorInnen dabei die Expo 2000. Sie stelle aus verschiedenen Gründen einen geeigneten Angriffspunkt dar, baulich wie inhaltlich. Da die Expo ein komplettes Zukunftsszenario entwickelt, in dem technische Innovationen und Profitmaximierung im Mittelpunkt stehen, bietet sie eine Gelegenheit, Kritiken und Aktionen aus verschiedenen Bereichen zu bündeln und emanzipatorische Gegenbilder zu entwerfen. Da die Expo zudem mit riesigen Bauwerken in Hannover sowie weltweiten Projekten und Veranstaltungen überall auch viele Aktionsmöglichkeiten bietet, kann sie Aufhänger für den Aufbau einer breiten, aktionsfähigen politischen Bewegung sein, die aus den Teilen von Frauen-, Eine-Welt-, sozialen, Öko-, Jugend- und weiteren Zusammenhängen erwächst, die emanzipatorische Ideen in ihre Arbeit einbinden und darin auch den Schnittpunkt für gemeinsame Forderungen und Bündnis-Aktionen sehen.

Weitere Aktionen

Neben der Expo 2000 finden sich im Perspektiventeil des Köln-Readers weitere Vorschläge für Aktionen, die eine gemeinsame emanzipatorische Position widerspiegeln und der Entwicklung politischer Bewegung dienen können, so z.B. internationale Widerstandstage gegen Neoliberalismus oder die dezentralen Aktionskonzepte zur Rückeroberung öffentlichen Raumes wie *»Reclaim the Streets«*, *»Critical Mass«* oder die *Innen!Stadt!Aktion!*

Der Reader kann auf den verschiedenen Sommercamps, auf Kongressen, Seminaren sowie in allen Basiszusammenhängen Grundlage sein für eine Debatte über die Neuorganisation politischer Bewegung. Nötig ist sie – das hat Köln nachdrücklich bewiesen! Der Reader kann gegen 10 DM (einschl. Porto, ab zweitem Expl. 4 DM/Stück) bei der Gruppe Landfriedensbruch bestellt werden: Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.●

Anzeige

1x 30.000 oder ... 1.000 x 30 Leute?

Köln im Juni 1999 – eigentlich hätte es die wichtigste politische Aktion des Jahres werden sollen. Aber es wurde ein laues Lüftchen.
Warum? Pech oder Absicht? Wo ergänzen sich Zentralismus, Dominanz und desorganisierte Basisgruppen?

Dieser Reader zeigt die Hintergründe, läßt viele AktivitistInnen zu Wort kommen und versucht, Perspektiven aus dem Desaster von Köln zu entwerfen.

Notwendige Grundlage der Debatte um eine unabhängige, politische Bewegung – die erst noch entstehen muß!

10-DM-Schein an (plus 4 DM je weiterem Reader):
Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

PARTISAN.NET:

Demokratische Selbstorganisation im Netz

»Das Partisan.net ist tot – es lebe das Partisan.net«: Wie im realen Leben, so fliegen auch in der virtuellen Welt unter Linken die Fetzen. Der Anlass: Hehre publizistische Grundsätze.

Peter Nowak (taz) ● »Die Linke im Internet schafft sich ein neues Haus«, mit diesen optimistischen Worten stellte der Berliner Apo-Veteran *Günter Langer* im April letzten Jahres in der taz die Gründung von Partisan.net vor. Die bundesweite Präsenz »linker und radikaler Kräfte« im Internet sollte ebenso zu den unanfechtbaren Grundsätzen des neuen Servers gehören wie die »Entwicklung demokratischer Formen der Selbstorganisation gemeinsam mit den Webspacenutzern«.

Knapp ein Jahr später ist von den hehren Grundsätzen wenig übriggeblieben. Wie in der realen Welt konnten die Linken auch im Internet das Streiten nicht lassen. Wer soll überhaupt Platz im virtuellen linken Haus haben? Die *Kalaschnikow-Gruppe* wohl nicht mehr. Der von FU-StudentInnen gegründeten Hochglanzzeitung, die bisher eher durch das Nachdrucken bereits publizierter Texte als durch eine politische Linie aufgefallen ist, wurde von der Partisan.net GbR die weitere Zusammenarbeit aufgekündigt. Auslöser des Konflikts waren mehrere aktuelle Texte des Apo-Veteranen und heutigen FU-Professor *Bernd Rabehl*. Darunter jene umstrittene Rede, die er im Herbst vor der rechtsradikalen Burschenschaft Danubia gehalten hatte und die durch die Veröffentlichung in der rechtslastigen Wochenzeitung *Junge Freiheit* bekannt wurde. Den Wirbel um Rabehls nationales Coming-out wollte Kalaschnikow-Chefredakteur *Stefan Pribnow* nutzen, um seine Zeitung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Flugs avancierte er zum Rabehl-Verleger, erwarb das Copyright für dessen Texte und stellte sie ins Partisan.net.

Darin sah die Partisan.net Entwicklungs GbR einen eindeutigen Verstoss gegen die Grundsatzerklärung des linken Providers. »Dort heisst es ausdrücklich, dass für uns sozialemanzipatorische Bewegungen der Bezugspunkt sind. Für Texte mit national-völkischem Inhalt ist da kein Platz«, so Karl-Heinz Schubert. Nach einem Ultimatum löschte die Kalaschnikow-Gruppe in letzter Minute die inkriminierten Rabehl-Texte. Doch anschliessend entbrannte ein heftiger Schlagabtausch. Pribnow warf den Domain-Eigentümern Zensur und Missbrauch ihrer technischen Macht vor. Der dreiköpfige Partisan.net-Verein erklärte seinen Rücktritt und löste sich anschliessend bei einem von der Kalaschnikow-Gruppe einberufenen Minitreffen gleich selbst auf. Diesen Beschluss wiederum erkannte die Partisan.net Entwicklungs GbR nicht an. Auf einem von ihr einberufenen PartisanInnenratschlag im Mehringhof stellte sich die grosse Mehrheit der NutzerInnen, darunter die *Berliner MieterInnengemeinschaft*, die Online-Zeitung *trend* und die *AG-Netzkritik* hinter Schuberts Linie. Weil die Kalaschnikow-VertreterInnen zu einer klaren Distanzierung von Rabehls Texten nicht bereit waren, wurden sie des Saales verwiesen.

Günter Langer und Karl-Heinz Schubert zogen auf dem Treffen ein ernüchterndes Fazit ihrer ursprünglichen Vorstellungen: »Die grosse Mehrheit der Projekte, Gruppen und Einzelpersonen, die das Partisan.net nutzen und ihm sein linkes und radikales Profil verleihen, konnten nicht dazu gewonnen werden, sich gemeinsam als Herausgeber und Organisator des Partisan.net in einem Verein oder ähnlichem formalen Gebilde zur organisieren.«

Doch nach dem Motto »Das Partisan.net ist tot – es lebe das Partisan.net« soll das Projekt aus dem Konflikt gestärkt hervorgehen. Auf einem allmonatlichen Jour fixe sollen Grundsatzfragen diskutiert werden. Einige sind schon ausformuliert. Sind demokratische Selbstorganisation und Internetstruktur überhaupt kompatibel? Wie kann in einem strömungsübergreifenden, basisdemokratischen Internet-Projekt die Einhaltung von emanzipatorisch-publizistischen Grundsätzen der Domain durchgesetzt und eine Infiltration von rechts verhindert werden?●

Aus: taz Berlin lokal, Nr. 5891 vom 21.7.1999, S. 24

ATOMANLAGEN ZWISCHEN BAUERNHÖFEN UND KUHWIESEN

Nicht hier, nicht dort... ...und auch nicht anderswo!

In Bure/Lothringen, ca. 150 km von der deutschen Grenze entfernt, wird das erste europäische Endlager für Atommüll entstehen. Ab 2006 soll der Müll unter einer Lehm-Ton-Schicht gelagert werden, an zwei weiteren Orten entstehen ein Endlager unter Granitfelsen und ein überirdisches Zwischenlager. Nach dem Atomkraftwerk Cattenom, das 1986 in Betrieb ging, wird nun die zweite große Atomanlage in Lothringen gebaut. Ein Blick nach Bure zeigt, warum die rot-grüne Regierung in Paris das Endlager ausgerechnet hier plant: In der dünn besiedelten, strukturschwachen Region rechnet sie mit wenig Protest. Es wird von der Stärke des Widerstandes abhängen, ob diese Rechnung aufgeht!

Redaktion Saarland ● Die geplanten Lagerungskapazitäten des Endlagers sind gigantisch, es ist nicht auszuschließen, daß dort auch deutscher Atommüll gelagert werden könnte. So stellte der Europa-Rat im März 1998 bereits fest, daß den Überlegungen für ein gemeinsames internationales Atommüllendlager technisch, ökonomisch und juristisch nichts im Wege stehen würde, allerdings wäre dies zur Zeit politisch noch nicht durchsetzbar. Aber machen wir uns nichts vor: Die deutsch-französische Atomzusammenarbeit, im zivilen wie im militärischen Sektor, war und ist sehr gut. Cattenom wurde auch mit finanzieller Beteiligung der Badenwerke gebaut, die seitdem 5% des Stroms von Block 1 und 2 vertraglich abnehmen. Zur Zeit arbeiten die deutsche Siemens AG und der französische Atomkonzern Framatome gemeinsam an der Entwicklung des »Europäischen Druckwasser Reaktors (EPR)«. Hinzu kommt, daß ein Atommüll-Endlager in Deutschland im Moment nur mit massiver Polizeigewalt durchsetzbar ist. Der Export des Atommülls in ein anderes Land wäre also für die rot-grüne Bundesregierung der Weg des geringeren Widerstandes.

»Prima«, werden jetzt vielleicht einige (klammheimlich) denken, »dann steht das Ding wenigstens nicht hier bei uns.« Das Verlagern der Atomtechnologie in andere Länder, ob aus wirtschaftlichen Gründen oder aufgrund des geringeren Widerstandes, ermöglicht einen fortlaufenden Ausbau der Atomenergie und sichert die Gewinne der Atomwirtschaft für Jahrzehnte. Nationale Betroffenheitspolitik nutzt nur den BetreiberInnen von Atomanlagen. Strahlen kennen keine Grenzen und das gleiche muß auch für unseren Widerstand gelten.

Rot-Grün in Frankreich baut Atommüll-Endlager

1991 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Atommüll-Gesetz. Es fordert die Atom-Industrie auf, bis zum Jahre 2006 »Lösungen« für das Abfallproblem zu finden. Ein Schwerpunkt war die Suche und Auswahl von möglichen Endlagerstandorten, mit der die französische Regierungsbehörde *ANDRA* beauftragt wurde. *ANDRA* (Agence nationale pour la gestion des déchets radioactifs) suchte und schließlich blieben drei von dreißig Standorten übrig, einer davon Bure nahe Bar-le-duc in Lothringen. Nach den Plänen der französischen Regierung soll dort nun das erste atomare Endlager in Europa gebaut werden. Zwar wird bisher (noch) von einem Versuchslabor gesprochen, aber klar ist: Sollte sich nach 2006, nach Abschluß der »Forschungsarbeiten«, der Standort als geeignet erweisen, könnte direkt mit der Einlagerung von hoch radioaktivem Atommüll begonnen werden. Bereits im Herbst '99, nach öffentlicher Ausschreibung, sollen die Bauarbeiten auf dem 17 Hektar großen Gelände beginnen. Ab dem Jahre 2006 kann dann die Lagerung hochradioaktiven Abfalls in 450m Tiefe in einer Lehm-Ton-Schicht erfolgen.

Zur Zeit sind in Frankreich 57 Atomkraftwerke in Betrieb und produzieren jährlich 1.200 Tonnen radioaktiven Müll. Die Verabschiedung des Gesetzes 1991 war der Versuch der französischen Regierung, das unlösbare Problem der Abfallentsorgung im Bund mit den AKW-Betreibern zu »lösen«. Diese haben verständlicherweise starkes politisches und wirtschaftliches Interesse am Bau eines Endlagers, der dringend benötigte Entsorgungsnachweis wäre dann erbracht. Die Existenz eines atomaren Tiefenlagers würde die Lösung des Atommüllproblems vortäuschen und den reibungslosen Weiterbetrieb der Atomanlagen sichern.

Die gekaufte Zustimmung oder Geld schafft Konsens

Auffallend ist, daß auch in Frankreich viele Atomprojekte in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten gebaut werden. Im Falle des lothringischen Atomkraftwerkes Cattenom an der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze wurde der Ort von der *EdF* (Electricité de France) mit öffentlichen Gebäuden und Anlagen reich beschenkt und entschädigt – und damit der Widerstand eingekauft. Die *EdF* als Betreiberin der 4x1300 Megawatt großen Anlage, präsentiert stolz die Summe von rund 300 Millionen DM an jährlichen Einnahmen für die Region um Cattenom in Form von Gewerbesteuer, Grundsteuer, Gebühr für die Moselnutzung, Aufträgen an die regionale Wirtschaft und von Arbeitsplätzen.

Auch in Bure lassen sich die Betreiber die Zustimmung der Region zum Atomlager einiges kosten. Versprochene Investitionen von ca. 3,5 Milliarden Francs (ca. 1 Milliarde Mark) sollen der Bevölkerung das Endlager schmackhaft machen. Und das ist noch nicht alles: Bis zur Fertigstellung des Projekts sollen jährlich 60 Millionen FF (18 Millionen Mark) in die Kassen der Departements Meuse und Haute-Marne fließen. Ein Geldsegen für die strukturschwache und dünn besiedelte Region um Bure. Verständlich, daß auch der Generalrat des Départements Meuse den »Wirtschaftsfaktor Atommüllendlager« begrüßt.

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings: Zwei Abgeordnete des Regionalparlaents Lothringen haben Klage gegen das Endlagerprojekt erstattet. Die staatliche Behörde *ANDRA* soll während der öffentlichen Anhörung im Planungsverfahren 19,3 Millionen FF an die umliegenden Gemeinden gezahlt haben, um sich die Zustimmung zum Endlagerprojekt zu kaufen.

Widerstand ohne Grenzen

Aber auch von der parteipolitischen Bühne des Saarlandes gibt es Widerstand gegen das geplante Endlager in Bure. Den saarländischen Umweltminister *Heiko Maas* (SPD) wurmt es mächtig, daß nach Cattenom nun noch ein »zweites Atom-Highlight« (Heiko Maas) in Lothringen entstehen soll. Mit der Begründung, der Boden ließe eine sichere Endlagerung nicht zu, wandte er sich im Dezember '98 an die französische Umweltministerin *Dominique Voynet*. Auch Bundesumweltminister *Trittin* (B'90/Die Grünen) tat in einem Schreiben seine Ablehnung kund. Doch angesichts der derzeitigen Bundespolitik zu Atomenergie dürfte dies ein folgenloses Lippenbekenntnis sein. Die Frage ist, ob nicht bereits still und heimlich ein Vertrag über die Lagerung von deutschem Atommüll in Bure vorbereitet wird.

Ebenfalls diskutiert wurde die Endlagerfrage im Europa-Ausschuß des saarländischen Landtages. Hauptkritik aller Parteien war, neben der Beschaffenheit des Bodens, auch die mangelhafte Informationspolitik der französischen Regierung. Ein solches Projekt brauche »eine intensive grenzüberschreitende Debatte«, so der ehem. saarländische Umweltminister *Jo Leinen* (SPD). Die Grünen forderten die französische Atomlobby auf, auf einen Alleingang in der Frage dieses geplanten Endlagers, zu verzichten. Frankreich solle, auch wegen der massiven Förderung von Atomenergie in den vergangenen Jahren, doch bitte auf ein Endlager im Landesinneren zurückgreifen.

Auch die Saar-CDU steht den französischen Plänen kritisch gegenüber und plädiert für die Anwendung des St.Florian-Prinzips: Der für Atomfragen zuständige Abgeordnete sprach sich dafür aus, daß »Gorleben als Standort für ein atomares Endlager nicht aus ideologischen Gründen vorzeitig aufgegeben wird.« (Saarbrücker Zeitung, 21.12.98 / 10.02.99)

Was das Sicherheitsniveau der französischen Atomanlagen angeht, waren sich SPD und CDU schon immer einig: »Cattenom könnte mit diesem Standard bei uns nicht betrieben werden.« (*Rainer Tabillion*, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion) oder »La Hague und Sellafield haben bei weitem nicht die Sicherheit, wie sie Wakkersdorf gehabt hätte.« (*Thomas Seilner*, CDU-Landtagsabgeordneter). Möge den Herren ihr unerschütterlicher Glaube an die gute deutsche Wertarbeit noch lange erhalten bleiben.

Vor Ort sieht es anders aus. Ähnlich wie in Cattenom stehen in Bure selber, aufgrund der versprochenen Arbeitsplätze, nur wenige der 100 EinwohnerInnen dem Projekt kritisch gegenüber. In der Region gibt es seit Bekanntwerden der Pläne immer wieder Protestaktionen.

Anfang 1994 nahm der Widerstand konkrete Formen an. An einer ersten Demonstration '94 in Verdun nahe Bure nahmen rund 1.000 Menschen teil. Es folgten kleinere Kundgebungen und Protestaktionen, u.a. organisiert vom Dachverband *»Coordination Nationale contre l'Énfouissement des Déchets Radioactifs«*, einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Gruppen die sich gegen die unterirdische Lagerung von Atommüll einsetzen. Am 30./31. Mai 1998 feierten und demonstrierten über 1.500 Menschen auf einem internationalen Festival in Bure – erstmals auch mit Beteiligung der deutschen Anti-Atom-Bewegung. Ein Jahr später, im März'99, kamen bereits 2.500 Menschen nach Verdun zu einer Demonstration gegen das Endlager, darunter auch VertreterInnen aus verschiedenen deutschen Anti-Atom-Gruppen.

Grenzüberschreitend gegen Atomanlagen

Der Anti-Atom-Widerstand in Frankreich orientiert sich stark an den französischen Grünen, die auch an der Regierung beteiligt sind, und den großen Umweltverbänden (z.B. *Greenpeace*). Neben diesen großen Organisationen und den Parteien existiert das *»Réseau Sortir du nucléaire«*, das »Netzwerk für den Atomausstieg«, wobei es auch hier Überschneidungen gibt. Das Netzwerk, in dem zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen organisiert sind, ist an fast allen Protestaktionen gegen Atomkraft und speziell gegen das Endlagerprojekt in Bure beteiligt. Am 20./21.März 1999 organisierte das Netzwerk eine internationale Konferenz mit Beteiligung von Anti-Atom-Gruppen aus verschiedenen Ländern.

Im Mittelpunkt der Konferenz, an der VertreterInnen aus den Niederlanden, Deutschland, Japan, Frankreich und der Schweiz teilnahmen, stand der Protest gegen das Endlagerprojekt in Bure und die nach La Hague und Sellafield fahrenden WAA-Transporte, die für die französische Bewegung bisher kein Thema waren.

Neben einem intensiven Erfahrungsaustausch gab es Kritik der französischen Anti-Atom-Gruppen an der deutschen Bewegung: Ihr wurde Nationalismus vorgeworfen. Was von und auf deutscher Seite verhindert wurde, sei nach Frankreich exportiert worden. Auch Blockaden der WAA-Rücktransporte an der französisch-deutschen Grenze seien das falsche Signal von der deutschen Seite.

Die Konferenz war der Versuch, die eher losen Kontakte zu intensivieren und Kooperationspunkte festzulegen. Daß eine kontinuierliche länderübergreifende Zusammenarbeit alles andere als einfach ist und Anstrengungen beider Seiten bedarf, zeichnete sich schon vorher ab. Bei den ersten gemeinsamen Aktionen wurde jedenfalls noch einmal deutlich: Nur wenn wir alle über unsere nationalen Tellerränder hinaus blicken und internationalen Widerstand leisten, können wir gemeinsam unser Ziel erreichen.●

Gemeinsam und international gegen das
geplante Endlager in Bure!
Für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen!
Ausstieg jetzt!

AKTION 3.WELT Saar

Kontakt und weitere Informationen:
AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66674 Losheim, Tel. (0 68 72) 99 30 56, Fax: 99 30 57
e-mail: a3wsaar@t-online.de

KOMMENTAR

Agenda 21 : Mit einem Placebo die Welt verändern

Seit einiger Zeit gilt das Abschlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt- und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro als eine Art Bibel für Umweltgruppen und 3.Welt Organisationen und als 'der' Leitfaden für eine ökologische und soziale Entwicklung im nächsten Jahrtausend. Landauf, landab wird in lokalen agenda21-Arbeitskreisen, diskutiert – zum Teil mit Industrievertretern zusammen – und werden konkrete Vorschläge für den individuellen, alltäglichen Umweltschutz erarbeitet. Die AKTION 3.WELT Saar wurde in den vergangenen Monaten mehrfach von verschiedenen agenda21-Arbeitskreisen um Mitarbeit gebeten und nahm die Anfragen zum Anlass, das zugrundeliegende Dokument zu lesen. Dabei fiel uns auf, das agenda 21-Dokument sagt

1. uneingeschränkt Ja zur Atomenergie »Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen«.... »Mit zunehmender Zahl neu in Betrieb genommener Kernkraftwerke .... nehmen diese Abfallmengen zu.« (Kapitel 22)
2. uneingeschränkt Ja zur Gentechnologie (vgl. u.a. Kapitel 22)
3. uneingeschränkt Ja zu der Überlegenheit des europäischen Entwicklungsmodells gegenüber Menschen in der sogenannten 3.Welt. Die Fähigkeit indigener Gesellschaften »zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und historischer Faktoren als begrenzt erwiesen« (Kapitel 26.1).

Deshalb zeigen Industriestaaten denen da unten jetzt den ökologisch richtigen Weg. Unserer Meinung nach ist dies Kolonialismus pur; wenn auch im Öko-Gewand. Durch den ganzen 300 Seiten Text zieht sich ein uneingeschränktes Ja zu dem vorherrschenden technologischen Entwicklungsweg, den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen und der herrschenden Umverteilung von unten nach oben.

Gute Argumente reichen nicht für den Atomausstieg

Im Kern enthält das agenda 21-Dokument ein 'Weiter so' auf Grundlage einer großen Technikeuphorie, die an die Titanic erinnert. Soweit so gut. Direkt nach der UN-Konferenz 1992 wurde das Abschlussdokument in der nationalen wie internationalen Presse von links bis rechts zerrissen. Die Kritik wurde auch weitestgehend von allen renommierten Umweltorganisationen geteilt. Kein Wunder, Autoren des Dokumentes waren die Regierungen der führenden Industriestaaten wie USA und BRD. Seit etwa 1995 ändert sich die Wahrnehmung. Insbesondere die Partei Bündnis90/Die Grünen begann sich positiv auf das Dokument aus dem Hause Kohl & Bush zu beziehen. Der BUND vergaß seine anfängliche schroffe Kritik und entdeckte zunehmend nur noch Positives. Warum? Aus unserer Sicht kommen hier der Utopieverlust sowie die Mobilisierungsprobleme der Umweltbewegung zum Tragen. Und wer sich als Träger einer Umgestaltung der Gesellschaft nur noch Parteien vorstellen kann, muss konsequenterweise aufhören, diese zu kritisieren und bestimmte Kröten wie Atomenergie und Gentechnologie schlucken. Kompatibel ist diese Haltung mit dem agenda21-Text, weil auch dort Machtverhältnisse ausgeblendet werden und damit die Frage nach den Interessen; z.B. am Weiterbetrieb von AKW's.

Bei der Suche nach den Gründen für die Mitarbeit von Gruppen, die 'eigentlich' gegen Atomenergie sind, sollten die zahlreichen Personalstellen und Haushaltsposten, die im Rahmen der (kommunalen und landesweiten-) agenda-Prozesse geschaffen werden, nicht vernachlässigt werden. Die Botschaft ist dabei klar: Wer mitschwimmt und Ja sagt, bekommt ein paar Mark von dem agenda-Kuchen ab. Gemäß der agenda-Philosophie reicht es aus, sich mit Industrievertretern an einen runden Tisch zu setzen und durch gute Argumente zu überzeugen. Jeder Gewerkschafter kann aus Verhandlungen berichten, dass gute Argumente noch keinen Unternehmer überzeugt haben, wohl aber ein real existierendes Druckpotential (=Streikbereitschaft). Ebensowenig wird es einen Ausstieg aus der Atomenergie durch das Vortragen guter Argumente oder gar im Konsens geben. Dem stehen Gewinninteressen und die Ambitionen auf militärische Nutzung entgegen.

»agenda21« – das diffuse Gefühl, etwas zu tun oder: »Was kann ich tun, denn ich will nicht Nichts tun« (Die Fremden, Punkband, Göttingen/ Berlin)

Um nicht missverstanden zu werden: Vieles, was unter dem Produktnamen 'agenda-21' läuft, würde so oder so stattfinden und ist für sich genommen gut und sinnvoll. Wir haben überhaupt nichts dagegen, Fahrradwege und den ÖPNV auszubauen – nur warum brauche ich dafür ein Fundament, das ein eindeutiges Ja zur Atomenergie enthält?

Die konkreten Projekte, die unter dem agenda21-Label angeboten werden, suggerieren Originalität und eine enorme Aktivität. So gibt beispielsweise ein aufwendig gestalteter Vierfarbprospekt vom April '99 des Bundesumweltministeriums und der Verbraucherinitiative unter dem Titel »Meine Agenda 21« sinnigerweise 21 Tips zum Energiesparen und rät den Einsatz von Energiesparlampen, das Benutzen von Bus und Bahn, für eine einzelne Bratkartoffel nicht den Backofen oder gar für eine einzelne Tasse den Geschirrspüler in Gang zu setzen. Alles sinnvolle Sachen, auch wenn mitunter das Publikum (=VerbraucherInnen) für arg blöd angesehen wird. Aber was ist daran neu und warum braucht man dafür zeit- und geldintensive agenda21-Arbeitskreise?

Zugegeben, auch in der populären Unterhaltungsmusik ist es üblich, nach 10, 20 Jahren die gleichen Lieder, die gleichen Kapellen in anderer Verpackung auf den Markt zu bringen. Auch die aktuelle rot/grüne Bundesregierung übt sich in der Einhaltung der Adenauer'schen Maxime: »Keine Experimente« und schickt sich an, den Mief und die gesellschaftliche Unbeweglichkeit der Fünfziger Jahre zu reproduzieren. Und die NATO präsentiert sich neuerdings mit rot-grüner Hilfe als pazifistische Organisation, quasi als verlängerter Arm von amnesty. Klar, ein Markt für diese Angebote ist da; zur Not wird der Markt eben durch die Ausgabe von Belohnungen geschaffen. Aber es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Mit einer grundlegenden ökologischen Umorientierung hat die agenda21 so viel zu tun, wie die NATO mit Friedenspolitik.

Den Bluff beenden

Der Verweis von agenda21-BefürworterInnen, es komme nicht darauf an, was in dem Dokument drin steht, sondern was man daraus macht, halten wir für Unsinn. Dann würde es auch Sinn machen, einen Ortsverband der CDU oder der Republikaner zu gründen mit dem Verweis: Was die da in Bonn oder Berlin machen, geht uns nichts an, wir machen hier unsere eigene Politik. Wer sich in einem lokalen agenda-Arbeitskreis engagiert, macht trotz, isoliert betrachtet, guter Projekte immer auch Werbung für das industriefreundliche Dokument agenda 21, das Atomenergie bejaht. Kein ernst zunehmender Gewerkschafter würde seine Politik in einer Verhandlungsrunde mit der Kapitalseite auf deren Zahlen, Inhalte und Sprachregelung stützen. Grüne, die meisten Umweltverbände und 3.Welt Organisationen dagegen entwickeln ihre Politik mit einem Dokument der Atomindustrie. Letztlich wird damit nach und nach auch die Politik der Gegenseite gemacht. Ziel sollte es dagegen sein, keine Kräfte mit gelenktem Umweltschutz von oben zu vergeuden und statt dessen, ökologisch sinnvolle Projekte umzusetzen, ohne sich auf die atomfreundliche agenda 21 zu beziehen.●

Roland Röder, Redaktion Saarland

AGENDA 21 AKTION: »VON KÜSTE ZU KÜSTE HANDELN WIR FAIR!«

TransFair goes Agenda und alle gehen mit?

Nachdem nahezu die gesamte Umweltbewegung der Agenda 21 (dem Abschlußdokument der Rio-Umweltkonferenz 1992) bereits auf den Leim gegangen ist, scheinen sich jetzt auch die Eine-Welt und entwicklungspolitischen Initiativen nicht mehr für dieses neoliberale, atom- und gentechnikfreundliche Kampfblatt zu schade zu sein. So wurde vor kurzem die Aktion »Von Küste zu Küste handeln wir fair!« als Agenda 21-Aktion gestartet. Neben allen größeren Supermarktketten (außer ALDI) wird diese von TransFair e.V. initiierte Aktion von zahlreichen Gemeinden, dem Land Schleswig-Holstein sowie den Eine-Welt-Läden und deren Organisationen (Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen, FairHandeln e.V.) unterstützt. Um es gleich vorwegzunehmen, den Fairen Handel zu unterstützen ist unbestritten sinnvoll, aber dies im Namen der Agenda 21 zu tun ist so, wie sich für Pazifismus mit der NATO einzusetzen (ist aber leider auch schon passiert).

Agenda 21 und Fairer Handel ein Widerspruch?

Die Agenda 21 wird von vielen 3.-Welt-Initiativen sehr unkritisch als Begründung für den »Fairen Handel« herangezogen, dabei meint z.B. *Gertrud Selzer* von der *»AKTION 3.WELT Saar«* zur Agenda 21: »Sie befürwortet ohne wenn und aber Atomenergie und den weiteren Ausbau der Gentechnik. Im Vorbeigehen wird auch noch Menschen in der sogenannten 3. Welt das europäische Entwicklungsmodell als das Alleinseligmachende präsentiert. Und weil die Menschen dort angeblich nicht fähig, zu einer ökologischen Entwicklung sind, muß ihnen dies nun vom weißen Mann und der weißen Frau diktiert werden. Das ist Kolonialismus im Ökogewand!«. Tatsächlich gibt es in der Agenda 21 ein ganzes Kapitel, welches zur Öffnung aller Märkte insbesondere in den Entwicklungsländern aufruft, aber auch in anderen Kapiteln läßt die Agenda kein Zweifel daran, daß die Wirtschaftsinteressen vor denen der Menschen und der Natur zu berücksichtigen sind. Hier einige Kostproben was wörtlich in der Agenda steht:

»Sowohl binnenwirtschaftliche als auch internationale wirtschaftliche Bedingungen, die den Freihandel und den Zugang zu den Märkten unterstützen, tragen dazu bei, daß sich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in allen Ländern – insbesondere in den Entwicklungsländern und in Ländern, die sich im Stadium des Übergangs zur Marktwirtschaft befinden – wechselseitig unterstützen ...«

»Umwelt- und Handelspolitik sollen sich gegenseitig unterstützen. Ein offenes multilaterales Handelssystem ermöglicht eine effizientere Allokation und Nutzung der vorhandenen Ressourcen und trägt damit zu einer Steigerung von Produktion und Einkommen und einer geringeren Inanspruchnahme der Umwelt bei ...«

Das ist Neoliberalismus pur! Als wenn nicht der jetzige Zustand der Globalisierung schon zu massiven negativen Auswirkungen gerade in der Dritten Welt geführt hätte (Verfall der Weltmarktpreise für Kaffee und andere Produkte, was ja eigentlich mal zu Fairem Handel geführt hatte). Da ist es schon fast grotesk, daß 3.-Welt-Gruppen für die Agenda 21 Werbung machen.

Der 3.-Welt-Handel scheint mittlerweile mehr am Absatz der eigenen Produkte interessiert zu sein, als wirklich politische Veränderungen herbeizuführen. Die Akteure in der Eine-Welt-Szene scheinen den Machthabern aus Politik und Wirtschaft näher zu stehen, als den Menschen aus der Dritten Welt, die meist erkannt haben, daß ihr größter Gegner die Globalisierung und der Neoliberalismus ist. So begehen Indische Bauern Selbstmord, weil in Indien Erdnüsse aus Kalifornien verkauft werden, weil sie billiger als heimische Nüsse sind. Oder in Mexiko versuchen sich die »Zapatisten« mit Waffengewalt gegen die skrupellosen Großgrundbesitzer und internationalen Konzerne ihre kleinbäuerliche Struktur zu erhalten. In Nicaragua hat sich aus den Sandinisten, die früher gegen die Diktatur kämpften, eine sogenannte »Bewaffnete ökologische Front« (FEA) entwickelt. Sie gehen vor allem gegen skrupellose Holzfäller an. Oder in Nigeria versuchten sich die Einheimischen vergeblich gegen internationale Großkonzerne wie »Shell« zur Wehr zu setzen. Auch Naturschutzverbände wie der WWF bedienen sich immer häufiger imperialistischer Methoden, wie dieses Beispiel aus Indien zeigt: »In Indien sollen 25 Dörfer der Ureinwohner »Adivasis« für ein Naturschutzprojekt zum Schutze von Tigern weichen. Nach Plänen der Regierung in Neu-Dehli befinden sich die 25 Dörfer in einem Gebiet, das dem Bori-Reservat und dem Satura-Nationalpark angegliedert werden soll. Für die UreinwohnerInnen bedeutet dies, daß sie sich bis zum Jahr 2000 eine neue Bleibe suchen müssen – für die meisten bedeutet dies Armut. Denn für die indigenen Gemeinschaften sind die Wälder des Schutzgebietes lebensnotwendig. In letzter Zeit werden allerdings auch kritische Stimmen zu dieser Form von Naturschutzprojekten laut. In den letzten 30 Jahren mußten in Indien tausende von Menschen wegen Entwicklungs- und Naturschutzprojekten umsiedeln. Die wenigsten wurden angemessen entschädigt, sie wurden stattdessen arbeitslos. ... Kritiker der indischen Umweltpolitik fordern nun, daß bei zukünftigen Planungen die Belange der Menschen vor Ort mehr berücksichtigt werden.«

Noch krasser wird dieser Gegensatz von Globalisierung und Lösung der »sozialen Frage« bei der Weltausstellung EXPO, wo die Indigene Bevölkerung des Regenwaldes einfach ausgeladen wurde und statt dessen einer der größten Regenwaldzerstörer »VW do Brasil« als Hauptsponsor gewonnen wurde. Hierzu schreibt der Verein »Freunde der Naturvölker« (http://www.fpcn-global.org):

»Dreißig Millionen DM soll das geplante Regenwaldhaus kosten, das für die EXPO 2000 in Hannover gebaut werden soll. Hauptfinancier wird mit 20 Millionen DM VW do Brasil sein. VW do Brasil lieferte vor Jahren Schlagzeilen, als es im Amazonas-Urwald ein Gebiet von einem Drittel der Größe Niedersachsens für Viehweiden zum Exportgeschäft hatte abholzen lassen.....Bei der Vorbereitung mit dabei sind der WWF und der Verlag Gruner&Jahr mit seiner GEO-Regenwaldstiftung. Nicht präsent werden sein die Menschen des Waldes, die Pygmäen Negritos, Waldindianer und andere. Nach Mitteilung von Hartmut Heller, Freunde der Naturvölker e.V., sind sie sogar ausdrücklich ausgeladen worden. Eine der Begründungen lautete seitens des WWF, die Indianer hätten weder zum Schutz der Regenwälder beigetragen noch täten sie es derzeit, dahingegen nähmen sie an der Zerstörung teil.«

Eines der renommiertesten entwicklungspolitischen Projekte, »artefact«, ist nun selber EXPO Projekt und unterstützt damit diese technikgläubige Zukunftsschau.

Anstatt die Menschen in der 3.Welt in ihrem Kampf gegen die Globalisierung und Neoliberalismus zu unterstützen, machen 3.Welt- und entwicklungspolitische Initiativen hierzulande gemeinsame Sache mit denen, die Globalisierung und Neoliberalismus und damit die Zerstörung jeglicher gewachsener regionalen und für die jeweilige Region angepaßte Strukturen fordern (verpackt als Agenda 21, EXPO oder offener als »Multilaterales Investionsabkommen« MAI).

Den Bluff beenden

Der Verweis von Agenda 21-BefürworterInnen, es komme nicht darauf an, was in dem Dokument steht, sondern was man daraus macht, halten wir für Unsinn. Denn wer hielte es schon für sinnvoll, einen Ortsverband der CDU oder der Republikaner zu gründen mit dem Verweis: was die in Bonn oder Berlin machen, geht uns nichts an, wir machen unsere eigene Politik. Wer sich regional in der lokalen Agenda engagiert oder sein Projekt als Agenda 21-Projekt durchführt, macht, auch wenn das einzelne Projekt isoliert betrachtet noch so toll sein mag, immer auch Werbung für das industriefreundliche Dokument Agenda 21, das unter anderem auch die Atomkraft bejaht. Kein ernstzunehmender Gewerkschaftler würde je auf die Idee kommen, in einer Verhandlungsrunde die Zahlen, Inhalte und Sprachregelungen der Kapitalseite zu übernehmen. Grüne, die meisten Umweltverbände und 3.Welt-Organisationen dagegen entwickeln ihre Politik mit einem Dokument der Atomindustrie und des Neoliberalismus – der Agenda 21. Letztlich wird damit die Politik der eigentlichen GegnerInnen unterstützt.

Selber Maßstäbe setzen!

Wer die Agenda als letzten Strohhalm oder auch als gute Zukunftsperspektive akzeptiert, hat letztlich die Macht durch Staat und Wirtschaft hingenommen und jegliche Perspektive für eine Politik »von unten« für die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen aufgegeben. Agenda 21 ist aber nicht die letzte Perspektive, die die Umweltverbände und Eine-Welt-Gruppen haben. Auch auf die positiven Dinge in der Agenda ist die Umwelt- und Eine-Welt-Bewegung schon vorher gekommen. Ziel von politischer Bewegung muß es sein, echte Mitbestimmung zu fordern (z.B. Selbstverwaltung, Direkte Demokratie), klare politische Positionen zu erarbeiten und diese auch öffentlich zu vertreten oder sinnvolle Lobbyarbeit und Dialog durch Druckpotential von der Straße zu unterstützen. Dem Hauptgegner jeglicher sozialer- und ökologischer Bewegung, die Monopolisierung und Globalisierung, muß entschiedener entgegengetreten werden.

Konkret bedeutet das:

- Sein eigenes Projekt nicht aus finanziellen oder sonstigen Gründen zum Agenda Projekt machen lassen
- Sich öffentlich von vorhandenen Agenda-Projekten distanzieren
- Unterstützung der Resolution »Gegen die Agenda 21!«
- »TransFair« und andere Agenda-Produkte boykottieren, bis sie nicht mehr Werbung für die atom- und gentechnikfreundliche Agenda 21 machen
- Die wahren Inhalte der Agenda immer wieder öffentlich machen (Infomaterial siehe Kasten)
- Aktionen gegen Agenda 21- und EXPO-Projekte (Listen mit den Projekten in Schleswig-Holstein können in der JUP (Anschrift s. Kasten) abgefordert werden)
- wirkliche Alternativen, z.B. einen Umwelt- und Naturschutz »von unten« fordern und voranbringen
- Unterstützung der Menschenrechtsgruppen in der 3. Welt, nicht durch Almosen und dem Konsum unseres neoliberalen Europas, sondern direkte Hilfen zur Selbsthilfe und Gleichberechtigung auf allen Ebenen

Eine-Welt-Gruppen und UmweltschützerInnen sollten endlich wieder Umweltschutz und Entwicklungspolitik selbst in die Hand nehmen und sich nicht von den Atom- und Gentechnik-BefürworterInnen und Neoliberalen aller Parteien und vieler Verbände die Agenda 21 aufdrängen lassen. TransFair goes Agenda, hoffentlich gehen nicht alle mit – boykottiert »TransFair«, solange es Agenda Projekt ist!●

Anzeige

Permakultur: Besuchstag.
25. September 1999
Wir laden Euch herzlich auf unser 7ha großes Permakulturgelände in Verden bei Bremen ein. Unsere Ideen: Selbstversorgung aus dem Waldgarten mit Baumkuppeln, auch Brenn- und Bauholzproduktion, 'Sonnenfalle' als warmer Garten, Raum zum Spielen und Feiern und viel Platz für die Natur. Wenn Du es Dir ansehen willst, komm' uns einfach besuchen. Anmeldung/Infos:
Allmende e.V., c/o Verdener Umweltwerkstatt, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, Tel. 04231/ 957-571, Fax -573,
e-mail: umweltwerkstatt@oekozentrum.org

Materialien zur Kritik an der Agenda 21:

Zitatesammlung Agenda 21....3,- DM

Ö-Punkte Schwerpunkt: »Agenda 21«
Verschiedene Pro und Contra Artikel im Diskurs um die Agenda 21. Vor allem wird hier auch der Begriff der Nachhaltigkeit in einem ausführlichen Artikel demaskiert.....5,- DM

Reader des Instituts für Ökologie: »Agenda 21 – Chance oder Mythos?«
In diesem Reader sind verschiedene Texte rund um die Kritik an der Agenda auf ca. 70 Seiten zusammengefaßt: z.B. Geschichte des Nachhaltigkeitskonzepts, beispiele für Agendaarbeit, Definitionsversuche für Agenda, Pressetexte zu Rio oder feministische Kritik an der Nachhaltigkeit. Mit einer umfassenden Bibliographie mit zahlreichen Büchern der Agenda- BefürworterInnen und auch der GegnerInnen wird der Reader vervollständigt.....12.- DM

Jörg Bergstedt: »Agenda, Expo, Sponsoring – Band I: Recherchen im Naturschutzfilz«
Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen, Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbiederung, Umweltparteien und vieles mehr.....39,80 DM

Die zugrundeliegenden Dokumente gibt es auf CDRom (nutzbar für alle gängigen Systeme).....49,80 DM

Jörg Bergstedt, Jörn Hartje, Thomas Schmidt: »Agenda, Expo, Sponsoring – Band II: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit«
Das Buch entwirft einen Umweltschutz »von unten« als Gegenmodell zu den zur Zeit praktizierten Konzepten wie Agenda 21, Öko-Steuern, Öko-Audit usw. mit Kapiteln zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und vielem mehr....39,80 DM

TippEx: »EXPO NO« Reader zur Weltausstellung
Das Agendaprojekt EXPO wird hier demontiert und Alternativen aufgezeigt.....8,- DM

Rundbrief emanzipatorischer Umweltschutzarbeit.....2,- DM

Alle Materialien können zu den angegebenen Preisen zuzüglich 6,- DM für Porto und Verpackung bestellt werden bei:
Institut für Ökologie, Steinfeld 61, D-23858 Feldhorst
Tel. (0 45 33) 79 22 59, Fax: (0 45 31) 71 16
eMail: joern_hartje@public.uni-hamburg.de
oder JUP!, Turmstr. 14a, D-23853 Bad Oldesloe
Tel.: (0 45 31) 45 12
eMail: jup-od@lynet.de
Einzelne Texte und Infos zur Agendakritik (Faltblätter, Bibliographie, Resolution und Zitatesammlung) verschicken wir gegen 3,- DM in Briefmarken. MitarbeiterInnen des Institut für Ökologie stehen auch für Vorträge, Infoveranstaltungen und Podiumsdiskussionen zur Verfügung.

Orginaltext der Agenda 21 (empfiehlt sich wirklich zum Lesen und Staunen) Bestelladresse:
BMU; Ref. Öffentlichkeitsarbeit; Postfach 120629; D-53048 Bonn
Oder im Internet:
http://195.80.205.111/infos/download/ag21_txt.exe....
beides kostenlos

CAFAC LIBERTAD KOOPERATIVE

Endlich: zapatistischer Kaffee auf dem Markt!

Der Kaffee stammt aus dem autonomen Landkreis San Juan de la Libertad im Hochland von Chiapas, in dem sich die indigenen Gemeinden im Zuge des Aufstandes der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN organisiert haben.

Die neugegründete *»CafAC Libertad Kooperative«* in Hamburg-Ottensen organisiert den Import und den Vertrieb dieses Kaffees in Deutschland und leistet politische Solidaritätsarbeit, mit dem Ziel, die indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um Würde und Gerechtigkeit zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir durch unsere Arbeit den Aufbau einer Ökonomischen Alternative stärken, die auf indigenen Erfahrungen, direkter Demokratie, Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit beruht und ebenso die Grundbedürfnisse der Menschen nach ausreichender Ernährung, Ärztlicher Versorgung und lokaler Infrastruktur erfüllt.

Unser Partner in Chiapas ist die *»Sociedad de Solidaridad Social S.S.S. Mut Vitz«* (Gesellschaft der Sozialen Solidarität »Berg der Vögel«), in der sich aus 24 Dörfern im autonomen Landkreis San Juan de la Libertad ca. 1.000 Tzotzil sprechende KleinbäuerInnen zusammengeschlossen haben. Bei der Umstellung von natürlichem auf zertifiziert-biologischen Kaffeeanbau und der Festigung der Organisationsstrukturen wird »Mut Vitz« vor Ort vom unabhängigen Netzwerk *»Enlace Civil«* beraten, einer international anerkannten NGO, die wichtiger Ansprechpartner für Projekte in den zapatistischen Gebieten ist.

Unsere erste Kaffeelieferung haben wir im Juli über *»The Human Bean Comany«* in Denver, Colorado/USA erhalten, die nach dreijähriger Vorarbeit mit zapatistischen Produzenten im Mai einen ersten Vertrag mit der Kooperative »Mut Vitz« über den Import ihres Kaffees abgeschlossen hat. Für die Zukunft hoffen wir, den »Mut Vitz«-Kaffee in biologischer Qualität direkt aus Mexiko importieren zu können.

Nun zu dem Konzept unsere Kooperative:

Wir arbeiten nicht profit-orientiert und organisieren uns basis-demokratisch. Wie im alternativen Handel üblich, bezahlen wir für den Kaffee mehr als der Weltmarkt (mindestens 1,26 US-Dollar pro Pfund). Außerdem unterstützen wir durch einen Spendenaufschlag von 0,50 DM je Kilogramm verkauften Röstkaffees »Mut Vitz« und andere oppositionelle Gruppen in Chiapas.

Für Anregungen zu unserem Konzept oder die Verwendung des Spendenaufschlags sind wir jederzeit offen. Natürlich freuen wir uns auch, wenn wenn Sie/Ihr unser Projekt durch den Kauf von Kaffee (oder auf andere Weise) unterstützen.

Bisher bieten wir den »Mut Vitz«-Kaffee in zwei Variationen an:

- milde Röstung CafAC Libertad »El Durito« (der Käfer Durito ist der literarisch-politische Diskussionspartner des zapatistischen Sub-Kommandanten Marcos) und
- Espresso RebelDìA (tägliche Rebellion).●

Preisliste und weitere Infos:
CAFAC LIBERTAD KOOPERATIVE, Grünebergstr. 81, D-22763 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 880 11 61
email: cafe-libertad@free.de
www.free.de/cafe-libertad/

ZUR LINKEN DISKUSSION UM DAS GARANTIERTE MINDESTEINKOMMEN

Zuckerguß für eine bittere Pille

von Ernst Lohoff, Nürnberg ● Auf der Linken propagiert man seit den achtziger Jahren ein »garantiertes« Mindesteinkommen. Es soll, so heißt es, die »Befreiung von falscher Arbeit« einleiten. Der Krisenstaat wird diesen Traum verwirklichen, allerdings ein bißchen anders.

Die neoliberalen Wurzeln

Eigentlich sollte schon der Ursprung der grandiosen Idee vom »garantierten« Mindesteinkommen zu denken geben. Eine größere Verbreitung hat das Bürgergeld-Konzept zwar erst gefunden, als es Anfang der achtziger Jahre vom linken Spektrum aufgegriffen wurde; und über diesen Umweg hat es überhaupt eine größere Austrahlung gewonnen. Zum geistigen Vater hat das Mindesteinkommen allerdings niemand anderen als den berüchtigten Vordenker des Hardcore-Neoliberalismus, den US-Ökonom *Milton Friedman*. Bereits 1956 macht sich der Monetaristenpapst für eine Art »negative Einkommenssteuer« stark, die sämtliche anderen Sozialleistungen ersetzen soll.

Friedmans Modell hat durchaus auf seine Weise Hand und Fuß und läßt, was die Zielsetzung angeht, an Deutlichkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig. Sein Vorschlag ist auf eine radikale Doppelreduktion von sozialstaatlicher Bürokratie und sozialstaatlichen Leistungen ausgerichtet und paßt damit bestens zum neoliberalen Grundmotto: Wo Staat ist, soll Markt werden. Ein steuerfinanziertes Mindesteinkommen wird als die notwendige Ergänzung zu einem System privater Vorsorge propagiert, das der neoliberalen Dogmatik entsprechend an die Stelle aller bisherigen Sozialversicherungen treten soll. Vom marktradikalen Standpunkt aus gesehen hätte eine solche Neuordnung neben der Minimierung öffentlicher Ausgaben noch den bestechenden Vorteil, den letztlich aussichtslosen Kampf der staatlichen Institutionen gegen den angeblichen »Mißbrauch sozialer Leistungen« von vornherein gegenstandslos zu machen. Weil das Mindesteinkommen, das jeder Bürger ohne Ansehen der Person und der sozialen Umstände beziehen darf, selbstverständlich nur so bemessen sein soll, daß es bestenfalls eine Ernährung auf Hundefutterbasis und das Kampieren im Bauwagen garantieren würde, bleibt die bedingungslose Arbeitsbereitschaft *höchst marktkonform, also ohne allen bürokratischen* Aufwand, von vornherein gesichert.

Friedmans Vorstoß blieb erst einmal ein bloßes Planspiel und ohne größere Resonanz. Er paßte nicht in die politisch-ökonomische Landschaft der fordistischen Boomzeit. In der Krise des Sozialstaats waren dann ausgerechnet Teile der Linken bereit, den liegengebliebenen neoliberalen Staffelstab aufzunehmen, indem sie das Mindesteinkommen zum Emanzipationsprojekt umdeuteten.

Arbeit nein danke – Geld ja bitte

Die linken Adepten haben offenbar den Ehrgeiz, aus einem lupenreinen neoliberalen Planspiel eine Art Trojanisches Pferd zu machen, mit dessen Hilfe sich antikapitalistische Inhalte in die warengesellschaftliche Festung einschmuggeln lassen. Sucht man nach praktischen Unterschieden beider Existenzgeld-Versionen, so stößt man nur auf ein quantitatives Kriterium: auf die Höhe. Wo Friedman und Co. eine Mindestsicherung angepeilt hatten, die weit unter Sozialhilfeniveau liegen würde, phantasierten sich die linken Fans des Mindesteinkommens ganz andere Beiträge zurecht. In der Bundesrepublik kursierte das Konzept Anfang der achtziger Jahre für gewöhnlich als 1.500-Mark-Forderung (»Radikale« versteigen sich auch schon mal zu »5.000 Mark netto für jeden«). Ob das Existenzgeld eine drei- oder eine fünfstellige Höhe erreichen wird,erscheint dabei als reine reine Macht- und Durchsetzungsfrage. Geld jedenfalls, so heißt es regelmäßig, wäre allemal »genug da«.

Autoren wie *Andre Gorz* oder *Thomas Schmid* beispielsweise nehmen dabei die enormen Produktivitätsfortschritte der letzten Jahrzehnte zum Ausgangspunkt und unterstellen, mit den wachsenden Güterbergen würden auch entsprechende Wert- und damit Geldmengen anfallen, die nur ihrer gerechten (Um)Verteilung harren. Theoretisch ist eine solche Verwechslung von stofflicher und wertmäßiger Produktion natürlich indiskutabel. Das Kapital wird hier ganz den fetischistischen Vorstellungen der bürgerlichen Vulgärökonomie entsprechend als eine Macht behandelt,die in der gleichen Weise ökonomischen Wert und damit Geld abwirft, wie »ein Birnbaum Birnen trägt« (Marx). Glatt übersehen wird dabei, daß das Kapital, indem es die wertproduktive (mehrwertschöpfende) Arbeit aus dem Produktionsprozeß hinausdrängt, seine eigene ökonomische Substanz eliminiert. Je größer die materielle Gütermenge wird (ermöglicht durch die mikroelektronische Revolution), desto kleiner wird (bei stagnierender Konjunktur) die damit noch darstellbare gesamtgesellschaftliche Wertgröße; ablesbar an struktureller Massenarbeitslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen und Aufblähen des Finanzüberbaus (Kredite und Börsenspekulation).

Genau das ist aber der springende Punkt: Eine Gesellschaft, die nicht mehr auf der ausreichenden Vernutzung lebendiger Arbeit beruht, kann ihren Verkehr auch nicht mehr über das Geld als die allgemeine Darstellungsform abstrakter Arbeit abwickeln. Die Krise der Arbeit ist logisch zugleich Krise der Finanzen und letzlich des Geldmediums überhaupt. Die Hoffnung, beispielsweise »die Besteuerung der automatisierten Produktion« erlaube es, »die abgeschaffte Arbeit ebenso zu vergüten wie die geleistete Arbeit, den Nicht-Arbeiter ebenso wie den Arbeiter« (Gorz), ist schlicht grotesk. Es wäre nur dann egal, ob Arbeiter für den realen Verkauf ihrer Arbeitskraft Geld erhalten oder ob ohne diesen Verkauf monetäre Spielmarken (»Soziallohn«) verteilt werden, wenn das Funktionieren der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie tatsächlich, wie unterstellt, »auf der Maximierung des privaten Verbrauchs« (Gorz) beruhen würde. Dummerweise hat der Verwertungsprozeß aber gar nicht das humane Ziel, möglichst viele mit möglichst vielem zu versorgen. Sein Inhalt ist die Verwandlung lebendiger Arbeit in tote (vergegenständlichte), die Verwertung des Werts (Gewinn) als Selbstzweck. Und wo dieser absurde Selbstzweck nicht erfüllt wird, hört jede kapitalistische Gebrauchsgüterproduktion sofort auf – auch und gerade, wenn die technologischen Mittel reichlich und auf HighTech-Niveau vorhanden sind.

Die Linke läuft dem Trugbild einer vollautomatischen Gesamtfabrik nach, die ebenso vollautomatisch alle Bürger reichlich mit Geld versorgt. Diese Fata Morgana verdankt ihre Entstehung einer ganz spezifischen historischen Konstellation: Zwanzig Jahre lang hat eine ungeheure allgemeine Bewegung von Verschuldungsdynamik und andererseits des »Sich-reich-Rechnens« die basale Krise der Verwertung ganz und die der Arbeit partiell überspielt. Mit den scheinbar ins grenzenlose wachsenden Aktienkursen ist eine neuartige hochprekäre Form von Kapitalismus entstanden, in der eine fiktive (rein finanzkapitalistische) Verwertung von Geldkapital die erlahmende Realakkumulation als Motor der Ökonomie scheinbar ersetzt hat.

An die Stelle der Vernutzung von gegenwärtiger Arbeitskraft ist zusehends der Vorgriff auf die Wertschöpfung künftiger Arbeit getreten – Arbeit, die realiter nie geleistet werden wird, weil Rationalisierung und Automatisierung schon jetzt an ihre Stelle getreten sind. Selbstredend führt sich dieses Spiel auf Dauer ad absurdum. Zunächst erscheint dies allerdings als Emanzipation des Geldes von der abstrakten Arbeit. Die linke Existenzgeld-Forderung ist im Kern nichts anderes als die Forderung nach demokratisch-politischer Teilhabe am berüchtigten Shareholder Value. Alle sollen nun als Staatsbürger und Gesellschafts-Aktionäre in spe an den Früchten des Kasinokapitalismus mitknabbern dürfen.

Der Abschied vom arbeitsstolzen lohnabhängigen Proletariat via Mindesteinkommen zielt nicht auf eine Aufhebung des kapitalistischen historischen Enteignungsprozesses. Daß alle produktiven gesellschaftlichen Potenzen beim Kapital liegen und den Menschen als fremde Macht gegenübertreten, ist im Existenzgeld-Konzept stillschweigend vorausgesetzt und akzeptiert. Diese Forderung fügt sich von daher bestens zu einer Lebenshaltung, die fatal an ein antikes Vorbild erinnert,

Foto: Darchinger

nämlich an das Proletariat der römischen Kaiserzeit. Wie Nero und Co. ihre Macht gegenüber den überflüssigen Bürgern durch Brot und Spiele gesichert haben, so wäre diesmal die Position des eigenen Wirtschaftstandortes als Weltmarktgewinner in der gnadenlosen Konkurrenzschlacht die stillschweigende Voraussetzung, unter der die Sozialdividenden-Bezieher ihrer fröhlichen Existenz frönen könnten.

Der Speck muß weg!

Trotz des zur Zeit vorwiegenden Arbeitsfanatismus (Zwangsarbeit, Bürgerarbeit etc.) ist keineswegs auszuschließen, daß man seitens des Staates über kurz oder lang auch damit liebäugeln könnte, ein zumindest faktisch von jeder Arbeitsverpflichtung entkoppeltes Bürgergeld einzuführen, allerdings ganz und gar nicht aus Einsicht oder mit emanzipatorischen Zielsetzungen. Angesichts der prekären und mittelfristig unhaltbaren Lage von Renten- und Arbeitslosenversicherung dürfte die Diskussion über das Mindesteinkommen künftig eine ganz neue Brisanz gewinnen; bei den zu erwartenden wirtschaftlichen Einbrüchen kann das schon sehr bald der Fall sein.

Ein aus dem Staatshaushalt finanziertes Mindesteinkommen bietet sich als letzte sozialstaatliche Auffanglinie gerade zu an, wenn die »Krise der Arbeit« das bestehende Sozialsystem zum Einsturz bringt und die angehäuften Ansprüche mehr oder minder für nichtig erklärt werden müssen. Die Linke hat mit der Idee der Sozialdividende den seltsamen Traum eines kasinokapitalistischen Egalitarismus geträumt. Die kapitalistische Krisenwirklichkeit könnte die Politik durchaus drängen, den Gedanken einer Mindestsicherung aufzugreifen, allerdings als Katastrophen-Egalitarismus. Radikale Kapitalismuskritik, die auf die Produktionsweise als solche zielt, sollte sich angesichts dieser Perspektive möglichst frühzeitig positionieren, um sich schon im Vorfeld zu eventuellen Umsetzungsversuchen einer repressiven sozialtechnokratischen Krisenverwaltung verhalten zu können. Worin die Hauptgefahr eines Mindesteinkommens besteht und zugleich der Hauptvorzug für die Staatsfinanzen, liegt auf der Hand. Als Pflichtversicherungs-Leistungen, mit denen Rechtsansprüche auf eine Gegenleistung im Versicherungsfall erworben werden, sind Renten und Arbeitslosenversicherung bei weitem nicht in der gleichen Weise komprimierbar wie ein vom Gesetzgeber festgelegtes Mindesteinkommen.

Selbst die heutige Sozialhilfe ist noch so konstruiert, daß sie – wenn auch in bürokratisch-reglementierender Weise – ein (mehr als bescheidenes) Auskommen sichern muß. Die »ständige Hilfe zum Lebensunterhalt« in der Bundesrepublik etwa entspricht dem Geldwert eines festgelegten Standard-Warenkorbes, während die Finanzierung von Teilen der Grundversorgung wie Miete, Gas und Strom zusätzlich in voller Höhe übernommen werden muß. Ob das Mindesteinkommen dagegen noch ein Auskommen auch nur in der Nähe dieses nicht gerade fürstlichen Niveaus ermöglichen würde, hinge bloß noch von den persönlichen Lebensumständen und vom aktuellen Zustand der Staatsfinanzen ab. Das elementarste Lebensniveau wäre garantiert nicht garantiert. In der Bundesrepublik klagen vor allem die Kommunen, daß sie als Träger der Sozialhilfe beständig mit unvorhersehbaren Kosten konfrontiert werden, die jede Haushaltsplanung zur Makulatur machen. Ein garantiertes Mindesteinkommen wäre durchaus geeignet, die Berechenbarkeit auf Kosten der Unterstützungsbedürftigen wiederherzustellen. Mehr Flexibilität wäre dann nicht von den staatlichen und kommunalen Haushalten gefordert, sondern von den Arbeitslosen bei der Gestaltung ihres Speisezettels.●

Ernst Lohoff ist Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis«. Er lebt in Nürnberg.

Auszug aus *Weg und Ziel 1/99* (kostenloses Probeabo über 3 Ausgaben: Kemmerling Zöchling&Partner/Weg und Ziel-Vertrieb, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien)

FRAUEN

Die ersten Arbeiterinnenvereine in Berlin

Am 3. Dezember 1886 beginnt im überfüllten Schwurgerichtssaal in Moabit der Prozess gegen vier Frauen, darunter Emma Ihrer und Pauline Stägemann – keine Unbekannten in Berlin. Die Angeklagten sind Vorstandsmitglieder des im März 1885 gegründeten und im Sommer 1886 vorläufig geschlossenen »Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen«.

von Ulrich P. Unger ● Dieser Verein hat bereits im ersten Jahr seiner Existenz mehrere tausend Berlinerinnen organisiert und ist zum Vorbild für andere Städte geworden. In einem Flugblatt hiess es: »Wir müssen uns aufraffen und im Namen der Gerechtigkeit eine Forderung erheben, deren Erfüllung Rettung verheisst – Lohngleichheit der Männer- und Frauenarbeit!« Die Frauen haben Erfolg gehabt und für einzelne Firmen Arbeitsordnungen und Lohnverträge durchgesetzt. Aber der berüchtigte Paragraph 8 des Preussischen Vereinsgesetzes beendet die Aktivitäten in der Reichshauptstadt: Seit 1850 verbietet das Gesetz »Frauenspersonen«, Schülern und Lehrlingen die Mitgliedschaft in Vereinen, »welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern«.

Die vier Frauen im Moabiter Gericht werden zu Geldstrafen verurteilt, der Verein wird endgültig verboten. Das Verbot trifft auch zwei weitere Vereine: den von Agnes Wabnitz mitbegründeten »Fachverein der Berliner Mantelnäherinnen« und den »Berliner Arbeiterinnenverein im Norden«.

Die Frauen aber treffen sich weiter in Wohnungen und Lokalen: zum »Kaffeekochen«, zum »gemütlichen Beisammensein« – oder auch »unter dem Vorwand: Polterabend«, wie es ein Kriminalschutzmann für den Januar 1887 meldet. Und immer wird Geld gesammelt, werden Vorträge gehalten.

Und fast immer sind Emma Ihrer oder Pauline Stägemann dabei: Emma Ihrer, 1857 im schlesischen Glatz geboren, ist 1881 mit ihrem Ehemann, einem Apotheker, nach Berlin gekommen. Über ihr Leben berichten vor allem die Polizeiakten. Von 1886 bis 1894 lebt das Ehepaar in Velten. Emma Ihrers Ehemann hat dort die Concordia-Apotheke gekauft (es gibt sie noch immer). Mit Billigung und Hilfe ihres Mannes reist sie durch Deutschland, gründet Vereine, hält Reden und publiziert. Im Gegensatz zu anderen aktiven Berliner Frauen jener Jahre hat Emma Ihrer keine finanziellen Sorgen.

Pauline Stägemann, 1838 im Oderbruch geboren, ist als junges Mädchen nach Berlin gekommen, hat als Dienstmädchen gearbeitet, einen Maurer geheiratet und vier Kinder bekommen. Ihr Gemüseladen in der Landsberger Allee wird zu einem Treffpunkt sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Ehemann stirbt früh, und Pauline Stägemann muss als Witwe sich und ihre vier Kinder ernähren. Aber sie bleibt politisch und gewerkschaftlich aktiv. Auch hier immer wieder Anzeigen, immer wieder Strafen, darunter eine Haftstrafe im Berliner Frauengefängnis.

Aber nicht nur das Vereinsrecht macht den Frauen das Leben schwer: Der Versuch der ersten aktiven Berliner Arbeiterinnen, Mitglied in den bestehenden gewerkschaftlichen Fachvereinen zu werden, scheitert in den 1880er Jahren am Widerstand der Männer. Also organisieren die Frauen sich in eigenen Vereinen. Im Dezember 1889 steht im Polizeibericht: »Die bekannte Frau Ihrer in Velten ist seit einiger Zeit aussergewöhnlich eifrig bemüht, hier neue Arbeiterinnen-Fachvereine ins Leben zu rufen ...«

Sie hat Erfolg: Ein Jahr später, um 1890, gibt es in Berlin zum Beispiel den »Verein der Plätterinnen«, den »Verein der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen«, den »Verein der Arbeiterinnen an Buch-und Steindruckpressen«.

Aber 1890 öffnen sich die Gewerkschaften endlich auch den Frauen. Emma Ihrer wird 1890 in Berlin als erste Frau in die Generalkommission der Freien Gewerkschaften gewählt. Vier Jahre später, 1894, haben aber erst 20 von 87 Berliner Gewerkschaften weibliche Mitglieder, wenig mehr als ein Prozent der in Berlin beschäftigten Arbeiterinnen.

Es soll noch zehn Jahre dauern, bis mit der zunehmenden Anzahl von Industriearbeiterinnen auch die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder steigt. 1904 richtet die Generalkommission der Freien Gewerkschaften ein Frauensekretariat ein, und Ida Altmann wird die erste Frauensekretärin. In Nürnberg wird Helene Grünberg (1874-1928) als erste hauptamtliche Arbeiterinnensekretärin in Deutschland eingestellt.

In Berlin engagieren sich Emma Ihrer und Pauline Stägemann für die Verkäuferinnen und die Heimarbeiterinnen. – Versammlungen, Vorträge in den Bezirken und Vororten: Da geht es um den Ladenschluss (20 Uhr) und um Sitzmöglichkeiten, um alltägliche gewerkschaftliche Kleinarbeit.

Aber: Emma Ihrer hat auch (1890) die Zeitschrift »Die Arbeiterin« gegründet, die unter einem neuen Namen und der Leitung von Clara Zetkin als »Die Gleichheit« berühmt wird. Kaum ein Gewerkschaftskongress hat ohne sie stattgefunden. Beide Frauen sind – wie die meisten Gewerkschafterinnen jener Zeit – Sozialistinnen und auch in der SPD aktiv.

Pauline Stägemann stirbt 1909, Emma Ihrer im Jahr 1911. Trotz aller Aktivitäten sind sie so gut wie vergessen. Dies gilt erst recht für Marie Greifenberg, Martha Wengels, Johanna Schackow, Hedwig Gräber, Frau Cantius, Frau Hahn – und wie die anderen Berlinerinnen alle hiessen.●

Rückblick/Entscheidungsstrukturen

Wagner & Co

Ein selbstverwalteter Betrieb mit 100 MitarbeiterInnen hat keine Vorbilder

In den Zeiten der Umweltbewegung 1979 gegründet, konnte Wagner & Co im Verlauf der Jahre kräftig expandieren und hat in diesem Jahr das 20jährige Bestehen gefeiert. Obwohl gegenüber den KundInnen nur zurückhaltend damit geworben wird, ist die Selbstverwaltung seit der Gründung eine tragende Säule geblieben. 32 GesellschafterInnen bestimmen die zentralen Geschicke des Unternehmens, während kleine Teams das tägliche Geschäft weitgehend alleine organisieren. – Ein detaillierter Einblick in die internen Entscheidungsstrukturen von Wagner & Co.

von Dietmar Schlosser, Cölbe ● Solartechnik und Regenwassernutzung sind innovative Techniken. Hohe Wachstumsraten der Branchen machen heute aus dem Nischenmarkt einen Breitenmarkt, in dem zahlreiche Unternehmen, die auch nur annähernd mit Heizung, Sanitär, Dach und Wand zu tun haben, ein Wachstumsfeld sehen und es ausschöpfen wollen.

In diesen Rahmenbedingungen steht mit der Wagner & Co Solartechnik GmbH aus Cölbe bei Marburg ein Unternehmen, das bereits seit zwanzig Jahren als Betrieb in Selbstverwaltung umweltfreundliche Produkte entwikkelt und bundesweit vertreibt. Das stetige Wachstum hat zu technischen Innovationen, mehreren Betriebserweiterungen und steigenden Mitarbeiterzahlen geführt. Dafür mußte die Firmenstruktur dem jeweiligen Entwicklungsstand angepaßt werden – ein Prozess, der nie beendet ist und der immer wieder weitreichende Entscheidungen von den Gesellschaftern verlangt.

Bewegte Zeiten

Gegen die Atomenergie und andere ökologisch nicht vertretbare Techniken demonstrierten Ende der 70er Jahre unzählige Menschen und Initiativen in Deutschland. Die Alternativbewegung und aufgeklärte BürgerInnen standen für ein ökologisches und friedliches Zusammenleben. Dazu sollte eine umweltverträgliche Energieerzeugung und der schonende Umgang mit den Rohstoffen der Erde gehören. Techniken für eine umweltverträgliche Stromerzeugung, Warmwasserbereitung und Regenwassernutzung waren noch nicht verbreitet.

Feierliche Geschäftseröffnung 1979 Fotos: Wagner & Co

Erster Standort im Hochwassergebiet mit 40qm Bürofläche

Die Gründung der Wagner & Co Solartechnik GmbH erfolgte im Jahre 1979. Marktfähige Produkte und eine neue Einstellung der Menschen, so die GründerInnen, können die Energiewende herbeiführen. Vorrangig wurden Solaranlagen zur Warmwasserbereitung als Bausatz für den Selbstbau produziert. Das Konzept sah vor, einfache und hochwertige Energieanlagen zu günstigen Preisen herzustellen, um eine weite Verbreitung zu erreichen. Daneben wurden Solarstromanlagen (Fotovoltaik) angeboten, Regenwassernutzungsanlagen entwickelt sowie Materialien zur Fensterisolierung, Umweltschutzpapier und themenbezogene Fachbücher vertrieben. Eine umfassende kundenorientierte Beratung und Betreuung der KundInnen gehörte selbstverständlich dazu. Wagner & Co wurde in der Rechtsform einer GmbH gegründet bei gleichberechtigter Beteiligung aller FirmengründerInnen.

1980 Wechsel in 100qm Autowerkstatt Afföllerstraße

Die demokratischen Entscheidungsstrukturen, das Prinzip des gemeinschaftlichen Eigentums und ein einheitlicher Lohnstundensatz werden auch heute bei hundert MitarbeiterInnen aufrecht erhalten und sind das Fundament für hohe Motivation, Verantwortungsbereitschaft und Identifizierung mit den gemeinsamen Zielen. Derzeit tragen 32 GesellschafterInnen das Risiko und teilen mit ca. 75 Angestellten die Chancen.

Unternehmensziel Umweltschutz

Die Vision, in Deutschland Solaranlagen zu installieren, um die fossilen Energieträger zu ersetzen sowie die Regenwassernutzung zu fördern, ist auch heute unveränderte Motivationsquelle. Mit qualitativ hochwertigen Produkten wird allen interessierten Menschen und Institutionen die Möglichkeit gegeben, mit Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung, Fotovoltaiksystemen und Regenwassernutzungsanlagen die Umwelt aktiv zu schützen.

Bei Wagner & Co ist der Umweltschutz ausdrückliches Unternehmensziel und Entscheidungskriterium bei allen Arbeitsabläufen. Das Unternehmen will marktorientiert arbeiten, d.h. produktiv, wirtschaftlich und rentabel sein. Die KundInnen sollen mit besten Produkten, günstigen Preisen und Rund-Um-Service unterstützt werden. Dies alles im Rahmen selbstverwalteter Strukturen.

Standortwechsel

Bedingt durch das stetige Wachstum waren mehrere Umzüge notwendig. »Auf der Weide« im Hochwassergebiet der Lahn, befand sich das erste Büro und eine kleine Werkstatt. Nach wenigen Jahren erfolgte der Umzug an den hochwassergesicherten Afföller und später nach raschem Wachstum in die Zimmermannstraße an der Marburger Hauptpost.

Seit 1991 ist der Standort von Wagner & Co in Cölbe. Im Jahr 1990 wurde das Grundstück in der Ringstraße 14 erworben, das darauf befindliche Industriegebäude ökologisch um- und ausgebaut und Anfang 1991 bezogen. Ein stillgelegtes Sägewerk in unmittelbarer Nachbarschaft mit Büro- und Lagergebäuden kam 1993 hinzu. Auf diesem Gelände konnten 1996 ein neues Hochregallager in Betrieb genommen und die Lieferzeiten dadurch stark verkürzt werden. Im September 1998 ist ein neues Kunden- und Verwaltungszentrum im Passivhausstandard bezogen worden und bietet auf einer Fläche von 2.180 qm Nutzungsmöglichkeiten für Büroarbeitsplätze, Versandfläche, Ausstellungs- und Seminarräume (vgl. Sep. Artikel). Im Winter 1999 hat Wagner & Co für die Produktion von solaren Großkollektoren ein weiteres Gebäude gepachtet. Optionen für weitere räumliche Erweiterungen sind in Cölbe vorhanden.

Produkte

Wagner & Co entwickelt und vertreibt Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Raumheizungsunterstützung für Ein-und Mehrfamilienhäuser, solare Nahwärmesysteme für ganze Siedlungen, Fotovoltaikanlagen für den Inselbetrieb und die Netzeinspeisung und Regenwassernutzungssysteme für Haus und Garten. Dazu kommt ein Verlag, der Bücher und Videos herausgibt.

Ein kleines zusätzliches Standbein soll ein ökologischer Tagungsbereich werden. In den neuen Seminarräumen vermittelt das Wagner-Team Handwerkern, Architekten und Planern Kenntnisse über die Solar- und Regenwassertechnik. Darüberhinaus stehen die Räume mit moderner Tagungstechnik interessierten Gruppen und Firmen für eigene Veranstaltungen zu Verfügung. Die Räume können pauschal oder mit hauseigener Gastronomie gemietet werden.

Eigentum

Wagner & Co gehört zu den größeren Selbstverwaltungs-

Fortsetzung nächste Seite

Solarmonteure bei der Installation auf dem Hausdach Fotos auf dieser Seite: Wagner & Co

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... insbesondere in einem entstehenden Wertedissens und einem Generationskonflikt. So gebe es im Grunde zwei Wertegruppen in den Betrieben, die Marktorientierten und die Werteorientierten. In Krisenzeiten gewinne die »Ökonomiefraktion« die Oberhand und innere Strukturen würden zum Nachteil der werteorientierten MitarbeiterInnen geändert. Im Durchschnitt müsse alle sieben Jahre mit ökonomischen Krisen gerechnet werden, die Strukturanpassungen erforderten.

Laut Burghard Flieger entstehen Generationskonflikte oft, wenn neue MitarbeiterInnen nicht eingegliedert werden können: »In selbstverwalteten Betrieben gibt es nie Lob und neue Ideen werden leicht abgebügelt (obwohl sie nach drei Jahren dann doch eingeführt werden). Die »Neuen« brauchen ca. 2-3 Jahre, um anerkannt zu werden. Ohne »breites Kreuz« entstehen Schwierigkeiten, die oft in ein Arbeitnehmerverhalten führen.« Es gelte für die Betriebe, die genossenschaftliche Handlungskompetenz zu fördern, indem sich alle MitarbeiterInnen in diese Richtung entwickelten.

Beteiligungsmodell

Ein anderes Problem größerer selbstverwalteter Betriebe ist die Finanzierung von Investitionen, denn Wachstum bedeutet auch in Gebäude, Maschinen und innovative Produkte zu investieren. Reicht die Eigenkapitalbasis nicht aus, dann finanzieren häufig die Banken und machen den Betrieb abhängig von Kreditprüfern. Um diesem Problem aus dem Wege zu gehen, hat SOLVIS ein Beteiligungsmodell entwickelt. Stille Teilhaber kaufen als Kommanditisten der SOLVIS Solarsysteme GmbH Anteile im Wert von mind. 5.000 DM und finanzieren damit die notwendigen Investitionen. Die Interessen der Teilhaber werden über einen Beirat vertreten, der mit der Geschäftsleitung in ständigem Kontakt steht. Das Problem der direkten Einflußnahme der Teilhaber auf das Unternehmen SOLVIS Solarsysteme GmbH, wird durch die Gründung der SOLVIS Energiesysteme GmbH & Co KG gelöst. Das neue Unternehmen ist für den Vertrieb verantwortlich, so dass wesentlichen Bereichen des Betriebes die MitarbeiterInnen selbstbestimmt handeln und entscheiden können.

Demokratisch, solidarisch und erfolgsbeteiligt

Insgesamt waren sich fast alle TeilnehmerInnen dahingehend einig, dass bei größeren selbstverwalteten Betrieben ein ständiger Anpassungsdruck besteht, der über die Jahre zu erheblichen Strukturveränderungen führt. Trotzdem gibt es Betriebe, die einen Betriebsrat einführen, die MitarbeiterInnen nicht mehr am Gewinn beteiligen oder nur noch eine eingeschränkte Transparenz über betriebliche Entwicklungen aufrecht erhalten und dennoch ihren Betrieb als selbstverwaltet erklären. Hat die Selbstverwaltung viele Namen? Eine klare Antwort konnte in der Diskussion nicht gefunden werden. Auf jeden Fall bietet Selbstverwaltung ein breites Spektrum an Möglichkeiten, einen größeren Betrieb nach demokratischen, solidarischen und erfolgsbeteiligten Überzeugungen zu führen.●

(*) SOLVIS, Herstellung und Vertrieb von solarthermischen Anlagen, Braunschweig, ca. 65 Mitarb.; PSI AG, Gesellschaft für Prozeßsteuerungs-und Informationssysteme, Berlin, ca. 600 Mitarb.; die tageszeitung, taz-Verlagsgenossenschaft e.G., Berlin, ca. 250 Mitarb.; Lehrerkooperative e.V., Bildung und soziale Projekte, Frankfurt a.M., ca. 200 Mitarb.

Das Oppenheimer'sche Transformationsgesetz

Vor über hundert Jahren hat Franz Oppenheimer sein Buch »Die Siedlungsgenossenschaft« veröffentlicht, in dem er sein berühmt gewordenes Transformationsgesetz formuliert hat: »Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wenn sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.« Nach diesem Gesetz, das oft als unumstößliches Dogma gilt, unterliegt jeder selbstverwaltete Betrieb einer zwangsläufigen Entwicklung, nach der er in verschiedenen Lebensphasen entweder scheitert oder sich wandelt. Bei zunehmendem Wachstum, bezogen auf die MitarbeiterInnen, den Umsatz und das Eigenkapital (Gewinn), gebe es Gefahren des Scheiterns.

Laut Oppenheimer verläuft die Transformationstendenz im Normalverlauf zunächst von der Jugendform mit ihren idealistischen Ideen, Träumen und Wünschen in die Phase des Kampfes ums Dasein. In dieser Phase scheitern Betriebe häufig aufgrund von Kapital-, Absatz- und Disziplinmangel. In der dritten Phase überlebt das »Passende«; dies sind überschaubare Betriebe in Produktionsbereichen, in denen Arbeitsfertigkeiten nicht maschinell ersetzbar sind (z.B. Kunsthandwerk). Andere Betriebe sind weiterem Zwang zum Wandel unterworfen und in ihrer Altersform entspricht der mehrfach gewandelte Betrieb einer »normalen« Firma. Aktionäre und Lohnabhängige sind akzeptiert, es gibt Zutrittsbarrieren für neue Genossen, die Gewinnmaximierung dominiert und die Gewinnverteilung auf die Arbeit ist abgeschafft.

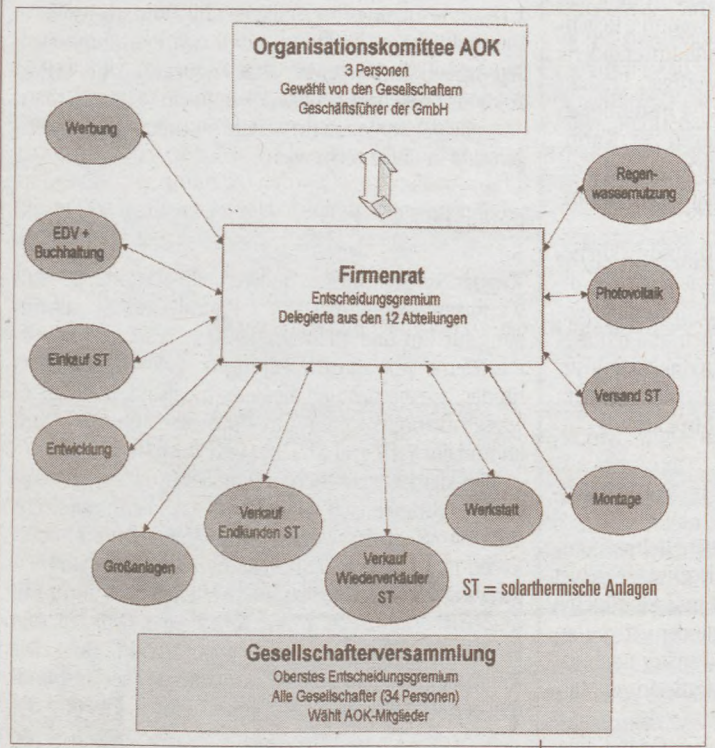
Insbesondere Burghard Flieger hat Einwände gegen diese These gebracht. In seiner Analyse des Oppenheimerschen Transformationsgesetzes weist Flieger auf die zu groben Indikatoren und vor allem den nur formalrechtlichen Charakter der Betrachtung hin. Die soziologische Theorie der Gruppe trage stark deterministische Züge. »Vom Zwang der Anpassung an die Umwelt leitet er (Oppenheimer) ein notwendigerweise einheitliches Verhalten der Gruppenmitglieder ab. Weder einzelnen Personen noch der Gruppe als Ganzes gesteht er eine auf individuellen oder gruppenübergreifenden Motivationen beruhende Handlungsautonomie zu.« Nur durch Vernachlässigung der Gruppenstrukturen und ihrer Veränderungen kann er den »uniformierenden Anpassungszwang hin zum kapitalistischen Unternehmen als Gesetz herleiten.« Schließlich zeigte Flieger, dass die empirische Bestätigung des Gesetzes anhand von Insolvenzzahlen nur sehr ungenügend geleistet werden kann.●

Quelle: Heider/Hopck/Seitz, »Kontinuität oder Transformation?, Focus-Verlag, 1997

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Wagner & Co

betrieben der Bundesrepublik. Von den MitarbeiterInnen sind 32 GesellschafterInnen. Sie sind Eigentümer durch Zeichnung von GmbH-Anteilen, und auch Teilhaber der Immobilien KG, der die Grundstücke und Gebäude gehören. Die Grundzüge der beiden Gesellschaften sowie die Rechte und Pflichten der Gesellschafter sind jeweils in einem notariellen Gesellschaftsvertrag geregelt. Daneben gibt es eine interne Betriebsverfassung, die die inneren Strukturen, Entscheidungswege, Löhne, Einstiegs- und Ausstiegsregelungen etc. im Detail bestimmt. Ausdrücklich wird die Beteiligung möglichst vieler am Unternehmen als Gesellschafter angestrebt.



Eigentümer sind in beiden Gesellschaften die gleichen Personen, der Kreis der Gesellschafter (Anteilseigner) ist identisch. Gesellschafter sind ausschließlich MitarbeiterInnen der Firma, es gibt keine außenstehenden Anteilseigner. Nicht alle FirmenmitarbeiterInnen sind Gesellschafter. Jeder Mitarbeiter, der dies möchte, kann nach einem Jahr zunächst Gesellschafteranwärter und nach einem weiteren Jahr Probezeit Gesellschafter werden, wenn er von den vorhandenen Gesellschaftern mehrheitlich akzeptiert wird. Es wird angestrebt, daß möglichst viele Mitarbeiter auch Gesellschafter sind.

Gesellschaftsanteile werden in Stücken von jeweils DM 5.000 gezeichnet. Beim Einstieg zeichnet jeder Gesellschafter zwei Anteile, wovon einer (der Einsteiger-Anteil) voll eingezahlt werden muß. Die Anzahl der Gesellschaftsanteile eines Gesellschafters steigt mit der Dauer seiner Firmenzugehörigkeit in Stufen von jeweils 3 Jahren. Die Obergrenze liegt bei 5 Anteilen; größere Kapitalanteile können nicht von einer Person erworben werden. Formal (nach GmbH-Recht) hat jeder Gesellschafter ein Stimmrecht entsprechend des Kapitalanteils. In der Praxis wird jedoch ausschließlich nach Köpfen abgestimmt, nicht nach Anteilen.

Entscheidungsgremien

Oberstes Entscheidungsgremium ist die *Gesellschaftersitzung*. Sie tagt mindestens alle drei Monate, bei Bedarf auch öfter. Hier finden vor allem die Entscheidungen nach den Rechten des Gesellschaftsvertrags statt, wie Festlegung der Kapitalanteile, Gewinnverwendung, Neuaufnahme und Ausschluß von Gesellschaftern etc. sowie Änderungen der internen Betriebsverfassung.

Etwa alle zwei Wochen tagt der *Firmenrat*, der sich aus Delegierten der einzelnen Firmen-Abteilungen (12 Personen) zusammensetzt. Er entscheidet über alle wichtigen Fragen der Firma, die sich aus der Geschäftstätigkeit und den internen Strukturen ergeben, soweit sie nicht der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind. Die Delegierten haben dafür zu sorgen, daß die notwendigen Informationen zwischen den Abteilungen und dem Firmenrat fließen. Sie sind außerdem dafür verantwortlich, daß getroffene Beschlüsse in ihren Abteilungen ausgeführt und übernommene Aufgaben erledigt werden.

Delegierte werden entsandt aus den Abteilungen Photovoltaik, Regenwasser, Werbung, EDV und Buchhaltung, Einkauf, Entwicklung, Privatkundenbetreuung, Geschäftskundenbetreuung (=Wiederverkäufer), Großanlagen, Versand, Werkstatt, Montage. Die Festlegung der entsendenden Bereiche wird jährlich überprüft und gegebenenfalls geändert.

Die Delegierten werden von ihrer jeweiligen Abteilung für ein Jahr gewählt. Wahlberechtigt sind alle Gesellschafter der Abteilung sowie die Angestellten, die unbefristet beschäftigt sind. Gewählt werden können ausschließlich die Gesellschafter aus der jeweiligen Abteilung.

Die Delegierten wählen aus ihrem Kreis eine *Sitzungsleitung* (zwei Personen). Sie leitet die Sitzungen, schreibt Protokolle und informiert die übrigen Gesellschafter und Angestellten. Die Sitzungsleitung des Firmenrats übernimmt gleichzeitig die Sitzungsleitung der Gesellschaftersitzungen.

Das *Allgemeine Organisationskommittee (AOK)* besteht aus drei Personen, die von den Gesellschaftern gewählt werden, und ist hauptamtlich für die Organisation des laufenden Betriebs zuständig. Die Mitglieder des AOK sind Geschäftsführer der Wagner & Co Solartechnik GmbH lt. GmbH-Gesetz, und übernehmen diese Funktion für mindestens drei Jahre. Im Rahmen der vom Firmenrat bzw. der Gesellschafterversammlung gefaßten Beschlüsse und in Zusammenarbeit mit den zuständigen MitarbeiterInnen und Abteilungen sorgt das AOK für die Planung, Koordination, Erarbeitung von Lösungen und bereitet Entscheidungen des Firmenrats bzw. der Gesellschafterversammlung vor. Das AOK informiert durch Protokolle über die laufende Arbeit, die getroffenen Entscheidungen und berichtet regelmäßig im Firmenrat. Im Zweifelsfall kann die Mehrheit der Mitglieder des Firmenrats beschließen, daß eine Entscheidung nicht im AOK, sondern im Firmenrat zu treffen ist. Entscheidungen des Firmenrats können von der Gesellschafterversammlung überstimmt werden.

Alle zwei Monate, findet ein *Angestelltenplenum* und einmal im Jahr oder bei Bedarf findet ein *Gesamt-Plenum* mit allen Gesellschaftern und Angestellten statt. Außerdem gibt es noch Abteilungs- und Arbeitsgruppensitzungen, um die Arbeit in den Abteilungen bzw. Projekte zu organisieren.

Löhne

Löhne werden bisher auf der Basis der geleisteten Arbeitszeit gezahlt (Stundenlohn). Alle Angestellten und Gesellschafter erhalten den gleichen Stundenlohn. Nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit wird der Lohn für Gesellschafter und Angestellte um 10 %, nach fünf Jahren um weitere 5 % erhöht. Für Gesellschafter und Angestellte gibt es ein Kindergeld. Für Gesellschafter wurde zusätzlich eine betriebliche Altersversorgung eingerichtet. (Zur laufenden Diskussion um Lohndifferenzierung: vgl. eigener Artikel)

Mehrheiten

Der Aufnahme von Gesellschaftsanwärtern müssen zwei Drittel der Gesellschafter zustimmen. Der endgültigen Aufnahme von Gesellschaftern (nach der Anwärterzeit) müssen drei Viertel der Gesellschafter zustimmen. Änderungen der Betriebs-Verfassung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der Gesellschafter.

Im Firmenrat und in der Gesellschafterversammlung werden die Entscheidungen normalerweise mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen. In wichtigen Angelegenheiten kann ein Delegierter/Gesellschafter vor der Abstimmung in der Sache beantragen, daß die Entscheidung mit einer qualifizierten Mehrheit (absolute, Zwei-Drittel-Mehrheit o.ä.) zu treffen ist. Stimmt die Mehrheit der Delegierten/Gesellschafter dem Antrag zu, wird entsprechend verfahren.

Innere Strukturen

Jährlich im Herbst treffen sich die GesellschafterInnen von Wagner & Co zu einem gemeinsamen Wochenende. Regelmäßig auf der Tagesordnung steht das Thema Strukturreform. Damit ist die Anpassung der o.g. Entscheidungsabläufe an das Wachstum bezüglich der demokratischen Beteiligung der MitarbeiterInnen, der Aufgabenverteilung, der Verantwortungsbereiche und der Kommunikationszusammenhänge verbunden.

Wagner & Co hat in den letzten 15 Jahren hohe Wachstumszuwächse verzeichnen können. Das hat zur Folge, dass permanente Umstrukturierungen auf der technischen und distributorischen Ebene erfolgen und immer wieder neue MitarbeiterInnen in den Betrieb integriert werden müssen.●

Wagner & Co im Überblick

Firmengründung	1979
Rechtsform	GmbH
Mitarbeiterzahl	100, davon 32 Gesellschafter
Umsatz	30 Millionen DM
Standort	Zimmermannstraße 12 35091 Cölbe Tel.: 06421/8007-0 Fax: 06421/8007-22 e-mail: service@wagner-Solartechnik.de Internet: www.wagner-Solartechnik.de
Produkte	● Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung ● solare Nahwärmeversorgungssysteme ● Fotovoltaik für Inselsysteme und Netzeinspeisung ● Regenwassernutzungsanlagen für Haushalt und Garten ● Verlag
Zertifizierungen	● DIN ISO 9001 ● Öko-Audi ● Stiftung Warentest ● Umweltzeichen
Entscheidungsstrukturen	● Gesellschafterversammlung ● Firmenrat (Entscheidungsgremium) ● AOK (Organisationskomitee) ● Abteilungsebene ● Projektgruppen

Erste Kundin bei Firmenfest

Die erste Kundin der Wagner & Co Solartechnik GmbH aus Cölbe war Gast bei den Feierlichkeiten zum zwanzigsten Geburtstag des Unternehmens im Mai 1999.

Die FirmengründerInnen von Wagner & Co mit der ersten Kundin. v.l.n.r. Eva Wagner, Andreas Wagner, Manfred Maas, Liviana Holland-Moritz-Wagner, Thomas Rotarius, erste Kundin Ingeborg Hänsel, Raimund Rabanus, Peter Jacobs.

Ingeborg Hänsel aus Spiekershausen bei Kassel ist heute 78 Jahre und mit der Solaranlage, die ihr 1979 eingebaut wurde, sehr zufrieden. Sie hat damals mit einem Bausparvertrag die Anlage finanziert und schwärmt noch heute von den »vielen jungen Leuten« die sich in ihrem Haus »wie zuhause fühlten«. Die anfängliche Skepsis ihres Mannes ist mittlerweile in breite Zustimmung umgeschlagen. Nach Ingeborg Hänsel hat Wagner & Co weitere ca. 60.000 Kunden bedient und ist heute mit 100 MitarbeiterInnen einer der Marktführer in der Solar-und Regenwassertechnik.

INTERVIEW ZUR SELBSTVERWALTUNG BEI WAGNER & CO

Traditionelle Führung und basisdemokratische Firmenlenkung

Nach zwanzig Jahren teilweise stürmischer Entwicklung gehören bei Wagner & Co die Entscheidungen am Küchentisch längst der Vergangenheit an. Wie sich sowohl die veränderten Anforderungen des Marktes als auch selbstverwaltete Prinzipien unter einen Hut bringen lassen, darüber hat Dietmar Schlosser mit Peter Jacobs, einem der Gründer und heutigen Mitglied der Geschäftsführung, gesprochen.

CONTRASTE: *Wagner & Co hat in den letzten Jahren viele neue MitarbeiterInnen eingestellt und in ein neues Gebäude investiert. Wie verkraftet der Betrieb das Wachstum?*

Peter Jacobs: Vor einigen Jahren hatten wir den im Nischenmarkt Solartechnik. Der Markt ist deutlich gewachsen, aber auch der Wettbewerb ist durch den Marktauftritt z.B. großer Heizungshersteller härter geworden. Wer qualifizierte MitarbeiterInnen gewinnen und langfristig binden möchte, muß heute auch einen gut ausgestatteten und organisierten Arbeitsplatz und ein angenehmes, die Kreativität förderndes Umfeld bieten. Der Neubau unseres Bürogebäudes, die Einführung eines neuen Warenwirtschaftssystems, die Einführung des Qualitätsmanagement und die Entwicklung neuer Produkte haben viel Geld und Arbeit gekostet, machen uns aber fit, den Herausforderungen der nächsten Jahre mit Optimismus begegnen zu können.

Welche Auswirkungen auf die Selbstverwaltung hat die expansive Entwicklung?

Durch den Mitarbeiterzuwachs der letzten Jahre hat sich das Verhältnis zwischen Gesellschaftern und Angestellten verschoben. Bevor man Gesellschafter werden kann, muß man wenigstens zwei Jahre angestellt sein. Klar ist auch, daß weniger Neue intensiver eingearbeitet und besser betreut werden könnten.

Sicher kommen viele neue MitarbeiterInnen zu Wagner & Co mit diffusen Vorstellungen über die Selbstverwaltung. Wie werden sie integriert?

Wir haben ganze Abteilungen, in denen lediglich ein Mitarbeiter länger als 5 Jahre dabei ist. Dort ist es dann nicht so leicht, den Neuen die Ziele und den Stil des Hauses zu vermitteln und das Interesse an der Selbstverwaltung zu wecken bzw. wachzuhalten. Es ist deshalb wichtig, den Zuschnitt der Abteilungen so zu wählen, daß sich alle Mitglieder einbringen können, an den Prozessen beteiligt oder zumindest darüber informiert sind und über den Delegierten auch Einfluß auf die Firmenpolitik nehmen können. (vgl. eigener Artikel)

Der Wettbewerb wird auch in der Solarbranche härter. Besteht nicht die Gefahr, dass Wagner & Co zu einem ganz konventionellen Chefbetrieb mutiert?

Diese Gefahr sehe ich nicht. Mit Chefbetrieb etikettieren wir doch gern einen Führungsstil, der sich bei der Entscheidungsfindung auf die Position und nicht auf den besseren Überblick oder die besseren Argumente stützt, dabei Fehler macht und die dann womöglich noch den Angestellten anheftet, die vor diesen Fehlern gewarnt haben. Gerade in einem harten Wettbewerb sind Fehlervermeidung und kontinuierliche Verbesserungen am Produkt und an der Dienstleistung die beste Überlebensstrategie. Ein selbstverwalteter Betrieb muss, wenn er bestehen will, die besten Elemente traditioneller Unternehmungsführung mit denen einer basisdemokratischen Firmenlenkung vereinen. Selbstverwaltung bedeutet ja nicht, dass jeder über alles mitredet und entscheidet (und es nachher keiner umsetzt), sondern dass wir eine Struktur pflegen, die die besonderen Fähigkeiten aller MitarbeiterInnen berücksichtigt und entwickelt und diejenigen auf Schlüsselpositionen hebt, die Fachkompetenz, Überblick, Teamgeist, Organisationstalent und Personalführungsqualitäten zum Wohle aller einbringen können.

Du bist einer der drei Geschäftsführer. Was bedeutet das? Was motiviert Dich, ein solches Amt auszuüben?

Ich bin seit Jahren in der Sitzungsleitung und im AOK, unserem Entscheidungs- und Organisationsgremium, und seit einigen Jahren auch Personalbeauftragter. Für drei Jahre zum Geschäftsführer bestellt zu werden, hat meine tägliche Arbeit deshalb nicht so stark verändert. Nach wie vor finde ich es eine spannende Aufgabe dazu beizutragen, die Solartechnik und Regenwassernutzung voranzubringen und damit nebenbei auch zu beweisen, daß selbstverwaltete Unternehmen erfolgreich sein können.

Wir danken für das Gespräch.●

AKTUELLES THEMA IM BETRIEB

Wagner & Co

Lohndifferenzierung

Kaum ein Thema, über das in selbstverwalteten Betrieben intern so heftig und emotional gestritten wird, wie die Diskussion um Löhne und Gehälter – mindestens solange wie eine dauerhafte Regelung noch nicht gefunden wurde. Die laufende Diskussion bei Wagner & Co liefert begreiflicherweise kein fertiges Modell, zeigt jedoch Argumente für eine Differenzierung der Löhne auf.

Peter Jacobs, Cölbe ● Seit der Unternehmensgründung von Wagner & Co in 1979 wird ein einheitlicher Lohnstundensatz für alle MitarbeiterInnen gezahlt. Es gab bisher aufgrund der gleichgewichtigen Bedeutung der Aufgaben keinen Anlaß, unterschiedliche Lohnhöhen an die MitarbeiterInnen zu bezahlen. Mit zunehmender Arbeitsteilung und differierenden Qualifikationsanforderungen wird nun der einheitliche Lohnstundensatz immer mehr in Frage gestellt. Viele MitarbeiterInnen empfinden es als ungerecht, dem ungelernten Versandmitarbeiter den gleichen Lohn zu zahlen wie dem Planungsingenieur. Der hochqualifizierte Mitarbeiter ist unzufrieden und beginnt sich einen neuen Arbeitsplatz zu suchen.

Anforderungen berücksichtigen

Es gibt deshalb Überlegungen, ein neues, differenzierteres Lohnmodell einzuführen, das sich am tariflichen Lohngefüge orientiert und die unterschiedlichen Anforderungen an die Tätigkeit, die Verantwortung, die Betriebszugehörigkeit und das unterschiedliche Leistungsvermögen berücksichtigt.

Die Löhne werden derzeit auf der Basis der geleisteten Arbeitszeit gezahlt (Stundenlohn). Alle Angestellten und Gesellschafter erhalten den gleichen Stundenlohn. Nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit wird der Lohn für Gesellschafter und Angestellte um 10%, nach fünf Jahren um weitere 5% erhöht. Für Gesellschafter und Angestellte gibt es ein Kindergeld. Für Gesellschafter wurde zusätzlich eine betriebliche Altersversorgung (Direktversicherung) eingerichtet.

Breiter Konsens gesucht

Um die Motivation der MitarbeiterInnen nicht zu belasten, kann die Einführung einer Lohndifferenzierung nur im breiten Konsens erfolgen, unter der Prämisse, dass keinem Mitarbeiter der Lohn gekürzt wird. Welche Faktoren eine nachvollziehbare Einordnung in eine bestimmte Lohngruppe ermöglichen, z.B. Ausbildung und Zusatzqualifikationen, betriebliche Verantwortung, Kinder, Tantiemen/Prämien, wird engagiert diskutiert.

So gibt es einige MitarbeiterInnen, die ihre Qualifikation für ihre derzeitige Tätigkeit z.B. nicht mit einem Uni-Abschluß untermauern können, die jedoch durch ihre langjährigen, praktischen Erfahrungen und Kenntnisse über eine sehr gute betriebliche Qualifikation verfügen. Auch die Frage, ob die individuelle Leistung eines Mitarbeiters oder die Kollektivleistung der Abteilung berücksichtigt werden sollen, ist brisant.

Da der Lohn auf die Motivation der MitarbeiterInnen wirkt und die gesamte Kultur des Unternehmens beeinflusst, muß sehr sensibel und unter Beachtung aller möglichen Wirkungsfelder diskutiert werden. Die Lohndifferenzierung soll nicht zu innerbetrieblichen Streitigkeiten und persönlichen Enttäuschungen oder gar zur inneren Kündigung führen und so die Leistungsbereitschaft vermindern. Eine Lösung, mit der alle glücklich sind, die keinem weh tut, wird es andererseits wohl auch nicht geben. Es ist aber gute Tradition bei Wagner & Co, mehrheitlich gefaßte Beschlüsse solidarisch mitzutragen. Die Aussichten sind also gut, dass die Gesellschafter auf ihrer Klausurtagung im Herbst ein neues differenziertes Lohnmodell verabschieden werden, das es dem Unternehmen auch weiterhin ermöglicht, hochqualifizierte MitarbeiterInnen zu gewinnen und zu halten.●

NEUE MITARBEITERiNNEN IM SELBSTVERWALTETEN GROSSBETRIEB FINDEN

Trend zur Kaskomentalität

Früher kannte man sich eh schon, neue MitarbeiterInnen kamen aus der Szene oder wurden von einem Freund empfohlen. Heute gibt es die Szene für Wagner & Co kaum mehr. Doch trotz hohen fachlichen Anforderungen sowie persönlichen Eigenschaften, die ein Stellensuchender aufweisen soll, der nach Cölbe will, hilft erfahrungsgemäß die persönliche Empfehlung immer noch am Meisten.

Alois Wilhelm, Cölbe ● Wagner & Co konnte in der Vergangenheit immer wieder neue MitarbeiterInnen einstellen. Die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs und die Unternehmensziele führen bei der Mitarbeiterfindung und -auswahl jedoch zu einem zentralen Zielkonflikt. Zum Einen muß den technischen und kaufmännischen Anforderungen für ein erfolgreiches Bestehen im Markt Rechnung getragen und qualifiziertes Personal eingestellt werden. Andererseits sollen diese MitarbeiterInnen Handlungskompetenzen mitbringen, die für einen selbstverwalteten Betrieb

Foto: Wagner & Co

mit seinen demokratischen, solidarischen und föderalen Strukturen unbedingt gebraucht werden. MitarbeiterInnen zu finden, die beide Anforderungen erfüllen, wird immer schwieriger, zumal hochqualifizierte Leute bei uns Abstriche bei der Entlohnung in Kauf nehmen müssen.

»Szene« nicht mehr vorhanden

In früheren Jahren wurden aus der »Szene« neue MitarbeiterInnen eingestellt. Diese »Szene« ist für Wagner & Co kaum mehr vorhanden. Die Rekrutierung neuer MitarbeiterInnen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis führte bisher oft zum Erfolg, während der Weg über das Arbeitsamt, Anzeigen in Zeitungen oder die Ausschreibung im Internet aufwendiger und mit geringerer Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führten.

Es wurden bei Wagner & Co grundsätzlich vier Kriterien festgelegt, die für die Stellenanforderungen relevant sind:

- Fachliche Qualifikation (z.B. Ausbildung, Erfahrung),
- Soziale Kompetenz (z.B. Konfliktfähigkeit, Kompromißbereitschaft, Artikulationsfähigkeit, Offenheit, Gruppenerfahrung),
- Persönliche Attribute (z.B. Fleiß, Disziplin, Lernbereitschaft, Belastbarkeit),
- Persönliche Ziele (z.B. soziales und ökologisches Interesse).

Derzeit wird der Schwerpunkt auf fachliche Qualifikationen und persönliche Attribute gelegt.

Mitreden und Risiko tragen

Perspektivisch verändert es die Kultur im Unternehmen, wenn immer weniger MitarbeiterInnen mit Selbstverwaltung etwas verbinden. Mitreden und Mitbestimmen können wird positiv, wenn nicht gar als selbstverständlich angesehen, deutlich weniger Bereitschaft besteht aber dazu, auch das mit den Entscheidungen verbundene unternehmerische Risiko zu tragen. Hier scheint ein Trend zur Kaskomentalität erkennbar.

Die Gesellschafter von Wagner & Co diskutieren deshalb darüber, wie die Vorteile und Chancen der Selbstverwaltung besser vermittelt werden können. Folgende Vorschläge werden dabei diskutiert: Selbstverwaltung wieder verstärkt zum Thema zu machen im Betrieb, innerbetriebliche Schulungen und Diskussionen durchzuführen sowie jeden neuen Mitarbeiter gezielt zu betreuen und zu informieren. Dabei sollen die MitarbeiterInnen angeregt werden, sich an der Weiterentwicklung der Selbstverwaltung bei Wagner & Co zu beteiligen.●

Seminar- und Schulungsraum im Passivhaus für 80 Personen

Foto: Wagner & Co

EINZIGARTIG IN EUROPA:

Bürogebäude als Passivhaus

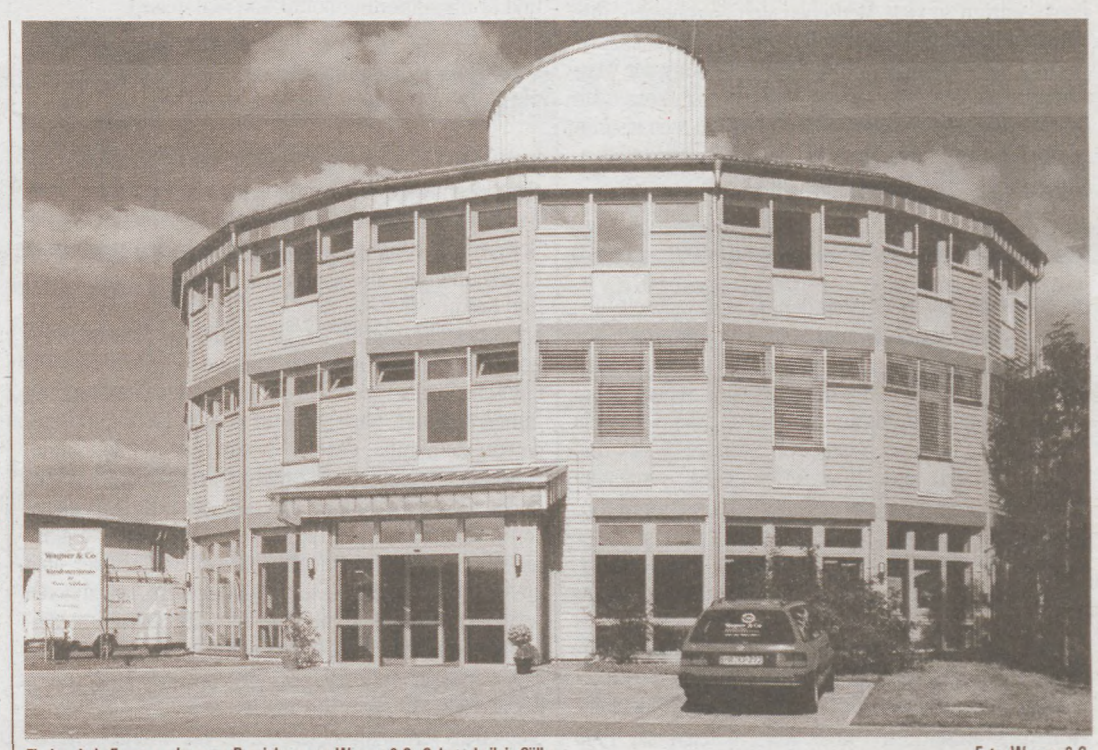
Auf über 2.000 qm Nutzfläche integriert das Passivhaus ein Kundenzentrum, Büro- und Versandbereiche sowie Seminarräume – alles ohne konventionelles Heizungssystem. Wärmedämmung, Wärmerückgewinnung aus der Abluft, Erdwärmetauscher und Solaranlage versorgen das Gebäude und die MitarbeiterInnen mit der nötigen Wärme in den kalten Jahreszeiten.

Klaus Schweitzer, Cölbe ● Mit dem neuen Verwaltungsgebäude von Wagner & Co Solartechnik wurde erstmals in Europa ein Bürogebäude nach dem Standard der Passivhäuser errichtet. Dank hocheffizienter Wärmedämmung hat das Gebäude mit ca. 10 kWh/qm nur noch etwa 10% des Wärmebedarfs, der nach der geltenden Wärmeschutzverordnung vorgeschrieben ist. Der restliche Heizbedarf wird weitgehend von einer Solaranlage mit Saisonspeicher bereitgestellt. Es ist gelungen, die Baukosten des Gebäudes in dem Rahmen zu halten, der bei herkömmlichen Gebäuden dieser Ausstattung im Mittel aufgewendet werden muss. Die Kosten für die Heizung des Passivhauses werden jedoch lediglich 1/10 dessen betragen, was andere Neubauten kosten.

Konsequente Wärmedämmung ...

Alle Außenbauteile des Wagner-Passiv-Solarhauses werden konsequent von einer komplett umschließenden Dämmhülle umfasst: das Stahlbeton-Skelett wird von Leichtbau-Elementen in Holztafel-Bauweise umhüllt, Bodenplatte und Sockelbereich von einer durchgehenden Perimeterdämmung aus druckfestem Schaummaterial. Die Fenster mit Dreifach-Wärmeschutz-Verglasung und ausgeschäumten Rahmenprofilen (k-Wert 0,5) ermöglichen echte Solargewinne auch in der kalten Jahreszeit.

Eine Lüftungsanlage bringt die hygienisch notwendige Frischluft ins Gebäude und entzieht der Abluft mittels Wärmerückgewinnung ca. 80% der Wärmeenergie. Ein



Einzigartig in Europa – das neue Passivhaus von Wagner & Co Solartechnik in Cölbe

Foto: Wagner & Co

Erdreich-Wärmetauscher sorgt im Winter für eine Vorwärmung der Außenluft bzw. Vorkühlung im Sommer. Auf ein aktives Kühlsystem wurde verzichtet; stattdessen kann das Gebäude im Sommer durch eine nächtliche Schwerkraftlüftung kühl gehalten werden.

... und Wassertank als Pufferspeicher

Eine Solaranlage mit 65 qm Kollektorfläche erwärmt im Sommer einen hochwärmegedämmten Wassertank mit einem Volumen von 85 Kubikmeter, der innerhalb des Gebäudes steht. Aus ihm kann im Winter Heizenergie entnommen und bei Bedarf durch eine Erwärmung der Zuluft eingebracht werden. Der Saisonspeicher dient gleichzeitig als Pufferspeicher für eine Heizkraft-Anlage, die die Grundversorgung mit elektrischer Energie sicherstellt. Die Toilettenanlagen werden mit Regenwasser versorgt, das vom Hausdach aufgefangen und in einem Beton-Erdtank gespeichert wird. Ein Teil des Regenwassers wird auf dem Gelände in einem Gartenteich versickert.

Sämtliche haustechnische Anlagen werden über ein »Datenbus-System« zentral gesteuert. Gleichzeitig werden über dieses System an zahlreichen Messstellen im Gebäude Daten erfasst wie Temperaturen, Stromverbrauch, Wetterdaten etc., die eine wissenschaftliche Auswertung der Gebäudekonzeption erlauben.●

KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

Festung Europa – die Sicherheit der Herrschenden

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht. Die einen fliehen vor Krieg und Verfolgung, andere vor wirtschaftlicher Misere, manche erhoffen sich ganz einfach woanders bessere Lebensbedingungen. Obwohl nur ein kleiner Teil davon nach Europa gelangt, erfolgt hier die stärkste Abschottung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. In der rassistischen Propaganda von Staat und Medien ist dann nicht mehr von einzelnen Menschen die Rede, die konkrete Gründe haben, ihre Heimatländer zu verlassen und nach Europa zu emigrieren, sondern von einer diffusen Masse von »Flüchtlingsströmen«, die Europa zu »überschwemmen« droht.

Ghostbusters, München ● Der Abbau von Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union geht einher mit immer perfekterer militärischer Aufrüstung der EU-Aussengrenzen. An der deutschen Ostgrenze stehen Heerscharen von BundesgrenzschützerInnen mit Nachtsichtgeräten und Wärmebildkameras bereit, die gemeinsam mit ortsansässigen Bürgerwehren zur Menschenjagd auf »Illegale« blasen. Seit 1990 wurden hier 90 Menschen ermordet (die wenigen bekannt gewordenen Fälle!) – auf der Flucht vor dem Bundesgrenzschutz in den Tod getrieben oder bei dem schwierigen Versuch, unentdeckt den Grenzfluss zu durchqueren ertrunken.

In den spanischen Enklaven in Nordafrika sollen vom Militär bewachte Mauern die Einreise von Flüchtlingen vom afrikanischen Kontinent verhindern. Das Schengener Abkommen bewirkt, dass diejenigen, die bei der Einreise über angeblich sichere Drittstaaten (dazu zählen alle Nachbarstaaten der BRD) erwischt werden, sofort zurückgeschoben werden. Der Grossteil der Flüchtlinge schafft es so nicht mehr über den legalen Weg in die EU einzureisen. Wer in einem EU-Land Asyl beantragt wird im Schengenzentralcomputer mit Fingerabdruck gespeichert und kann danach in keinem anderen Schengenstaat mehr Asyl beantragen. Wem es trotz aller Hindernisse gelingt, in einem EU-Staat Asyl zu beantragen, dem steht ein ausgeklügeltes System von rassistischen Demütigungen und Schikanen bevor. So dürfen die Flüchtlinge nicht arbeiten, werden in überbelegten Heimen untergebracht und erhalten z.B. in der BRD nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die gekürzte Sozialhilfe grösstenteils nur noch in Sachleistungen, die oft unbrauchbar sind. Die wenigsten Flüchtlinge werden im Asylverfahren anerkannt. Wer nicht »Freiwillig« ausreist, wird in Abschiebehaft (das kann länger als ein Jahr dauern) genommen. Am Ende steht die Abschiebung in das angebliche Herkunftsland – ohne Rücksicht darauf ob Einer/m willkürliche Haft, Folter, Vergewaltigung oder Mord droht. Bei Abschiebungen arbeiten die EU-Staaten eng mit den Repressionsorganen der Verfolgerstaaten zusammen – ob bei der Beschaffung von Heimreisepapieren oder beim Austausch von Daten über Aktivitäten von Flüchtlingen.

Was hier in Europa gerne ausgeblendet wird, ist die Frage, warum so viele Menschen sich entscheiden, ihre Herkunftsländer zu verlassen, denn hier spielen die Staaten und Konzerne der EU und die Entwicklung der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle. Wir wollen im Folgenden die rassistische Migrationspolitik der EU-Staaten als Mittel der Abschottung gegen Flucht- und Migrationsbewegungen andererseits näher beleuchten:

Die Mächte Europas – weltweit im Krieg

Die BRD und andere Staaten der EU sind weltweit führend im Waffengeschäft und somit verantwortlich für Kriege, die Menschen zur Flucht zwingen. Ein Beispiel hierfür ist der blutige Krieg des türkischen Staates gegen die Menschen in Kurdistan. Zum einen wären hier die Konzerne, die mit dem Export von Rüstungsgütern und Kriegstechnologie-Know-How gutes Geld verdienen. Krauss-Maffai zum Beispiel erhielt 1997 den Auftrag zum Bau von 1.000 Leopard-Panzern für die türkische Armee im Wert von 4,5 Milliarden DM. Auf der anderen Seite unterstützen die Staaten der EU befreundete Staaten um dadurch ihre politischen Interessen durchzusetzen. Das NATO-Land Türkei ist für die BRD und die anderen westlichen Staaten seit Jahren ein wichtiger militärischer Bündnispartner. Der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Lothar Rühl bezeichnete 1992 die Türkei als die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten. Stabilität im Sinne der NATO-Staaten, versteht sich.

So dient der türkische Luftwaffenstützpunkt Incirlik den USA seit dem Golfkrieg 1990/91 als Ausgangsbasis für Luftangriffe auf den Irak. Auch wirtschaftlich dient die Türkei für die westlichen Staaten als wichtige Brücke zum Nahen und Mittleren Osten. So ist zum Beispiel für die nächsten Jahre der Bau einer Ölpipeline durch die Türkei (Kurdistan) hindurch zu den reichen Ölfeldern am kaspischen Meer geplant. Es versteht sich, dass unter diesen Umständen die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates ganz und gar nicht in das Konzept von BRD und Co. passt. Würde dies doch die Machtposition der Türkei und ihrer Bündnispartner empfindlich schwächen. Und wenn es um die Aufrechterhaltung dieser imperialistischen Stabilität geht, werden die Sonntagsreden europäischer PolitikerInnen über Menschenrechte zur Farce.

Gerade Deutschland pflegt traditionell eine enge militärpolitische Kooperation mit der Türkei. So erhält die Türkei im Rahmen der Natopartnerschaft Unmengen von Kriegswaffen mit denen sie Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt. Die BRD verschenkte beispielsweise Waffen aus den Restbeständen der NVA im Wert von 3,6 Milliarden DM an die Türkei. Paramilitärische Todesschwadronen werden weiterhin von der GSG 9 ausgebildet. Mit deutscher/europäischer Militärhilfe zerstörte die türkische Armee tausende kurdische Dörfer und zwang während der letzten Jahre über 3 Millionen KurdInnen zur Flucht. Die Meisten landen in den Slums der türkischen Grossstädte, einige schaffen es auch, nach Europa zu emigrieren. Dort wird der Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung mit anderen Mitteln fortgesetzt. Die

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BRD tut sich besonders damit hervor, politische Aktivitäten kurdischer Flüchtlinge zu kriminalisieren (PKK-Verbot) und KurdInnen in die Türkei abzuschieben. Der Protest gegen die Verschleppung und Verhaftung des PKK-Vorsitzenden *Abdullah Öcalan* wurde von deutschen PolitikerInnen und Medien mit beispielloser rassistischer Hetze gegen »Terror-Kurden« und Forderungen nach hartem Durchgreifen und Abschiebung von Gewalttätern beantwortet. Dass diesen Menschen in der Türkei Folter, willkürliche Haft und Ermordung drohen, wird billigend in Kauf genommen, im Zweifelsfall beruft man sich auf Alibizusagen des türkischen Staates, den Abgeschobenen würde nichts widerrechtliches passieren.

Erst vor kurzem wurden über 1.000 HADEP-PolitikerInnen festgenommen und etliche Jugendliche bei den Protesten wegen der Entführung Öcalan in Istanbul und anderen Städten von türkischen Einheiten erschossen. All das ist aber weiterhin kein Problem für die BRD den offenen Terror der Türkei durch Abschiebungen von Kurden , die sich angeblich an gewaltätigen Protesten beteiligt haben oder die in der BRD verbotene PKK-Fahne gezeigt haben, zu unterstützen.

Gewiss ist der Umgang mit kurdischen Flüchtlingen nicht das einzige Beispiel, wo westeuropäische Staaten einerseits Kriege unterstützen bzw. ermöglichen und danach ihre Verantwortung gegenüber denen, die deshalb fliehen müssen, mit den Mitteln rassistischer Abschiebe- und Kriminalisierungspolitik von sich weisen.

Der Krieg in Jugoslawien – Flüchtlinge als Spielball staatlicher Machtpolitik

Bei dem Krieg gegen Jugoslawien waren die führenden europäischen NATO-Staaten selber als Kriegsparteien beteiligt, angeblich, um die Menschenrechte zu schützen. Die Bomben der NATO zerstörten Wohnhäuser, Betriebe und Krankenhäuser, sie ermordeten Menschen: SerbInnen und Kosovo-AlbanerInnen. Die jugoslawische Armee beantwortete die Angriffe der NATO mit verschärften Übergriffen und Vertreibungsmassnahmen gegen kosovo-albanische ZivilistInnen, die Eskalation der Gewalt zwang hunderttausende Menschen zur Flucht. Trotz dem Gerede von Humanität, das als Vorwand für die Bombardements diente, erhielten nur wenige dieser Flüchtlinge Zuflucht in den EU-Staaten. So nahm die BRD, begleitet von medialem Humanitäts-Getöse, 20.000 Kosovo-AlbanerInnen als Bürgerkriegsflüchtlinge auf, stellte aber gleichzeitig klar, dass es damit genug wäre. Die anderen sollten weiterhin heimatnah in Flüchlingscamps verweilen. Kein Wunder – die NATO brauchte das Elendszenario überfüllter Auffanglager, um ihre Kriegspolitik vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Die Flüchtlinge dienten als Verhandlungsmasse, um eine militärische Besatzung Rest-Jugoslawiens durch die NATO voranzutreiben. Und es sieht im Moment eher nicht danach aus, dass jetzt, wo der Krieg in Jugoslawien angeblich vorbei ist und der Kosovo durch KFOR-Truppen besetzt wird, für die Menschen dort der Frieden einkehrt: Bereits jetzt sind über 100.000 SerbInnen aus dem Kosovo auf der Flucht vor Angriffen und Racheakten – die Voraussetzungen dafür wurden durch den NATO-Einmarsch geschaffen.

Auf die militärische Besatzung soll nach dem Willen der deutschen Regierung ein Marshallplan für den »gesteinigten Balkan« folgen – finanziert durch die Europäische Union. Gewiss nicht aus uneigennütziger Hilfsbereitschaft – nach der Zerstörung der jugoslawischen Wirtschafts- und Infrastruktur durch die NATO-Bomben und der kriegsbedingten Destabilisierung der umliegenden Staaten soll ein Wiederaufbau folgen, der die Abhängigkeit von westeuropäischen Staaten und Konzernen festschreibt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch, dass deutsche Ausländerbehörden bis kurz vor Beginn und während des NATO-Krieges Flüchtlinge aus dem Kosovo nach Jugoslawien abschieben liessen (mit der Begründung, dort gäbe es keine Gruppenverfolgung gegen Kosovo-AlbanerInnen).

Flucht und Migration im Zeichen des kapitalistischen Weltmarktes

Europa profitiert seit den Tagen des Kolonialismus von der Ausplünderung der sogenannten Dritten Welt. Ob in Form von Kaffee aus Mexico, Erdöl aus Nigeria, Textilien aus guatemaltekischen Weltmarktfabriken oder Sextourismusangeboten für Reisen nach Thailand – die Früchte der Ausbeutung sind hier allgegenwärtig. Die existentiellen Lebensinteressen der Menschen im Trikont werden systematisch mit Füssen getreten.

Durch Agrarkonzerne und Grossgrundbesitzer werden beispielsweise KleinbäuerInnen in Abhängigkeitsverhältnisse gezwungen. Viele verfügen auch nicht über eigenes Land, bzw. sie werden, z.B. durch Verschuldung gezwungen, ihren Grund zu verkaufen. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, sich für äusserst geringen Lohn und häufig unter gesundheitsschädlichen Bedingungen als Feld- und PlantagenarbeiterInnen für Agrarmultis und lokale Landlords zu verkaufen. Das was angebaut wird, orientiert sich nicht daran, was die Menschen vor Ort ernährt, sondern was sich exportieren lässt.

Oftmals kommt es auch zur Verwüstung von ganzen Landstrichen durch Umweltverschmutzung und Raubbau, beispielsweise durch die Ölförderung des Shell-Konzerns in Nigeria.

Häufig können landwirtschaftliche Produkte in den Ländern des Trikont nicht mit Importprodukten aus reicheren Ländern konkurrieren. Dies wird um so mehr dadurch begünstigt, dass den Staaten der sogenannten Dritten Welt durch internationale Wirtschaftsinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF) und World Trade Organisation (WTO) eine Öffnung und Liberalisierung der Märkte, z.B. durch Wegnahme von Importzöllen, verordnet wird.

Während der letzten Jahrzehnte zogen Millionen mittellos gewordene Menschen vom Land in die Städte. Viele müssen sich dort als TagelöhnerInnen und StrassenhändlerInnen durchschlagen. Andere finden Arbeit in den Weltmarktfabriken transnationaler Grosskonzerne, zu äusserst niedrigen Löhnen, mit Arbeitszeiten oft mehr als 12 Stunden am Tag, unter gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, ohne wirksamen gesetzlichen Schutz vor unternehmerischer Willkür – also unter wahrhaft idealen Bedingungen für Investoren. Viele stranden in den riesigen Slumgebieten, die die Grossstädte Afrikas, Lateinamerikas und Asiens umgeben. Armutsmigration geschieht zumeist innerhalb der Länder des Trikont.

Im Vergleich dazu sind es nur die wenigsten, die die reichen Industriestaaten erreichen, in der Hoffnung dort eine bessere Zukunft zu finden und gegebenenfalls die zurückgebliebenen Angehörigen finanziell zu unterstützen. Diejenigen, die sich dafür entscheiden sind zum grossen Teil Menschen, die bereits für transnationale Konzerne gearbeitet haben und daher mit den Spielregeln und Kenntnissen, mit denen Mensch in Europa und Nordamerika konfrontiert wird, ein Stück weit vertraut sind. Verschiedene Länder des Trikont, wo es für einige Jahre eine rasante wirtschaftliche Entwicklung gab (z.B. Nigeria und Südkorea) wurden danach von drastischer wirtschaftlicher Rezession gebeutelt. Eine solche Entwicklung geschieht durch die Krisenanfälligkeit von Finanzmärkten, oder weil sich Grosskonzerne entscheiden, einen Produktionsstandort aufzugeben, um sich dort niederzulassen, wo sie noch günstigere Ausbeutungsbedingungen vorfinden. Für jemanden, der/die dadurch die wirtschaftliche Existenzgrunglage verliert, bleibt dann oft nicht viel anderes übrig, als es in einem reicheren Land (z.B. in der BRD) zu versuchen (falls er/sie überhaupt die finanzielle Möglichkeit dazu hat).

Viele Menschen emigrieren bevorzugt in die Staaten, die ihre jeweiligen Heimatländer einst als Kolonialmächte eroberten und noch immer von den neokolonialen Verhältnissen profitieren. So leben in Frankreich zahlreiche MigrantInnen aus ehemaligen französischen Kolonien, wie Senegal und Elfenbeinküste. Leute aus Togo entschieden sich während der letzten Jahre häufig zur Flucht bzw. Migration in die BRD – der Staat, der, in der Tradition deutscher Kolonialgeschichte in Togo, enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Regime des Diktators Eyadema pflegt.

Flüchtlingen und MigrantInnen bleibt hier in Europa wiederum oft nichts anderes übrig, als sich mit prekären Billigjobs, bei Putzfirmen, auf dem Bau oder in Fastfoodrestaurants, durchzuschlagen – unter den Bedingungen eines modernen, flexibilisierten Arbeitsmarktes. Ihnen wird es äusserst schwer gemacht, hier einen Fuss auf den Boden zu bekommen. Wohnschiffe, abgewrackte Containersiedlungen, Ghetto-Vorstädte, Sammellager sind die Orte der kurzfristigen Arbeitsaufenthalte. Die Verweigerung von sozialen und politischen Bürgerrechten, und damit letztlich dem Menschsein sind klare Zeichen an die Arbeitskräfte, sich nach kurzer Zeit wieder aus dem Staub zu machen. (Georg Lutz, »Zwischen Flucht und Arbeit«)

In den letzten Jahren kamen gerade aus Osteuropa zahlreiche MigrantInnen in die EU. Der Aufkauf von Betrieben durch Westfirmen und die Einschwörung der dortigen Regierungen auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs (genannt Reformen) hat dort für ein drastisches Ansteigen von Erwerbslosigkeit und den Verlust von sozialer Absicherung gesorgt. So verdingen sich beispielsweise zahlreiche Menschen aus Polen in der BRD als SaisonarbeiterInnen, vielen OsteuropäerInnen bleibt auch nur die Möglichkeit, illegal in der EU zu leben und zu arbeiten.

Flucht/Migration aufgrund von Armut wird in der EU nicht anerkannt. Die Bezeichnung »Wirtschaftsflüchtling« wird so häufig in einem Atemzug genannt mit »Schmarotzer« und »Asylbetrüger«.

Frauenspezifische Flucht/Migrationsgründe

Ob Krieg oder wirtschaftliche Armut, meist sind es die Frauen die von menschenunwürdigen Verhältnissen am stärksten davon betroffen sind. In Kriegen wird Vergewaltigung als Waffe zur Zermürbung der gegnerischen Bevölkerung eingesetzt. Oft liegt es an den Frauen, unter schwierigsten Bedingungen die Ernährung ihrer Familien zu gewährleisten. In vielen afrikanischen Ländern ist die Beschneidung von Mädchen Tradition, bei der die Genitalien der Betroffenen qualvoll verstümmelt werden. Oder es kommt im Rahmen von bevölkerungspolitischen Massnahmen, die als Entwicklungshilfe verkauft werden, zu Zwangssterilisationen. Die reichen Staaten Europas und Nordamerikas verordnen dem Trikont Familienplanungsprogramme zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums, die ganz klar auf Kosten der Frauen gehen. In Afghanistan werden Frauen systematisch vom gesellschaftlichen Leben isoliert. Für Frauen, die in patriarchale Verhältnisse eingebunden sind, ist Migration noch viel schwieriger als für Männer. In den EU-Staaten werden frauenspezifische Fluchtgründe in der Regel nicht anerkannt. Für viele Frauen, die eine Migrationsentscheidung treffen, stellen Frauenhandel, Sexarbeit und Heiratsprostitution daher die einzigen Möglichkeiten dar, nach Westeuropa zu gelangen und dort einen Lebensunterhalt zu haben. Das Europäische Grenz- und Abschiberegime treibt Frauen in die Abhängigkeit von Zuhältern und EU-Ehemännern.

Zur Funktion von Rassismus

Rassismus bedeutet, dass Menschen aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe als minderwertig, andersartig und unterprivilegiert wahrgenommen und entsprechend behandelt werden. Flüchtlinge und MigrantInnen, vor allem Menschen mit dunkler Hautfarbe, gelten in Europa als Menschen zweiter Klasse, gerade gut genug für unterbezahlte Drecksarbeit bzw. ohne jegliche Berechtigung, hier zu leben. Menschen in der sogenannten Dritten Welt gelten als »unterentwickelt« und »primitiv«. Sie sind demnach selbst schuld an ihrer wirtschaftlichen Misere und können gar nicht anders, als sich von Zeit zu Zeit in Bürgerkriegen den Schädel einzuschlagen. Sie werden von vielen EuropäerInnen als gesichtslose Masse von Elend wahrgenommen. Gleichzeitig werden hier Bedrohungsszenarien von einer »Bevölkerungsexplosion« im Trikont und einer »Flüchtlingsflut«, die Europa zu überschwemmen droht, in die Köpfe gehämmert.

Rassismus in der heutigen Form wäre nicht denkbar, ohne die Geschichte kolonialistischer Unterwerfung der drei Kontinente durch EuropäerInnen. Gleichzeitig ist Rassismus eine wichtige Grundlage für den Fortbestand des weltweiten Systems von Ausbeutung und Unterdrükkung. Soziale Unterschiede werden durch ethnische Kriterien gerechtfertigt und verfestigt.

Wir akzeptieren keine Aufspaltung von Flüchtlingen und MigrantInnen in politisch Verfolgte und Scheinasylanten, in diese, die gerade noch bleiben dürfen, und jene, die völlig unerwünscht sind. Jeder Mensch hat das Recht zu entscheiden, wo er/sie leben will, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Jeder Mensch hat das Recht auf gleiche Teilhabe an den gesellschaftlichen Reichtümern, wo auch immer er/sie gerade lebt. Viele MigrantInnen leisten aktiv Widerstand gegen eine rassistische Politik, die sie als Menschen zweiter Klasse abstempelt, während Europa in ihren Heimatländern für Krieg, Diktatur, und Massenarmut sorgt. Sie engagieren sich z.B. in der Bewegung der Sans-Papiers (Frankreich und Belgien), in kurdischen, nigerianischen, togolesischen, tamilischen und anderen Exilorganisationen oder in der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen(BRD). Ihnen gehört unsere Solidarität.●

Gemeinsam für eine Welt ohne Grenzen, ohne Ausbeutung und Herrschaft!
Kein Mensch ist illegal!

Kontakt:
Ghostbusters, Oberföhringer Str. 156, D-81925 München
Email: nopeace99@yahoo.de

SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Betreutes Wohnen in neu zu gründenden Genossenschaften

Selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter ist der dominierende Wunsch älterer Menschen für ihre künftige Wohnsituation. In mehreren Untersuchungen sprachen sich rund 97 Prozent der Befragten für diese beiden Aspekte aus. Neben diesem Bedürfnis ist der Sicherheitsaspekt, beispielsweise im Falle der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, stark ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund sind im Zusammenwirken mit Kommunen und Anbietern sozialer Dienstleistungen neue Wohnformen zu entwickeln, die den Bedürfnissen der älteren Menschen Rechnung tragen.

Hans-Jürgen Deis und Herbert Klingohr, Redaktion Genossenschaften ● Eine der attraktivsten Wohnformen für ältere Menschen ist das Betreute Wohnen oder Service-Wohnen. Dieses Konzept zeichnet sich durch folgende Elemente aus:

- Barrierefreie, d.h. alten- bzw. behindertengerecht ausgestattete Wohnungen in zentraler Lage, möglichst in der bisherigen Wohngemeinde.
- Angebot an optionalen Hilfe-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen in Verbindung mit Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen.

Das Betreute Wohnen stellt somit die Kombination einer bedarfsgerechten Architektur mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot dar. Die Wahlleistungen des Dienstleistungsangebots können je nach individuellem Bedarf abgerufen werden und müssen nur bei Inanspruchnahme bezahlt werden.

Der aus der hohen Akzeptanz betreuter Wohnanlagen resultierenden großen Nachfrage nach diesen Wohnungen kann häufig kein entsprechendes, für breite Bevölkerungsschichten finanzierbares Angebot gegenübergestellt werden. Grund dafür ist die angespannte finanzielle Situation traditioneller Anbieter wie Kommunen, aber auch Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Der Gedanke der Eigenvorsorge und der Selbstverantwortung wird angesichts dieser Tatsache zunehmen.

Konzept »Seniorenfreundliches Wohnen«

Vor diesem Hintergrund hat die Schwäbisch Hall Immobilien-Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH (SHI) das Modell der Genossenschaft für seniorenfreundliches Wohnen entwickelt. Nach diesem Konzept schließen sich die Interessenten an einer altersgerecht ausgestatteten Wohnung und einem selbständigen und selbstbestimmten Wohnen in einer Genossenschaft zusammen. Die Beteiligung an der Seniorengenossenschaft erfolgt durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen und durch Einzahlung der hierauf zu leistenden Einlage.

Das Gefühl, ein Miteigentümer der Wohnanlage zu sein, wird durch die geringe Größe der Genossenschaft gefördert. Im Vergleich zu den traditionellen Wohnungsgenossenschaften, die über Wohnungsbestände von mehreren Tausend Wohnungen verfügen, verstehen sich die Mitglieder der Seniorengenossenschaften nicht als Mieter, sondern eben als Miteigentümer. Entsprechend verfügt die Genossenschaft für seniorenfreundliches Wohnen über eine so genannte eigentumsorientierte Satzung: Wenn sich die Mehrheit der in einem Objekt wohnenden Mitglieder dazu entscheidet, dass die Wohnungen an die darin wohnenden Mitglieder verkauft werden können, ist dies möglich. Diese Option auf Erwerb der Wohnung kann vererbt werden.

Der Staat unterstützt solche Genossenschaften. Aus diesem Grund wird nach dem neuen Eigenheimzulagegesetz der Erwerb von Anteilen an Wohnungsbaugenossenschaften gefördert, wenn diese zwischen 10.000 DM und 80.000 DM betragen. Jährlich werden 3 Prozent der Einlage (max. 2.400 DM) als Zulage an den Erwerber ausgezahlt. Die Förderung läuft maximal acht Jahre. Voraussetzung für den Erhalt der Eigenheimzulage ist seit neuestem der Bezug einer genossenschaftlichen Wohnung innerhalb dieses Förderzeitraums.

Organisatorisches Vorgehen

Zuerst wird die Genossenschaft für seniorenfreundliches Wohnen gegründet, die als Bauherr die betreute Wohnanlage je nach den Bedürfnissen der Mitglieder erstellt. Sie überlässt die Wohnungen in erster Linie ihren Genossenschaftsmitgliedern zur Nutzung und setzt einen Dienstleister ein, der den Bewohnern ein umfassendes Service-Paket anbietet. Bei diesem Service-Paket unterscheidet man zwischen der Grundversorgung, die in der Regel aus Hausmeisterleistungen und einem Notrufsystem besteht, und den Wahldienstleistungen, die im Bedarfsfall abgerufen werden können und auch nur dann bezahlt werden müssen.

Die Genossenschaftsanteile stellen das Eigenkapital zur Finanzierung des Objekts dar. Über die eingezahlten Genossenschaftsanteile hinaus benötigte Finanzierungsmittel werden als Darlehen aufgenommen. Der Kapitaldienst wird durch Erträge aus der Vermietung der Seniorenwohnungen erbracht.

Ziel der Genossenschaft ist es, ihren Mitgliedern qualitativ hochwertige Wohnungen zu einem fairen Preis anzubieten. Die Genossenschaft wird deshalb schon beim Bau der Anlage um niedrige Baukosten bemüht sein. Neben der kostengünstigen Bauerstellung bietet es sich im Einzelfall auch an, das Grundstück nicht zu erwerben, sondern in Erbpacht zu übernehmen. Dies gilt insbesondere für Ballungszentren, in denen der Grundstücksanteil an den Gesamtkosten sehr hoch ist.

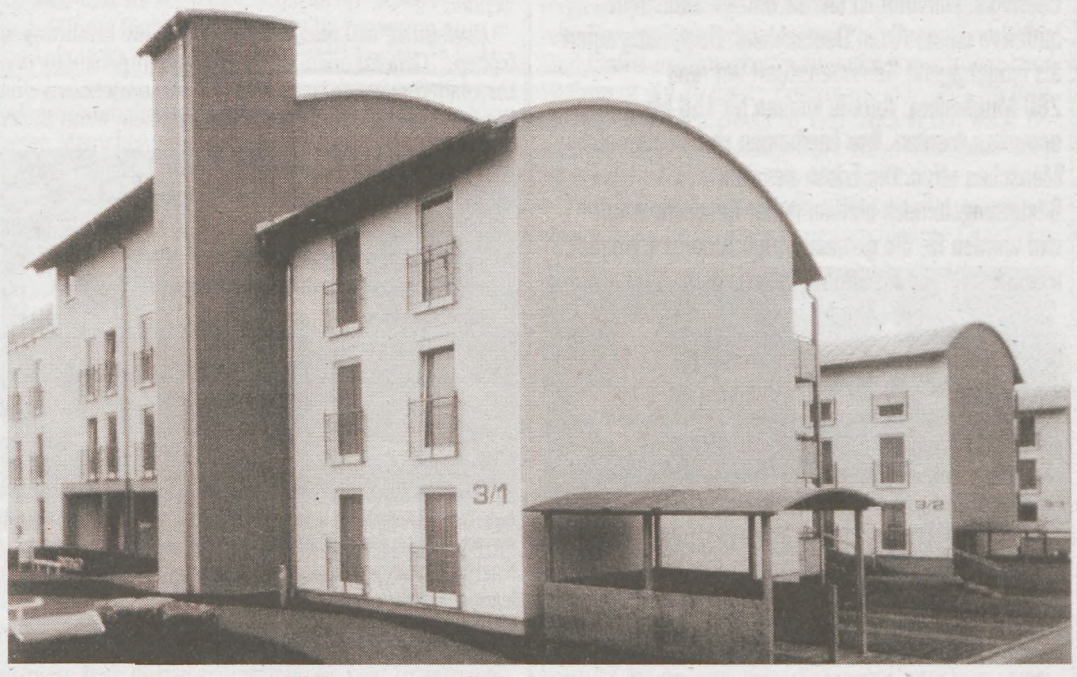
Zwang zur Wirtschaftlichkeit

Grundsätzlich ist die Sicherstellung der langfristigen Wirtschaftlichkeit vorrangiges Ziel. Sie beeinflusst daher die jeweilige Konzeption nachhaltig. Wenn die Gesamtkosten – insbesondere durch Grundstückskosten – zu hoch sind, müssten die Mitglieder zu hohe Anteile zeichnen oder zu hohe Mieten zahlen oder gar beides. In einem solchen Fall wäre die Akzeptanz nicht gegeben und die erfolgreiche Gründung der Genossenschaft unwahrscheinlich.

Die Seniorengenossenschaft richtet sich primär an zwei Zielgruppen. Einerseits können sich Personen beteiligen, die selbst sofort nach Fertigstellung der Wohnungen einziehen möchten oder einem Familienmitglied kurzfristig den Bezug ermöglichen wollen. Auf der anderen Seite gibt es auch solche Mitglieder, die die Mitgliedschaft als Vorsorge für später erwerben. Dieser Personenkreis muss zunächst weniger Anteile an der Genossenschaft zeichnen als die Sofortnutzer. Er erwirbt durch die Zeichnung von Anteilen eine Anwartschaft auf den späteren Bezug einer Wohnung und erhält einen Platz auf einer Warteliste. Die Zuteilung der Wohnungen an die Vorsorger erfolgt nach einem Zeit x Geld-Modell.

Hauptmotiv Vorsorge

Das Hauptmotiv für die Vorsorger ist nicht die Rendite,



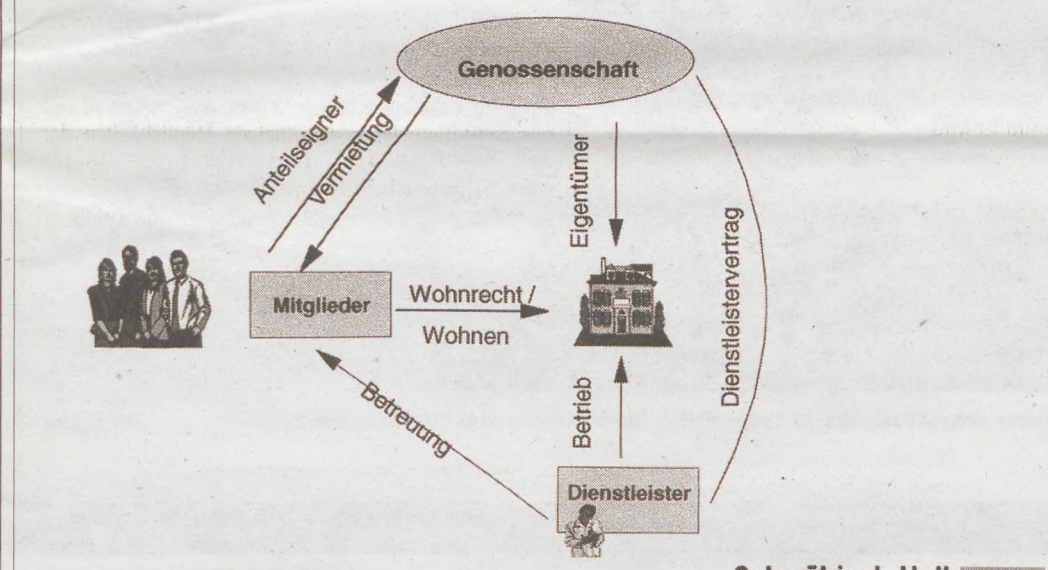
Die Wohnanlage der Seniorengenossenschaft Tuttlingen wurde Anfang 1998 fertiggestellt und bezogen

sondern die spätere Nutzung einer seniorengerechten Wohnung. Da der Vorsorger in der Regel die Wohnung innerhalb des Förderzeitraums von acht Jahren selbst nicht bezieht, entfällt die Eigenheimzulage. Als Ausgleich für seine Einlage erhält das Mitglied eine – in den ersten Jahren geringe – Dividende. Bei der Aufnahme von Mitgliedern durch die Genossenschaft wird auf ein ausgewogenes Verhältnis sowohl zwischen Wohnungen und Genossenschaftsmitgliedern wie auch zwischen Vorsorgern und Sofortnutzern geachtet. Dadurch ist gewährleistet, dass auch den Vorsorgern mit möglichst hoher Wahrscheinlichkeit bei einem späteren Bedarf eine Wohnung zur Verfügung steht.

Neben der Anwartschaft auf einen betreuten Wohnplatz liegt - im Vergleich zu einer Mietwohnung – ein wesentlicher Vorteil der Genossenschaft für seniorenfreundliches Wohnen darin, dass die Mitglieder aufgrund des genossenschaftlichen Demokratieprinzips umfassende Mitbestimmungsrechte und damit direkten Einfluss auf die eigene Wohnsituation und die Gestaltung ihres Wohnumfeldes haben. Hinzu kommt, dass der Interessent an einer altersgerecht ausgestatteten Wohnung bereits mit einem – im Vergleich zum Erwerb einer Eigentumswohnung – relativ geringen Kapitaleinsatz ein Wohnrecht erlangt.

Intensive Betreuungsleistungen

Fünf Gründungen dieser Art von Seniorengenossenschaft sind bereits erfolgt, weitere sind in Vorbereitung. Die Beratungsleistungen der Schwäbisch Hall Immobilien für Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen umfassen die Standort- und Bedarfsanalyse, die Initiierung, die technische und kaufmännische Baubetreuung der Seniorengenossenschaft, die Finanzierungsvermittlung sowie die Begleitung der Gründung und die wohnwirtschaftliche Betreuung. Das Angebot an Hilfs-, Pflege- und Betreuungsdienstleistungen wird von einem professionellen Dienstleister (z.B. Wohlfahrtsverband) erbracht. Schon die Planung der Wohnanlage und die Entwicklung des Pflege- und Betreuungskonzepts erfolgt in enger Abstimmung mit einer in diesem Bereich erfahrenen Organisation vor Ort.●



BUCHBESPRECHUNG

Seniorengenossenschaften – Lernprojekte des Sozialstaates?

Das Thema Seniorengenossenschaften ist nur unzureichend durch Veröffentlichungen dokumentiert. Dies gilt trotz der intensiven Diskussion, mit der ein dafür aufgelegtes Förderprogramm in Baden-Württemberg begleitet wurde. Der von Konrad Hummel herausgegebene Sammelband stellt insofern eine wichtige Einstimmung in die Auseinandersetzung über solche sozialpolitisch innovativen Projekte dar und die mit ihnen verbundene Debatte um eine Neustrukturierung des Sozialstaates.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Für die Zukunft des Sozialstaates sind Seniorengenossenschaften von größter Bedeutung: Sie unterstützen Eigenverantwortung, stellen eine Infrastruktur der Selbsthilfe dar, leisten einen Beitrag zu sozialer Prävention, zeigen Wege gemeinschaftsorientierter Lösungen auf und führen Betroffene an sozialpolitische Mitsprache und Beteiligung heran, so zumindest die optimistische Einschätzung von Konrad Hummel, Herausgeber der Schrift »Bürgerengagement – Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen«. Das Buch dokumentiert die Diskussion und Erfahrungen verschiedener Förderprogramme in Baden-Württemberg wie »Seniorengenossenschaften«, »Älter werden in Europa« und »Initiative Drittes Lebensalter«. Herausgekommen ist eine umfangreiche Aufsatzsammlung, die vor allem die wissenschaftlich-konzeptionelle Diskussion widerspiegelt.

Entsprechend gewinnt ein an den Anfang gestellter Aufsatz von Michael Walzer, der die amerikanische Kommunitarismusdiskussion entscheidend mitbeeinflusst hat, programmatischen Charakter. Unter dem Titel »Sozialisierung des Wohlfahrtsstaates als Zukunftsperspektive der Wohlfahrt« vertritt Walzer, dass der »Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel« nun die Forderung nach der Sozialisierung der »Verteilung der Wohlfahrtsmittel« folgen müsse. Auf diese Weise will er mehr Bürger am Sozialstaat aktiv beteiligen. Ehrenamt, eine Vielfalt von Netzen sowie Institutionen zur gegenseitigen Hilfe sieht er dafür als zentrale Bausteine an.

Bei Seniorengenossenschaften handelt es sich um den anspruchsvollen Versuch, parallel zu den gesellschaftlichen Sicherungssystemen einschließlich der Pflegeversicherung das soziale Engagement von Älteren im Zuge des Umbaus des Sozialstaates neu zu begründen, so die Einschätzung von Roland Schmitt in seinem Buchbeitrag. Für ihn ist allein schon das Seniorengenossenschaften »in die Gänge« gekommen sind, ein Beleg für den Erfog entsprechender Motivierungsstrategien. Seniorengenossenschaften geben nach seiner Auffassung wichtige Anstöße zur Weiterentwicklung lokaler Versorgungsstrukturen. Dabei verändern sie diese nicht nur durch Ergänzung von Angeboten an den »Rändern des Hilfesystems« für die ältere Generation, sondern siedeln sich ebenfalls an in zentralen Handlungsfeldern, in die auch die professionellen Anbieter streben.

Die meisten Autoren bzw. Autorinnen des relativ breit gefassten Sammelband stützen diese optimistische Einschätzung. Dabei kann das »Projekt Seniorengenossenschaften« auch skeptischer betrachtet werden: Keine der im Rahmen der Modellprogramme ausgewählten Initiativen hat tatsächlich die Form der eingetragenen Genossenschaft als Rechtsrahmen gewählt oder erreicht. Die Professionalität, wirtschaftlich effiziente Orientierung und langfristige Ausrichtung der meisten Initiativen dürfte insofern weniger ausgeprägt sein, als die positiv gestimmten Ausführungen dies vermuten lassen. Vielleicht könnten pragmatisch anleitende Hilfen, die in dem dennoch empfehlenswerten Sammelband fehlen, für die weitere Entwicklung von Seniorengenossenschaften beitragen?●

Konrad Hummel (Hg.): Bürgerengagement – Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen, Freiburg (Lambertus-Verlag) 1995, DM 40,–.

SOZIALGENOSSENSCHAFT

Abschied nehmen

Die Kölner Genossenschaft »Begleitung« unterstützt Menschen, die sich mit Sterben, Tod und Trauer auseinander setzen müssen. Mit einem eigenen Beerdigungsinstitut ist sie die einzige Selbsthilfe-Initiative dieser Art in Deutschland. Begleitung agiert als eingetragene Genossenschaft mit rund 280 Mitgliedern. Anteile können für 150 Mark erworben werden. Ihre Leistungen stehen aber allen Menschen offen. Die Erlöse aus dem Bestattungsbereich bleiben in der Genossenschaft und werden für die gemeinnützige Arbeit verwendet, zum Beispiel für die Sterbebegleitung.

Dirk Reuschenberg, Red. Genossenschaften ● Nach Schulschluss macht sich die siebenjährige Nicole mit ihren Freundinnen auf den gemeinsamen Heimweg. Nur wenige hundert Meter von ihrem Elternhaus entfernt verliert ein angetrunkener Autofahrer die Kontrolle über sein Fahrzeug und rast in die Kindergruppe. Als Polizei und Notarzt kurze Zeit später am Unfallort eintreffen, kommt für Nicole jede Hilfe zu spät.

Die Polizeibeamten, denen die Aufgabe zufällt, diese Nachricht den Eltern zu überbringen, sind häufig überfordert. »In ihrer Ausbildung haben sie davon nicht viel gehört«, sagt Michèle Mermagen. Die 37-jährige Diplom-Psychologin weiß, wovon sie spricht. Seit fast vier Jahren arbeitet sie bei der Kölner Genossenschaft *Begleitung* – betreut den Bereich Sterbe- und Trauerbegleitung. »Ich habe hier im Hause auch die Funktion, dass ich Fortbildungen anbiete.« Fortbildungen für Menschen, die in ihrem Arbeitsalltag mit Tod und Sterben konfrontiert werden: zum Beispiel Krankenschwestern, Altenpfleger ... und auch Polizisten. »Da besteht großer Bedarf.«

Tabuthema Sterben

Wie überbringe ich eine Todesnachricht? Wie kann ich einfühlsam sein und gleichzeitig Distanz halten? Antworten auf diese Fragen werden in Michèle Mermagens Seminaren erarbeitet. »Ich gebe den Betroffenen Raum, sich überhaupt erst einmal auszutauschen, über ihre Erfahrungen und Probleme zu sprechen«, erzählt die Psychologin. »In Rollenspielen und mit Gesprächsführungsregeln versuchen wir dann, Lösungen zu finden«.

Schön soll das Leben sein und der Mensch kraftvoll, jung, gesund, erfolgreich und dynamisch – so will es unsere Erlebnisgesellschaft. Krankheit, Leiden, Sterben, Tod und Trauer passen da nicht hinein. Wer davon betroffen ist, wird ausgegrenzt. Dem will *Begleitung* entgegenwirken. 1991 als Genossenschaft mit eigenem Bestattungsdienst gegründet, will sie Menschen helfen, die sich mit Sterben, Tod und Trauer auseinander setzen müssen. Die Erlöse aus dem Bestattungsbereich bleiben in der Genossenschaft und werden für gemeinnützige Angebote verwendet.

Begleitung will auch dazu anregen, die Erfahrungen früherer Generationen wieder aufzunehmen. »In den mittelalterlichen Bruderschaften, Genossenschaften und Zünften hat man sich gegenseitig geholfen, wenn in der

Auch Föten und Fehlgeburten können beerdigt werden, wie zum Beispiel in diesem »Baumsarg« Foto: Begleitung e.G.

Nachbarschaft ein Todesfall aufgetreten ist. Das ist in den letzten Jahrhunderten leider verloren gegangen«, sagt Mermagen. *Begleitung* will diese alten Wege in der Bestattungs- und Trauerkultur wieder entdecken und neue eröffnen.

Kinder einbeziehen

Die Eltern der siebenjährigen Nicole, die bei dem Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist, müssen sich entscheiden: Wie wollen wir von unserem Kind Abschied nehmen? Wollen wir alles in die Hände eines Bestattungsunternehmers legen oder wollen wir beim Begräbnis mitwirken und die Trauerfeier selber gestalten?

»Wir können den Eltern verschiedene Möglichkeiten für die Gestaltung der Trauerfeier anbieten«, sagt Gert Flieder von *Begleitung*. Wichtig sei, so der 35-jährige ehrenamtliche Bestatter, dass Geschwister und Freunde des verstorbenen Kindes in die Trauerarbeit einbezogen würden. »Damit sie leichter begreifen, dass Nicole nicht einfach weg ist, sondern hier in diesem Sarg liegt. Auf diesem Friedhof. So können sie ihren Tod im späteren Leben leichter verarbeiten.« Bilder könnten gemalt und Blumen im Raum verteilt werden; Kerzen brennen und Luftballons zur Decke schweben – um den Kindern zu helfen von Nicole Abschied zu nehmen.

Auch Fehl-und Totgeburten können bestattet werden. Da jedoch nur wenige Menschen von dieser Möglichkeit wissen, plant *Begleitung*, zu diesem Thema eine Broschüre herauszugeben. »Ungeborene Kinder werden im Krankenhaus normalerweise als Klinikabfall verbrannt«, erklärt die Psychologin Michèle Mermagen. »Das hört sich brutal an, ist aber Realität.« Für diese Kinder gibt es keinen Ort. Keinen Ort, an den die Eltern es bringen, an dem sie sich von ihm verabschieden können. Keinen Ort, wohin sie ihre Trauer tragen können – wann immer sie wollen.

Austausch mit Trauernden

»Trauer«, so Mermagen, »ist ein sehr starkes Gefühl«. Viele Trauernde – besonders, wenn sie vorher noch keinen Todesfall erlebt haben – sind von der Heftigkeit dieses Gefühls überrascht. Nicht selten stellen sich Halluzinationen ein. Schuldgefühle tauchen auf, die Wut, verlassen worden zu sein, Familien- und Berufsprobleme. Anti-Depressiva und Beruhigungsmittel sind manchmal die einzigen Helfer in dieser Abschieds- und Krisenzeit.

Zweimal in der Woche treffen sich bei *Begleitung* Menschen, die jemanden verloren haben. »Wir stehen diesen Menschen über einen gewissen Zeitraum zur Seite«, sagt Michèle Mermagen, »geben ihnen Gelegenheit, sich mit anderen Trauernden auszutauschen – mit dem Ziel, irgendwann wieder Lebensmut und Lebensfreude zu finden.«

Für die Trauernden ist es nicht einfach, sich außerhalb der Gruppe über dieses Thema zu unterhalten. Viele Menschen blocken ab. »Ich glaube, das hängt damit zusammen«, sagt Mermagen, »dass unsere Gesellschaft darauf ausgerichtet ist, dass jeder seine Leistungen erbringt. Trauer stört diesen Prozess, weil die Betroffenen eine Zeit lang nicht so funktionieren wie bisher.«

Überforderte Angehörige

Die Trauer wird vorübergehen. Und irgendwann auch das Leben selbst. Sterben und Tod als natürliche Grenzen in einer Gesellschaft, die Grenzen immer weniger akzeptieren kann. Doch geschwiegen wird auch aus anderen Gründen:

»Ich erinnere mich an die Geschichte einer jungen Frau«, erzählt Michèle Mermagen. »Sie war 34 Jahre alt und an einem Gehirntumor erkrankt. Ihre Diagnose kannte sie seit vier Wochen.« Diese Frau kam zu *Begleitung*, weil ihre Familie mit der Situation überfordert war. Zu Hause wurde nicht über das Thema gesprochen. Jeder hatte Angst, den anderen zu belasten. Ein typisches Phänomen für Familien, in denen jemand sterbenskrank geworden ist. *Begleitung* unterstützt diese Menschen durch seinen ambulanten Hospizdienst, dem gegenwärtig zwölf ehrenamtliche Sterbebegleiter angehören.

»Diese Frau kam in einer sehr schlechten Verfassung zu uns. Aber weil sie sich über ihre Ängste und Gefühle unterhalten, weil sie von einer Begleiterin Unterstützung bekommen hat, hatte sie zumindest das Gefühl nicht ganz alleine dazustehen.« Die Sterbebegleitung setzt dann ein, wenn sich die Betroffenen an Begleitung wenden. Das kann ein Jahr vor dem Tod sein oder eine Woche. »Wichtig ist«, sagt Mermagen, »dass beide, Betroffener und Begleiter, das Gefühl haben, wir kommen miteinander zu Recht.«●

Kontakt: Begleitung e.G., Eifelstraße 29, D-50677 Köln
Telefon: (02 21) 931 84 90

Ratsuchende werden auf die Möglichkeit des Einzelgespräches, der Trauergesprächskreise und der Weiterbildungsseminare hingewiesen Foto: Begleitung e.G.

CORPORATE IDENTITY

Wie verbe(wä)ssern Unternehmen und Organisationen ihr Profil?

Coporate Identity – Was versteckt sich hinter diesem »Modebegriff«, der auch abgekürzt als C.I. schon weit verbreitet ist? Corporate Identity steht für Organisationspersönlichkeit. Ein C.I.-Prozess ist nichts anderes als der Versuch langfristig auf Grundlage eines schriftlich formulierten Selbstverständnisses über Sinn und Ziel der eigenen Arbeit, Anspruch und Wirklichkeit bzw. Fremd- und Selbstbild in Einklang zu bringen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Marketing geht im Idealfall von den Bedürfnissen der Kunden aus und veranlasst ein Unternehmen oder beim Sozialmarketing einen Verband, alle Maßnahmen nach diesen Bedürfnissen auszurichten. Die Gefahr besteht, dass man nicht nur Produkte oder Dienstleistungen, sondern auch sich selbst verkauft. Corporate Identity dagegen versucht die eigenen Werte, Inhalte und Ziele deutlich zu machen. Darüber soll Glaubwürdigkeit, Akzeptanz, Vertrauen und selbstverständlich auch wirtschaftlichen Erfolg erreicht werden – aber durch Verdeutlichen und nicht über Leugnen eigener Vorstellungen.

Als Corporate Identity bezeichnet wird die strategisch geplante und operativ eingesetzte Selbstdarstellung und Verhaltensweise einer Organisation nach innen und nach außen. Grundlagen sind dabei die schriftlich festgelegte Organisationsphilosophie. Veranschaulicht bzw. umgesetzt wird sie im Rahmen eines C.I.-Prozesses systematisch über drei Ansatzpunkte: das Erscheinungsbild, die Kommunikationspolitik und das konkrete Verhalten. Letzteres bezieht das Leistungsangebot oder Leistungsziel einer Organisation oder eines Verbandes mit ein.

Leiden am Leitbild?

Alle drei Elemente bauen auf der entscheidenen Grundlage einer Coporate Identity Strategie auf: dem schriftlich formulierten, gemeinsam erarbeiteten Leitbild, Selbstverständnis, Organisationsphilosophie oder welche Bezeichnung auch immer dafür verwendet wird. Diese Grundlage - das eigene Selbstverständnis macht diesen Ansatz für Umwelt- und Selbstverwaltungsunternehmen so attraktiv. Dies gilt für jeden weiteren Organisationszusammenhang, für den identitätsvolles Arbeiten nach eigenen Werten und Inhalten wichtig ist.

Eine C.I.-Strategie kann nicht besser werden als ihre Grundlage: das Organisationsselbstverständnis. Werden die Mitglieder nicht einbezogen, kann Identifikation und Wir-Gefühl nicht entstehen. Wird es zu hoch gehängt, bleibt es unglaubwürdig und wird von möglichen Zielgruppen als Schöne-Neue-Welt-Postulat abgetan. Fehlt Prägnanz und Eigenständigkeit, kommt das Unverwechselbare nicht zustande und wird ein Abheben vom Durchschnittlichen nicht erreicht.

Mehr Sein als Scheinen

Die Entwicklung eines Erscheinungsbildes kann erst angegangen werden, wenn die Grundlagen durch das verabschiedete Selbstverständnis geschaffen sind. Bei diesem Teil geht es um die Werbekonstanten. Modernisierung des Signets, Festlegung von Organisationsfarbe, Komplementärfarbe und Schriftbild gehören hierzu. Ziel ist es, das Erscheinungsbild einer Organisation zu einer optimalen Geschlossenheit im Sinne der C.I. zu bringen. Erreicht wird dies durch einheitliches Auftreten nach innen und außen bei allen graphischen Elementen. Dabei braucht das Erscheinungbild hohe Kontinuitiät. Nur ein langfristig behutsam gesteuerter Wandel im Zusammenspiel mit dem Zeitgeist und der sich wandelnden Identität ist hiermit vereinbar.

Häufig finden dabei Symbole Verwendung. Mit diesem Wort werden überlicherweise Darstellungen oder Gegenstände bezeichnet, die einen leicht erkennbaren aber dennoch komplexen Bedeutungsgehalt vermitteln wie das Kreuz, die Taube, die Ähre oder der Regenbogen. Dies wird in einem Ausdrucksverhalten eingebunden, für den auch der Begriff Stil verwendet werden kann: Stil ist ein über einen langen Zeitraum hinaus gleich bleibendes Verhalten, das sich eindeutig, unverwechselbar, prägnant und geschlossen von anderen Stilen bzw. Verhaltensweisen abhebt und distanziert.

Über Gutes Reden

Der Übergang zwischen Erscheinungsbild und einem weiteren C.I.-Baustein, der Kommuniation, ist fließend. Hier werden die Elemente des Erscheinungsbildes immer wieder zur Anwendung gebracht. Entscheidender Unterschied: Sie werden in konkreten Kommunikationsmittel umgesetzt auf Grundlage von langfristigen Entscheidungen bei Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Innerhalb der C.I. ist die Kommunikation das Instrument mit der höchsten Flexibilität. Sie kommt planungsgesteuert, langfristig-strategisch ebenso zum Einsatz wie anlassbedingt, kurzfristig-taktisch. Ersteres ist für Zielsetzungen wie Imageentwicklung oder kontinuierliche Kunden- und Mitgliedergewinnung relevant. Dagegen ist die schnelle Umsetzung als Krisen-PR von Bedeutung zur Bewältigung von Ereignissen, die eine Organisation in Verruf bringen. Auch Maßnahmen beim verstärkten Austritt von Mitgliedern eines Vereins oder Verbandes aufgrund von wachsender Unzufriedenheit gehören hierzu. Inhaltlich wird der Stil der Kommunikation durch die Organisationsgrundsätze, formal und visuell durch das Erscheinungbild geprägt.

Gemessen an den Taten

Das wichtigste und auf Dauer tragendste Instrument jeder C.I.-Strategie ist das konkrete, wahrnehmbare Verhalten einer Organisation und einschließlich das seiner Mitglieder in allen Bereichen. Das Leistungsspektrum und die Finanzpolitik gehört hier genauso zu wie die Informationspolitik oder das Auftreten gegenüber Mitgliedern und in der Öffentlichkeit mit allen seinen Auswirkungen und Folgen. Nur wenn hier Übereinstimmung mit dem formulierten Selbstverständnis besteht, kann eine Corporate Identity im Sinne eines gewünschten Profils wirken.

Hier sind allerdings die schwer wiegendsten Widerstän-

Fortsetzung nächste Seite

CORPORATE DESIGN

Ein Zeichen für Naturkost: Demeter mit neuem Markenauftritt

Passend zum 75. Geburtstag der biologisch-dynamischen Bewegung präsentiert sich das Demeterzeichen nach einer dezenten Überarbeitung frischer, jünger und vor allem einheitlich auf allen Produkten, die mit dem Öko-Premium-Label ausgezeichnet werden dürfen. In die Neugestaltung, realisiert mit der Hamburger Agentur Winderlich Enterprise, wurden rund 100.000 Mark investiert. Eine Vor-Leistung, die sich für alle Mitglieder auszahlen soll: Mit dem neuen Erscheinungsbild und der offensiven Kommunikation zum Verbraucher, erhofft sich die unternehmerische Gemeinschaft einen deutlichen Aufschwung.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Vor genau 75 Jahren gab Rudolf Steiner den entscheidenden Impuls für den ökologischen Landbau, der an der Schwelle zum neuen Jahrtausend als nachhaltige Wirtschaftsweise immer bedeutsamer wird. Seine Koberwitzer Vorträge über die geisteswissenschaftlichen Grundlagen zum Gedeihen der Landwirtschaft waren die Geburtsstunde der biologisch-dynamischen Bewegung, deren Produkte seit langem mit dem bekannten Demetersignet angeboten werden.

Das nun aktuell überarbeitete Zeichen wird als gemeinschaftliche Co-Marke geführt, die das Markenbild des jeweilige Herstellers auf dem Produkt begleitet. Ziel ist es, den Naturkostfachhandel dabei unterstützen, die besondere Lebensmittelqualität von Demeterprodukten effektiv zu vermarkten. Für Verbraucher soll Demeter so auch in Zukunft die Garantie sein für eine besonders anspruchsvolle ökologische Landwirtschaft, die glaubwürdig hochwertige »Lebensmittel mit Charakter« hervorbringt.

Überprüfbare Qualität

Verbraucherbefragungen haben ergeben, dass es sich beim Demeterzeichen um das bekannteste Biozeichen auf dem deutschen Markt handelt. Zum Selbstverständnis gehört die nachhaltige Sicherung regionaler und handwerklicher Strukturen. In der Veredelung sorgen konsequente Richtlinien dafür, dass die hohe Qualität der Rohstoffe nicht leidet, sondern das Endprodukt auch hohen ernährungswissenschaftlichen Kriterien standhält. Messbar sind in Demeterfrischprodukten beispielsweise der geringere Nitratgehalt, bei höheren Trockensubstanzgehalten das Plus an Vitamin C in besserer Stabilität und geringere Lagerungsverluste.

Für Demeterprodukte gelten besonders konsequente Richtlinien in der Erzeugung und richtungsweisend für ökologische Produkte auch in der Verarbeitung. Bei der internationalen Konferenz in Rom im Juni dieses Jahres beschlossen 32 Vertreter aus 16 Ländern deren Aktualisierung. Für alle Demeterpartner gelten damit gleiche Mindeststandards. Weltweit sind auch die Kontrollen durch die jeweiligen Prüfstellen geregelt. Angesichts immer bedrohlicher Lebensmittelskandale kommt der länderüberspannenden Regelung beispielsweise zum Verzicht auf synthetische Aromen oder Gentechnik besondere Bedeutung zu.

Verbindliche Partnerschaften

Demeter will nicht nur Maßstäbe durch die Qualität ökologischer Produkte setzen, sondern auch im sozialen Handeln und in der partnerschaftlichen Marktentwicklung. Für die Biologisch-Dynamische Bewegung ging es von Anfang an auch immer um soziale Fragen. In vielen Betrieben werden zum Beispiel generationsübergreifende Hofgemeinschaften oder auch Lebensformen mit behinderten Menschen praktiziert. Auch für das Miteinander-Handeln auf den verschiedenen Ebenen sind soziale Prinzipien wichtiger Bestandteil der Arbeit. Zukünftig soll dies noch konsequenter bis in den Handel und zum Verbraucher getragen werden, indem eine verbindliche Orientierung auf den Fachhandel als Partner angestrebt wird.

Eine besonders enge Kooperation geht der Demeterverband mit den BNN, den Fachverbänden des Naturkosthandels ein. Hintergrund ist die fundiertere Beratung in den Bioläden, die durch Demeterschulungen erweitert werden soll. Übereinstimmungen bestehen bei vielen Werten und Zielen sowie dem Anspruch auf gerechte Preise: »Gerechte Preise und soziale Verbindlichkeit bilden die Grundlage für den zukunftsfähigen Ökohandel«, lautet die Hoffnung von Detlef Stoffel, Vorstand im BNN-Großhandel und im Demetermarktforum.

Hier zeigt sich, wie der Anspruch des gemeinschaftlichen Handelns umgesetzt werden kann: durch die Einbeziehung aller Wertschöpfungsglieder vom Erzeuger bis zum Verbraucher in die Entscheidungsprozesse. Der Naturkosthandel ist, will er nicht zu einer rein fachlich-technokratischen Bewegung verflachen, auf solche sozialinnovativen Partner angewiesen. Sonst geht es im Naturkosthandel irgendwann nur noch um das ökologische Produkt und nicht mehr um das Ganze, oder – wie die Demeterbewegung sagt – um das Ganzheitliche.

Erfolgreiche Anbietergemeinschaft

In Deutschland gibt es über 1.500 Demeterbetriebe mit 45.000 Hektar Anbaufläche. Der Umsatz mit Demeterprodukten liegt weltweit bei über einer halben Milliarde Mark, in Deutschland wurden 1998 rund 350 Millionen DM umgesetzt. Die Wachstumsraten sind im Branchenvergleich überdurchschnittlich hoch: Sie liegen über zehn Prozent. Entsprechend ist es Ziel des Verbandes, den Marktanteil im Naturkostfachhandel von zur Zeit rund 10 Prozent auf 20 bis 25 Prozent im Jahr 2005 steigern. Der Naturkostfachhandel in Deutschland hat nach Berechnungen der Bundesverbände Naturkost Naturwaren 1998 rund 1,1 Milliarden Mark umgesetzt.

Die Biologisch-dynamischen Wirtschaftgemeinschaft vereint unter ihrem Dach ganz verschiedene Charaktere – nicht nur bei den Produkten, sondern besonders auch bei den beteiligten Personen. Damit besteht ein wichtiger Unterschied gegenüber vielen anderen Unternehmenszusammenhängen, die entweder fusionieren oder auf der Ebene der Lizenznehmer bleiben. Im Demeternetzwerk liegt so eine gesellschaftlich kreative Antwort auf grassierende Firmenübernahmen. Existenzsicherung vom Bauern über das mittelständische Handwerk bis zum Einzelhandel heißt die Devise für dieses eigenständige, unkonventionelle – eben biologisch-dynamische – Konzept. »Herausgekommen ist ein gutes Zeichen für Naturkost,« so zumindest verheißt der neue Demeterslogan.●

FORTSETZUNG VON SEITE 12

de zu erwarten. Weist doch jede von Menschen getragene Organisation gewachsene Strukturen auf. Teilweise unbewusst, mit Erfahrungen und Konflikten verknüpft, gibt es hier die normative Kraft des Faktischen. Der damit eng verbundene Begriff Organisationskultur macht deutlich, dass es hier um etwas schwer Fassbares geht, dem wissenschaftliche Denkkategorien nie voll gerecht werden können. Ansatzpunkte für wirksame Maßnahmen eines C.I.-gerechten Verhaltens sind die verschiedensten Formen der Organisations- und Personalentwicklung.

Die Profilierungsfalle

Das Wort »Identität« haben allerdings viele bisher nicht begriffen oder falsch ausgelegt, die stets gierig jede neue Formel aufgreifen. So werden immer mehr C.I.-Konzepte geschrieben und als Ausdruck einer Organisation erklärt. Tatsächlich sind sie aber nichts anderes als im besten Fall egoistische, meist aber egozentrisch strukturierte Institutionenbeschreibungen. C.I. wird zur Nabelschau, die Meinung einer Minderheit als allgemein verbindliches Glaubensbekenntnis für jedes Organisationsmitglied postuliert.

Wenn sich dann trotz der so beschlossenen C.I. nichts ändert, die Organisationsmitglieder nicht anderes reagieren als bisher, das Ansehen keinen Sprung nach vorne macht – wer ist dann schuld? Meist wird nach Ursachen zuerst bei Mitgliedern, Kunden, Presse oder der »überforderten« Öffentlichkeit gesucht. Dass es jedoch an der einseitigen Ausformulierung des Organisationswunschbildes liegen könnte, das kommt kaum jemand in den Sinn.

Insofern kann Corporate Identity als Leitstrategie für alle organisationsbezogenen und kommunikativen Maßnahmen nur als ein sehr langfristig angelegtes Konzept gelingen. Es muss sorgfältig aufgebaut und gepflegt werden. Es ist viel Wert auf Kontinuität zu legen. Nur so kann die erhoffte Wirkung erzielt werden. Indem die verschiedenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und gebündelt werden entstehen Synergie- und Lerneffekte. Über andere Formen einer Organisationsentwicklung dürften sie in gleichem Ausmaße nur schwer zu erreichen sein.●

Buchbesprechungen zum Thema s. Seite 14

Beratungs- und Seminarvermittlung

Berateradressen vermittelt die Beratungsgesellschaft der Ökobank e.G.: Ökonsult, Manuel Röschinger, Postfach 160628, 60069 Frankfurt, Tel.: 069/95529040 oder die PR Akademie, Eisenlohrstraße 38, 79115 Freiburg, Tel.: 0761/4769670. Bei der PR Akademie sind auch Informationen für Weiterbildungsangebote zum Thema C.I. und Öffentlichkeitsarbeit erhältlich.

DEMETER

»Ein unternehmerisches Netzwerk mit gemeinsamen Zielen ...«

Demeter bietet den beteiligten Partnern eine hohe Wertschätzung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern bei hoher Bekanntheit, ein weltweites Netz als unternehmerische Gemeinschaft: In 50 Ländern ist das Warenzeichen angemeldet. Auch sind mehr als zehn unabhängige Forschungseinrichtungen weltweit in Sachen Demeter tätig. In einem Gespräch erläutert Peter Schaumberger, Geschäftsführer des Demetermarktforums und des Demeterbundes, welche Chancen er in der neuen Kommunikationspolitik seines Verbundes sieht.

Aus welcher Motivation heraus wurde das Demeterzeichens Überarbeitet?

Wir wissen, dass Demeter die bekannteste Bio-Marke beim Verbraucher ist – und darauf sind wir durchaus stolz. Allerdings sind wir uns sicher, dass die Erkennbarkeit von Demeterprodukten noch verbessert werden kann. Außerdem sind 75 Jahre ein gutes Alter, um an eine Verjüngungskur zu denken. Der Zeitpunkt ist gut gewählt: Mit der Vorstellung des Ökoprüfzeichens ist der ökologische Gedanke, für den Demeter Vorreiter ist, sichtbar in der Gesellschaft angekommen. Jetzt ist es an der Zeit, weitere innovative Inhalte der Biologisch-Dynamischen Methode neu in die Gesellschaft zu tragen. Dazu dient auch unser neues Zeichen, das die Öffnung zu weiteren Verbraucheschichten symbolisieren soll.

Wir haben eine klare Strategie, die Lebensgrundlagen auf dieser Erde zu entwickeln. Das ist nicht nur gut und wichtig, sondern bereitet auch richtige Lebensfreude und sorgt für sinnlichen Genuss. Die neue Gestaltung steht genau dafür: Das Orange vermittelt Wärme, Energie, Sonne. Das Band ist umfassend, verbindend, schützend, quasi unser Garantiesiegel. Und die grüne, ansteigende Akzentuierungslinie schlägt die Brücke zur Pflanzenwelt, zum Boden. Das Ganze steht dann für Erde und Kosmos im Einklang.

Wofür steht das neue Erkennungszeichen?

Als gemeinschaftliche Co-Marke neben der individuellen Marke der jeweiligen Hersteller steht das Demeterzeichen für das Ziel der Qualitätsführerschaft im Lebensmittelsektor. Die höchste Qualität ist für uns ein ganzheitlicher Anspruch, den wir glaubwürdig vertreten. Die Umsetzung unserer Ideale soll für den Verbraucher transparent werden. Demeter gibt Sicherheit vom Rohstoff bis zur Verarbeitung. Richtlinien regeln alle diese Schritte.

Natürlich wird die Einhaltung kontrolliert, aber wichtiger ist eigentlich noch die konkrete Zusammenarbeit vom Erzeuger über den Verarbeiter bis zum Händler und zum Konsumenten. Genau da sehe ich unsere Stärke: Anforderungen und Möglichkeiten werden optimal aufeinander abgestimmt. Das macht auch die Einzigartigkeit unserer Gemeinschaft aus. Beispielsweise sind im Vorstand des Demetermarktforums vom Bauer bis zum Händler alle Partner gleichberechtigt eingebunden. Diese gemeinschaftliche Gestaltungskraft ist Ausdruck unseres Grundgedankens. Ich bin mir sicher, dass gerade solche Themen die gesellschaftliche Diskussion in den nächsten Jahre stark beeinflussen werden.

Wo werden Verbraucher das Demeterzeichen wieder finden?

Ausschließlich in Fachgeschäften, die unsere Premium-Strategie stützen und beim Landwirt selber. Auch hier wieder eine Besonderheit: Der Verband hat sich festgelegt, seine Produkte ausschließlich über den Fachhandel anzubieten. Wir sehen dies als wichtiges Glied in unserer Kette partnerschaftlicher Marktgestaltung. Wir sehen vor allem in den Naturkostfachgeschäften die Partner, die die nötige Beratungskompetenz für Demeterlebensmittel haben und dokumentieren dies durch die Kooperation mit den Bundesverbänden Naturkost Naturwaren BNN. Außerdem verbinden uns gemeinsame Werte und Ziele und nicht zuletzt spielt natürlich auch das Preisgefüge eine Rolle. Hochwertige Lebensmittel sind ihren Preis wert – und der Fachhandel steht für gerechte Preise mit ein.

Die Fachhandels-Strategie trägt natürlich auch deshalb, weil mit Demeter die größte Produktvielfalt unter einem Warenzeichen erreicht wurde, mehr als 3.000 Lebensmittel tragen das Demeterlogo – vom Antipasti bis zum Feinschmecker Eis aus Italien, von der Babynahrung bis zum Rohmilchkäse, vom hochprämierten Wein bis zum Zwieback. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Dem in Deutschland entwickelten Konzept wurde auch auf internationaler Ebene zugestimmt.

Marken und Labels gibt es ja viele – was ist denn das Besondere an dem Zeichen?

Dass es gelungen ist, die Vielfalt der individuellen Markenbilder unser Verbandsmitglieder auf eine einheitliche Platzierung in der Nutzung des Demeterzeichens einzustimmen. Eine solche Co-Marke ist ja wohl eine echte Marketingneuheit, in der Form gibt es das unseres Wissens nach noch nicht. Auch hier werden wir unserem Pioniergeist gerecht. Vom strategischen Ansatz her dürfte das ein Novum sein. Unabhängige, ganz unterschiedliche Unternehmen aus den verschiedensten Branchen einigen sich auf ein gemeinsames Vorgehen und ein gemeinsames Zeichen, ohne ein gemeinschaftliches Unternehmen zu gründen. Sie bilden ein Netzwerk aus kleinen und mittelständischen Unternehmen und haben so auch eine eigenständige Antwort gefunden auf die Fusionswelle, die wir ansonsten ja beobachten.

Diese gemeinsam formulierte Strategie wird die Zusammenarbeit in der Verbandsgemeinschaft bestimmt verändern, auf eine andere Qualitätsstufe bringen. Wir sind – auch im Unterschied zu anderen ökologischen Anbauorganisationen – keine Gruppe von Lizenznehmern, sondern wirklich ein unternehmerisches Netzwerk mit gemeinsamen Zielen. Dahin zu kommen, ist natürlich ein längerer Weg mit viel Abstimmungsbedarf – ein spannender sozialer Entwicklungsprozess, bei dem wir viel lernen konnten. Die Individualität wird gestärkt und kann sich im gemeinsamen Rahmen entfalten – zum Nutzen aller.●

Anforderungen an ein Ökosiegel

Die wichtigsten Ziele, die mit einem ökologischen Qualitätssiegel erreicht werden können, sind Unterscheidung, Transparenz, Prägnanz, Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Deshalb sollte besonders auf folgende zehn Punkte geachtet werden:

1) Klare Definition, welche Qualitätsmerkmale garantiert werden und eventuell, welche nicht zugesichert werden können.
2) Hervorheben des oder der besonderen, unverwechselbaren Inhalte, die dieses Siegel von anderen unterscheiden.
3) Beachten der Prägnanz, Nachvollziehbarkeit und Kommunizierbarkeit der Anforderungen
4) Festlegen der Waren oder Dienstleistungen für die das Zeichen bestimmt ist.
5) Den Kreis derjenigen benennen, die das Qualitätssiegel führen dürfen.
6) Offenlegen des Vergabeverfahrens und der Vergabekriterien.
7) Darstellung, wie die Kontrolle bzw. Überprüfung der Einhaltung der Qualitätskriterien gesichert werden.
8) Herstellen von Vertrauen durch Benennung einer unabhängigen Kontrollinstanz.
9) Überprüfen der Unverwechselbarkeit und breiten Einsatzfähigkeit (Anbringen bzw. Positionieren) des eigentlichen Zeichens.
10) Absicherung des Qualitätssiegels durch Anmeldung und Verkehrsdurchsetzung.

Burghard Flieger

Globalisierung versus Demokratie?

Globalisierung als immanenter Bestandteil expansiver kapitalistischer Produktionsweise ist nichts genuin Neues. Neu ist die Bedeutungsverschiebung vom Investitions- zum Finanzkapital und die durch die elektronischen Medien noch beschleunigte Geldspekulation. Im vorliegenden Band werden. ausgehend von der Weltsystemtheorie Imanuel Wallersteins u.a., die Kehrseiten dieser Entwicklung – die Fragmentierung und Peripherisierung vieler Gesellschaften in den Ländern des Südens, die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die ihr folgenden Strukturanpassungsprogramme und Wirtschaftskrisen – aufgezeigt. An Fallbeispielen wie Brasilien, Chile, Thailand, dem afrikanischen Kontinent und den weltweit sprießenden »freien Exportzonen«, aber auch an globalen Phänomenen wie der Migration (als »Symbol, Folge und Triebkraft der globalen Integration«) wird die destruktive Dynamik deregulierter Wirtschattsbeziehungen skizziert. Zugleich findet man Beiträge zu den Chancen einer binnenorientierten, nachholenden Industrialisierung in den Ländern des Südens angesichts eines globalen technologisch-organisatorischen Strukturwandels sowie zu einer »anderen Globalisierung« durch die internationale Zivilgesellschaft, deren Möglichkeiten und Grenzen die Sozialwissenschaftlerin Karin Fischer aufzeigt.

Die Folgen der Globalisierung und Modernisierung auf Dorfkulturen in der 3. Welt, die Bedeutung lokaler Kulturen für die soziale Orientierung in einer globalisierten Welt sowie Wege einer umwelt- und sozialverträglichen Weltordnungspolitik sind Themen des auf Vorträge und Vorlesungen zurückgehenden Bandes »Globalisierung versus Demokratie?«●

H. H.

Globalisierung versus Demokratie? Plädoyer für eine umwelt-und sozialverträgliche Weltordnung. Hrsg. V. Petra C. Gruber... Frankfurt/M. (u.a.): Brandes & Apsel (u.a.), 1999 260 S.. DM 34.80 / sFr 32,50 / öS 254,–

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 2/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit

Vom 18. bis 20. September 1998 veranstaltete das Komitee für Grundrechte und Demokratie eine Tagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain zum Thema »soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit«. Die Referate und Arbeitsgruppenbeiträge der Tagung sind jetzt in einer Dokumentation (Broschüre DIN-A4 gb. mit Umschlag, 200 Seiten, 15 DM) erschienen.

Wenn wir als Komitee für »Grundrechte und Demokratie« zu einer Tagung über das Themenfeld »soziale Ausgrenzung, Solidarität und Sicherheit« eingeladen haben, ist dies zunächst alles andere als selbstverständlich. Wir sind weder Wohlfahrtsverband noch Gewerkschaft. Dass wir uns dennoch für das »Soziale« zuständig fühlen, hat zentral mit unserem Verständnis von Menschenrechten und Demokratie zu tun. Soziale Rechte – oder allgemeiner, die soziale Verfassung einer Gesellschaft – gehören für uns zu den Menschenrechten, die nicht den zivilen »negativen« Freiheitsrechten und den politischen Rechten nachgeordnet sind. Mit der Ungleichheit sozialer Lebenschancen werden auch die übrigen Menschenrechte beschädigt und beeinträchtigt. Soziale Ungleichheit und soziale Ausgrenzung gehören zu den alltäglichen Begleiterscheinungen unserer Wirtschafts- und Vergesellschaftungsformen, die Solidaritäten eher untergraben als fördern. Im Umgang mit AusländerInnen, mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, aber auch in der Abschiebung von »abweichenden« Menschen in Gefängnisse – um nur einige Dauerthemen des Komitees zu nennen – kommt dieser unsoziale Charakter unserer Gesellschaft besonders deutlich zum Vorschein.

Die Tagungsbeiträge zeichnen die Entwicklungen sozialer Ausgrenzung in verschiedenen gesellschaftlichen Konfliktfeldern nach und vermögen in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen um die Verkürzung sozialer Rechte, die Debatten zu fundieren und auf radikal-demokratische Alternativen hin zu orientieren.●

Die Broschüre kann gegen 15 DM Vorauskasse (Briefmarken oder Scheck) bezogen werden bei: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Aquinostr. 7-11, D-50670 Köln.

Ein ungewöhnlicher Blick auf die Alpen

Der Ethnologe *Heinrich J. Middendorf* wollte einen neuen Blick auf die Alpen werfen, weder auf die Schönheit der Berge noch auf das Verhältnis zwischen der Natur und ihrer menschlichen Nutzung. Er wollte die »Dritte Welt« innerhalb der Schweiz, die »unter z.T. primitiven Verhältnissen lebende ... Bevölkerung hoch oben in den Bergen« untersuchen. Um die Alpwirtschaft »von innen heraus« zu erfahren, heuerte er für einen Sommer in Graubünden als Alpknecht an.

Als sich sein »Körper an die Rauheit dieser Welt gewöhnt hatte« und er die Alphirten in seiner Nachbarschaft kennengelernt hatte, entstand die Idee, die Erzählungen von *Hans Luzi Hitz* auf Tonband aufzunehmen. Das Ergebnis ist ein ungemein spannendes Buch, nicht **über** die Älpler, sondern **von** einem Alphirten selbst, in dem der Ethnologe mal etwas nachfragt, ein Stichwort für eine neue Erzählung gibt, die Mundart – allerdings erst ab Seite 5 – übersetzt und –besonders wichtig – die übersetzte Tonbandabschrift layoutet.

Natürlich geht es um Luzis Leben, seine sommerliche Wanderung über die Weiden und seine winterliche Arbeit und Einsamkeit mit hundert Rindern auf der Winteralp. Anschaulich bis ergreifend beschreibt er seinen Tagesablauf: meterhoher Schnee, den Weg zum Brunnen frei räumen, die Rinder füttern und tränken, tückischer Nebel und dann Weihnachten: »jaah – .... das zieht dann schon ein wenig«. Luzi weiht uns in seine Kochkünste ein und erklärt, warum Männer besser kochen als Frauen. Natürlich sind auch das Käsen und die diversen Tricks dabei ein wichtiges Thema. Das herbstliche Käseverteilen an die Bauern »gibt dann eine uuunheimliche Rechnerei« und einige Losentscheide durch den Alpmeister. Aber Luzi erzählt nicht nur über sich.

Er ist kein weltfremder Bergfreak, und er hat viel Zeit zum Lesen und Nachdenken. Bestechend und bisweilen ironisch erklärt er uns einige Besonderheiten der Schweizer Demokratie, z.B. das örtliche Bürgerrecht. Er erläutert Zusammenhänge zwischen Schullehrplänen und Frauenwahlrecht, die Tücken des Sozial- und Tarifrechts für Alphirten sowie die Agrarpolitik und das politische Verhalten der Bauern.

Etwas ganz Besonderes ist die Gestaltung des Textes. Er sieht aus wie ein Gedicht – manche Zeilen sind linksbündig, andere mittig, gesperrt und einige wieder anders gesetzt. Ich fand diese Schreibweise zunächst befremdlich, dann aber bestechend: wer spricht, macht Pausen, setzt Betonungen, springt im Gedankengang, bricht Sätze ab. All dies berücksichtigt das gedicht-ähnliche Layout. Beim Lesen konnte ich mir vorstellen, einen sprechenden Erzähler zu hören. Genau dies war Middendorfs Absicht, dass der Text »etwas von der Poesie der Sprache freigab.« Diese und andere methodische Gedanken erläutert er im Anhang in einem Gespräch mit den Herausgebern.

»Der Senn ...« ist ein äußerst informatives und anschauliches, mal bedrückendes, dann wieder lustiges und immer fesselndes, einzigartiges Buch über das Alpleben, die Alpwirtschaft und ihre politisch-sozialen Strukturen.●

Ulrich Häpke

Heinrich J. Middendorf: Der Senn ist der Käser und der Chef, Peter Hammer Verlag, D-42209 Wuppertal, Postfach 200963, DM 38,–

Mehr Lobby für Bürgerrechte gefordert

Der Schweizer Bundesrat hat Ende Juni angekündigt, im Herbst eine Botschaft über die am 27. April mit Deutschland und Österreich unterschriebenen Polizeiverträge vorlegen zu wollen. Die im vergangenen Jahr geschlossenen Verträge mit Frankreich und Italien waren im April ohne große Diskussion vom Parlament ratifiziert worden. Bei dem neuen Vertragspaket dürfe nicht dasselbe geschehen, fordert die Stiftung ASS. Unter dem Titel »Über die Hintertür ins Europäische Polizeihaus« hat die Stiftung daher eine Studie vorgelegt, mit der sie Lobbyarbeit für die Bürgerrechte machen will. Schon die Verträge mit Frankreich und Italien sind nach Einschätzung der Stiftung ASS unter bürgerrechtlichen Gesichtspunkten problematisch. Wenn das Parlament die erheblich weitergehenden Abkommen mit Deutschland und Frankreich in der vorliegenden Form annehme, akzeptiere es nicht nur neue Online-Datenverbindungen und grenzüberschreitende Polizeimethoden, sondern vergäbe es sich auch die Chance im Innern der Schweiz das polizeiliche Handeln gesetzlich eng zu begrenzen und die Rechte der Betroffenen zu schützen.

Mit Deutschland und Österreich wurden Formen des automatisierten Datenaustauschs verabredet, deren Kategorien denen des Schengener Informationssystems (SIS) entsprechen. Das SIS ist ein Informationssystem, das nicht nur Daten über gesuchte StraftäterInnen enthält, sondern auch solche zur »diskreten Überwachung« und zur Aus- und Zurückweisung von AusländerInnen. Die Verträge mit Österreich und Deutschland, das für zwei Drittel der Personendaten im SIS verantwortlich zeichne, machten die Schweiz zur Zwei-Drittel-Teilnehmerin am Schengener Informationssystem. Die ebenfalls mit diesen beiden Staaten vereinbarte grenzüberschreitende Polizeikooperation mit verdeckten Methoden (Observation, Kontrollierte Lieferung, Verdeckte ErmittlerInnen) geht – so die Stiftung ASS – weit über das hinaus, was die Schengen-Staaten untereinander im Schengener Durchführungsübereinkommen von 1990 festgelegt haben. Diese Formen der Ermittlung und Überwachung reichen weit ins präventive Vorfeld der Strafverfolgung hinein. Für ihre Anwendung im Inland fehlen bisher im schweizerischen Recht ausreichende gesetzliche Regelungen. Das Parlament muss zunächst – so die Meinung der Stiftung – zu Hause für den Schutz der Bürgerrechte sorgen!

Mit ihrer Studie will die Stiftung ASS eine breitere politische Diskussion um die polizeiliche Zusammenarbeit mit der Schengen-Gruppe bzw. der EU bewirken. Justiz- und Polizeipolitik werde nicht mehr nur auf auf kantonaler und nationaler Ebene gemacht, sondern zunehmend im zwischenstaatlichen und europäischen Rahmen. Dabei gehe es um die Verteidigung elementarer Bürgerrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze. Insbesondere von der Linken fordert die Stiftung ASS deshalb, mit den Bürgerrechtsorganisationen in den EU-Staaten zusammenzuarbeiten und dieses Feld der nach außen gewendeten Innenpolitik nicht der Exekutive zu überlassen.

Die 47 seitige Stellungnahme »Über die Hintertür ins Europäische Polizeihaus« (Autor: Heiner Busch) kann gegen Fr. 25,- bei der Stiftung ASS bestellt werden: Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz Postfach 6948, CH-3001 Bern, Tel. 031-312 40 30●

dp

Rock von Rechts

Die bislang erste umfassende Bestandsaufnahme der »Rechtsrock«-Szene und -Verbreitung in Deutschland, Text- und Wirkungsanalysen, im Anhang eine Veröffentlichungsliste von »Rechtsrock«-Produktionen inklusive sämtlicher Indizierungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdete Schriften. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk zu diesem Thema, gerade für die Antifa-Arbeit.●

dp

Rock von Rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien.
Hrsg. von Dieter Baacke, Klaus Farin,
Jürgen Lauffer. 226 Seiten, 20 DM,
ISBN 3-929685-20-5

STEFFI bleibt !!!

»Steffi« – ein seit 1990 besetztes Haus in Karlsruhe. Wohnraum für 60 Leute, Volxküche, Punk- und Hardcorekonzerte, politische Veranstaltungen. Die Räumung ist bereits angedroht, die Bewohnerinnen bereiten sich darauf vor.

In der Dokumentation von 1997 führt uns Alicia, die »Quasselstrippe von Steffi-TV«, durchs Haus und stellt in selbstironischen Interviews und ernsthaften Gesprächen einige der Bewohner und ihre Ansichten vor. Ungewöhnliche Schnitte, wilde Kameraschwenks und flotte Sprüche, Musik und kleine Inszenierungen geben Einblicke in das, was das Steffi außerdem war:

Anlaufstelle für Flüchtlinge, Trainings- und Gymnastikraum für Boxer und andere Bewegte, Musikkneipe und Konzertkeller, politisches Zentrum und der Versuch, eine Alternative gegen das herrschende System, gegen die Norm zu leben. Die Probleme sind dieselben wie in anderen besetzen Häusern der 80er und 90er Jahre, in denen so viele Leute zusammenlebten – aus unterschiedlichsten Gründen. Manche genießen die Freiräume, andere fühlen sich wie im »Kindergarten« und halten es nicht mehr aus. Der ewige Streitpunkt – die Küche.

Polizei und Staatsgewalt kümmern sich auf ihre Weise um die »Steffi« und ihre Bewohnerinnen und versuchen, sie zu kriminalisieren. Ihr politisches Engagement richtet sich gegen Wohnungsnot und Spekulantentum, gegen Faschisten und politische Repression, sie unterstützen Flüchtlinge mit Wohnraum, Geld und juristischem Beistand und kämpfen für den Erhalt des besetzten Hauses – vergeblich. Trotz großer Anstrengungen und »Baumaßnahmen« der BewohnerInnen wird das Haus im September 1997 geräumt. *(Später wurde ein kleineres Gebäude von der Stadt Karlsruhe zur Verfügung gestellt - die Red.)*●

Der Film dokumentiert die letzten Wochen im »Steffi«, steht aber auch exemplarisch für viele andere besetzte Zentren der 80er und 90er Jahre. Verleih: 50,– DM
Bestellungen: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, D-79100 Freiburg
Tel. (07 61) 70 97 57, Fax 70 17 96
E-Mail: medienwerkstatt@3landbox.comlink.apc.org

Anzeige

-AGENDA 21-
Jetzt mit noch mehr Atommüll

Die agenda 21 ist das Abschlussdokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio. In vielen Köpfen - auch in der Anti-Atom-Bewegung – ist sie DAS ökologische und nachhaltige Konzept für das nächste Jahrtausend.
Das Thema Atomenergie wird unter dem Kapitel „Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen" abgehandelt:
„22.1 Handlungsgrundlage
(...) Mit zunehmender Zahl neu in Betrieb genommener Kernkraftwerke, zunehmenden Stillegungen kerntechnischer Anlagen und zunehmendem Einsatz von Radionukliden nehmen diese Abfallmengen immer weiter zu. (...)"
„22.8 Wissenschaftliche und technologische Mittel
Die Staaten sollen,(...) ,
a) die Erforschung und Entwicklung von Methoden für die sichere und umweltverträgliche Behandlung, Konditionierung und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle einschließlich ihrer Endlagerung in tiefen geologischen Formationen fördern;"
„22.9
Die Staaten sollen,(...) ,den Entwicklungsländern helfen, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen benötigte Infrastruktur aufzubauen und/oder zu verstärken; (...)."

Die agenda 21 spricht sich keineswegs für einen Ausstieg aus der Atomkraftnutzung aus, sondern propagiert ein „weiter so wie bisher"-Modell und den Export dieses Modells in die sog. 3.Welt. Im Sinne der herrschenden Technologiegläubigkeit sollen Atomanlagen nicht abgeschaltet, sondern mit Hilfe von verbesserter Technik modernisiert werden.

AKTION 3.WELT Saar

BUCHBESPRECHUNGEN ZUM THEMA CORPORATE IDENTITY

Sich zur Persönlichkeitsentwicklung von Firmen und Verbänden motivieren lassen!

Veröffentlichungen zum Thema Corporate Identity werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer besser und professioneller. Das gilt auf jeden Fall auch für die drei im folgenden skizzierten Bücher zum Thema. Alle drei führen gut ins Thema ein und helfen gleichzeitig bei der praxisorientierten Umsetzung.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften

Umfassendes Standardwerk

Unschlagbarer Klassiker für alle, die viel Zeit haben oder ein Nachschlagwerk für die Vielzahl von Anwendungen von Corporate Identitty-Strategien suchen, ist nach wie vor der Sammelband von Klaus Birkigt, Marinus Stadler und Hans Joachim Funck. Das 624 Seiten umfassende »Werk« im besten Sinne des Wortes führt sehr grundlegend in das Konzept ein, vertieft zentrale Aspekte wie Personalpolitik, Partnerschaftsbeziehungen zwischen Absatzmittlern oder Fragen des Finanzmanagement und veranschaulicht auf 200 Seiten das Geschriebene durch zahlreiche Fallbeispiele. Zur Überarbeitung gehören vor allem der letzte Teil, der viele praktische Fragen beantwortet von den Kosten, über den erforderlichen Zeitrahmen bis hin zu Grundregeln, die bei der Einführung von C.I.-Programmen zu berücksichtigen sind.

Klaus Birkigt / Marinus Stadler / Hans Joachim Funck: Corporate Identity – Grundlagen. Funkionen. Fallbeispiele, Landsberg am Lech (verlag moderne industrie) 9. überarbeitete Aufl. 1998, DM 169,--.

Einführende Praxishilfe

Sprachlich sehr anschaulich geschrieben, einfach, systematisch und übersichtlich aufgebaut und dennoch vollständig ist die Monographie von Dieter Herbst. Nach einer guten Einführung in Begriff, Ziele, Bestandteile und Instrumente von Corporate Identity zeigt Herbst, wie sich C.I. mit Hilfe des Projektmanagements im Unternehmen umsetzen lässt (Vorbereitung, Analyse, Planung, Umsetzung und Kontrolle). Zwei Fallbeispiele, die Beantwortung zentraler Fragen, Beispiele für Leitbilder und eine kommentierte Literaturliste runden das Buch ab. Auch graphisch ist das Buch so aufbereitet, dass ein schneller Überblick und Ästhetik nicht zu kurz kommen. Der Autor macht immer wieder deutlich, dass C.I. als kontinuierlicher Prozess zu verstehen ist, der ganzheitliches, strategisches Denken und Handeln erfordert. Wer sich im Thema auskennt, erfährt allerdings wenig Neues, so dass diese Veröffentlichung vor allem für »unbeleckte« Praktiker besonders empfehlenswert ist.

Dieter Herbst: Das professionelle 1x1: Corporate Identity, Berlin (Cornelsen Verlag) 1998, DM 24,80.

Originelle Berateranleitung

Als komplex, eigenwillig und dennoch anschaulich erweist sich die Einführung in die C.I.-Thematik von Gerhard Regenthal. Spürbar ist beim Lesen des Buches, dass Regenthal als Unternehmensberater arbeitet, der diesem Konzept seinen eigenen Stempel aufdrückt. Durch die Graphiken, in die vergleichsweise viel hineingepackt ist, wird dies immer wieder deutlich oder wenn der Autor durch Wortspiele (MIT: Menschen im Team oder VERtrauen: Verbesserungen Erfolgreich Realisieren) Aussagen in origineller Form auf den Punkt bringt. Entsprechend modifiziert er auch die C.I.-Entwicklung zum Ganzheitlichen Identitätsprozess (GIP). Unter dem Blickwinkel der Erweiterung des mittlerweile schon als »klassisch« zu bezeichnenden C.I.-Ansatzes, enthält das Buch vor allem für diejenigen, die schon Kenntnisse in dem Bereich haben einige Gewinn bringende Anregungen. Auch die vielen Zuspitzungen vor dem Hintergrund der Beratungserfahrungen des Autors (Aufbau eine Corporate Identity: Formen – Führen -Wirken) vermitteln wichtige zusätzliche Erkenntnisse.

Gerhard Regenthal: Corporate Identity – Luxus oder Notwendigkeit? Mit gutem Image zum Erfolg, Wiesbaden (Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler) DM 68,--.

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zum **Buchhändler**. Bin Diplom-Sozialarbeiter und seit längerem in der Alternativen Literatur-Szene tätig und darum interessiert, auch hauptberuflich in die Buchbranche einzusteigen. In Berlin oder im Nordwesten. Thomas Nöske, 30 J.
☎(0 30) 53 69 85 28

PROJEKTE

Hexen mit und ohne Kind gesucht, die ihre heilenden Visionen vom gemeinsamen Wirken und Werden, Lieben und Lachen, Tun und Lassen in Frauengemeinschaft auf dem Land leben wollen.
Chiffre: Rund

Bauernhof am Stadtrand von Zweibrücken für alternative Gruppen/Projekte frei. Gr. Wohnhaus, ausbaufähige Ställe, 4 Ha. Wiesen.
☎(0 30) 345 44 31

Kaiserslautern – Ortsteil: Doppelhaus, 4 ZKB und 3 ZKB, ca. 250 qm Wohnfläche, etliche Kellerräume auf 4.000 qm Grundstück (leichter, fruchtbarer Boden), Waldrand, an landwirtschaftlich und/oder sozial orientierte (Projekt-)-WG zu vermieten. Unbefristeter Mietvertrag mit 1 od. 2 Hauptmieter(n) erwünscht. Komplett ca. 3.000 DM kalt.
☎Mo-Fr. 11 bis 18.30 Uhr,
(0 63 21) 48 38 02

Bäuerinnen, Handwerkerinnen u. alle anderen (Lebens)Künstlerinnen, wir suchen Euch. Wir haben viel Platz, viel zu tun, viel zu lachen, viel Land u. 60 Gallowways. Komm steig ein!
☎(0 42 35) 94 22 12

NEUE INTERNETADRESSE

CONTRASTE hat ab sofort eine neue URL: www.contraste.org

Los, ran an das Thema!
EinsteigerInneninfo
- und Widerstandsbedarf!

Aktionen und Alternativen zu Weltwirtschaft und Globalisierung
Wi(e)der die Klobrillisierungsfalle

Die Broschüre gibt es gegen 5.- DM in Briefmarken:
Verdener Umweltwerkstatt, c/o Ökozentrum, Friedensallee 6, 27283 Verden/Aller, Fon 04231/957571

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Neu: Inhalt per Email
Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.

kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
www.akweb.de

DAS grüne BRANCHENBUCH HESSEN und Region Rhein/Main/Neckar
Hg. BUND · Infoline 069-677376-0
Über 4000 Adressen für ein Leben mit der Umwelt, überall, wo's Bücher und Naturkost gibt.

Auch in
BERLIN
HAMBURG
SCHLESWIG-HOLSTEIN
NIEDERSACHSEN/BREMEN
NORDRHEIN-WESTFALEN

Gut, dass es das gibt: gesunde Ernährung, giftfreie Baustoffe, Energiespartechniken
Verlag Das grüne Branchenbuch, Tel. 04532-21402, Fax 04532-22077

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.

DER RABE RALF
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos
Umweltinformations-Monatsblatt Seit 1990

Berliner Luft-Zeitung
Seit 1994
Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

INFOLINKS
DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS APRIL 1999)
Recherchieren in den Texten von neun Publikationen (über 40.000 Artikel):
Infos unter: www.infolinks.de

ak – analyse & kritik	Lateinamerika Nachrichten
Geheim	Links (bis Feburar 97)
Bürgerrechte & Polizei / CILIP	junge Welt (ab 22.5.97)
Antifaschistische Nachrichten	ila – Zeitung der Informationsstelle
POONAL	Lateinamerika (1996)

Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk

Preis: 99 DM (49 DM als AbonnentIn einer der obigen Publikationen / bitte Abo-Nr. und Publikation angeben). Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto/Verpackung). Bestellung per Vorkasse (104.- DM bzw. 54.- DM per Scheck/bar) bei:
Info Pool Network, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Tel. 030/53602222

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

1. Tagungshaus
Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch. Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.

2. Politische WG
Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum
Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungsredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktion usw.). Gute technische Ausstattung und viel Platz.

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

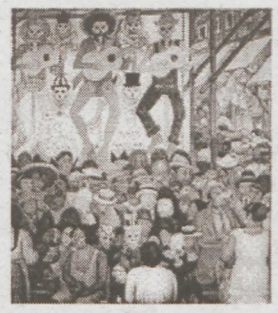
SCHNIPSEL

Die neue Kalaschnikow
KALASCHNIKOW
Das Politmagazin ★
Hans-Peter Krebs, Manfred Sohn, Stefan Pribnow, Freerk Huisken, Hans Radandt, Stefan Bollinger, David Tiger, Günther Sandleben, Ton Veerkamp, Willi Gettél, Wladimir Ostrogorski, Wolfgang Kraushaar, Kerstin-Bettina Kaiser, Wolf Raul, Wolfgang Wippermann, Jochen Staadt, Eugen Faude, Charly Kneffel, Klaus Bittermann, Fritz Eckenga, Roger Willemsen, Martin Jander, Rainer Maischein, Eberhard Czichon, Heinz Marohn, Norbert Hofmann, Wolf-Dieter Narr, Dorothea Ridder, Hans-Eberhard Schulz u.a. *schreiben* auf über 130 Seiten **das Richtige**

KALASCHNIKOW
Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165
D-10117 Berlin
... ist gut für Dich !
FAX: + 49 / 30 / 88 55 11 63
TEL/AB: + 49 / 30 / 20 45 59 08
www.kalaschnikow.de

Wir gehen den Dingen auf den Grund
SOZIALISTISCHE ZEITUNG
Die *SoZ – Sozialistische Zeitung* bringt alle 14 Tage Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
Kostenlose Probeausgabe bestellen!
SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev.de>

ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika



ila 226 (Juni 99): Tango – Musik, Tanz und Politik
ila 227 (Juli/Aug. 99): La Paz – Gesicht einer Metropole
ila 228 (Sept. 99): Mexico in den USA – Blicke über die Grenze

Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika erscheint monatlich, 60 Seiten stark, zum Preis von 8 DM, im Abo 70/60 DM (10 Ausgaben/Jahr)
ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13, Fax 63 12 26

ARNie Info-Express
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ jetzt mit "Kurz & Bündig"
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ für 4,- DM pro Ausgabe
❒ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❒ Soli-Abo für 60,-/??,- DM / 10 Ausg.
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126, 69401 Eberbach

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@link-k.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar**, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch**, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik: 88142 Wasserburg**, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe: 49504 Lotte-Halen**, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin**, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft: 28201 Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 45 16 96

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

IM POSTFACH

Betr.: Ihr Beitrag »Sozial? Ökologisch! Klar...«

Sehr geehrter Herr Hechler,
Sie schreiben für eine Zeitung, die den Titel »CONTRASTE« trägt. Sie selbst, lieber Herr Hechler, sind Ihrem o.g. Text nach nicht in der Lage, Kontraste auch auszuhalten. Haben Sie Angst vor Alternativen zu Ihrem linksradikalen Weltbild? Das müssen Sie nicht. Machen Sie eine Reise nach Utopia und verlieren Sie Ihre Ängste. Sie werden sehen, wie befreiend der Blick über den eigenen, wenn auch perfekten, Tellerrand ist. Fahren Sie mit!

Dann wüssten Sie, dass Tomas Beutler nicht eine Reise für uns in diesem Jahr geleitet hat. Sie wüssten auch, was in der Obstbausiedlung Eden mehr als hundert Jahre nach ihrer Gründung läuft und welche Aktionen im ZEGG gestartet sind, um in den Flüchtlingslagern des Balkan ein Stück Mitmenschlichkeit wachsen zu lassen.

Herr Hechler, bitte klären Sie uns auch über den Zusammenhang von regionaler Identität und völkischer Tradition auf. Fehlt Ihnen womöglich an der Stelle der sprachliche Feinsinn?

Noch eines: Der Verein »Industrielles Gartenreich« arbeitet seit 10 Jahren an der Stiftung Bauhaus Dessau. Sein Vorsitzender heisst Dr. Harald Kegler. Möglicherweise hilft Ihnen eine Weiterbildung im Fach Recherche.

Damit herzliche Grüße ins Einheitslager von »CONTRASTE«.
Kristin Beckmann
agentur reisewerk, Wittenberg

Betr.: CONTRASTE Nr. 178/179

Die Juli/August-Ausgabe der CONTRASTE enthält zwei Artikel von Andreas Hechler. In dem einen (Umweltverbände & Krieg, S. 12) zählt der Autor die Grüne Liga Berlin zu den wenigen »Guten«, sprich Kriegsgegnern, unter den ansonsten als kritiklos und menschenrechtsverachtend dargestellten bundesdeutschen Umweltverbänden. Ist schon dieser Artikel – der in der Sache richtig und wichtig ist – in seinen Wertungen eher holzschnittartig geraten, verfällt der andere Beitrag (Reisen nach Utopia '99, S. 2) noch mehr dem undifferenzierten Schwarz-Weiss-Denken. Derselbe Umweltverband Grüne Liga Berlin wird hier plötzlich angeprangert, er leiste dem »Bösen« Vorschub, nämlich »deutschvölkischer Gesinnung« und »rassistischer Modernisierung« in Gestalt von Eden, ZEGG und EXPO. Es geht um die »Reisen nach Utopia '99« des Wittenberger Vereins Industrielles Gartenreich e.V. (Jemand hatte das Reiseprogramm mit dem Fax der Grünen Liga herumgeschickt.)

Viele kritische Fakten, die der Autor über die selbsternannten »ökologischen und sozialen Zukunftsprojekte« zusammengetragen hat, stimmen zwar. Die »Reisen nach Utopia« konzentrierten sich einseitig auf Projekte ohne emanzipatorischen Anspruch (wobei übrigens ein großer Teil der Tour mangels Beteiligung ausfiel). Doch einige der sehr polemisch vorgetragenen Wertungen des Autors können einfach nur diffamierend genannt werden. EXPO und Grüne Liga, »das harmoniert«, heißt es da ohne Nachweis und in völliger Verdrehung der Tatsachen. Eigenständige Regionalentwicklung wird von vornherein »in völkische Tradition« gestellt, die der Verein Industrielles Gartenreich dann »rassistisch modernisiert«. Weiter sind dem Autor »emanzipatorische spirituelle Projekte nicht bekannt« – ich kenne da einige, obwohl ich selbst mit Spiritualität wenig anfangen kann.

Die Grüne Liga ist ein offenes, zum Teil auch sehr heterogenes Netzwerk, das – ähnlich wie bisher auch CONTRASTE – nicht den Anspruch erhebt, die Wahrheit gepachtet zu haben. Sicher sind in der Grünen Liga auch Leute mit sehr unpolitischen Vorstellungen von Ökologie. Die werden sich aber mit Recht nicht auf eine solche Weise belehren lassen, wie es der Autor tut. Die Umweltbewegung braucht keine »Antifa-Gütesiegel«, sondern Anstöße und Kritik – tiefgehend, aber sachlich. So weit waren wir doch schon mal, oder?

Matthias Bauer, Grüne Liga Berlin

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 1.-3.10.99

Über das gute Leben
Die Warenwirtschaft, die als einziges Ziel die Vermehrung von Geld verfolgt, ist eine der Hauptursachen für weltweite Naturzerstörung und ungerechte Verteilung. Diese Warenwirtschaft kann ersetzt werden durch die Subsistenzperspektive, deren Ziel das Leben ist. Die Subsistenzperspektive bedeutet nicht »Zurück auf's Land«, sondern beinhaltet einen anderen Blick auf die Wirklichkeit, im Sinne einer Gesellschaftsorientierung auf der Basis von Freiheit, Glück und Selbstbestimmung. Ständig steigender Konsum ist kein Garant für ein freies und glückliches Leben!
Gegen den weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, setzt die Subsistenzperspektive auf eine Wirtschaft von unten, mit der wir die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen können. (Vortrag)
Termin: 10.9.99, 19.30 Uhr
Ort: Gemeindesaal, ev. Kirche Niederkaufungen

Die Subsistenzperspektive
Als Einstieg in dieses Wochenende dient ein Vortrag von Veronika Bennholdt-Thomsen, in dem sie uns die Grundideen der Subsistenzperspektive näher bringt (s.o.). Im weiteren Verlauf des Wochenendes wollen wir uns von den Ideen der Subsistenzperspektive für unseren jeweiligen Alltag anregen lassen. Wie können wir dem weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, entgegenwirken und somit die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen?
Als »Anschauungsmaterial« soll die Kommune Niederkaufungen dienen, die mit ihrem Lebens- und Arbeitsmodell versucht, der Naturzerstörung und der ungerechten Verteilung entgegen zu wirken.
Termin: 10.-12.9.99
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Effiziente Nutzung des Internets
Beim Stichwort »Internet« wird heute häufig zuerst ans »Surfen« zu Unterhaltungszwecken gedacht. Welche Möglichkeiten bieten sich jedoch, das Internet zu professionellen Kommunikations- und Recherchezwecken zu nutzen? Neben dem Umgang mit E-Mail wird die Bedienung von Such- und Metasuchmaschinen, die Nutzung von Internet-Speicherplatz und weiterer zentraler Dienste, wie z.B. FTP trainiert. Im Rahmen des Seminars erhalten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich einen eigenen freien E-Mail-Zugang und einen Speicherplatz im Internet kostenlos einzurichten. Das Seminar richtet sich an alle, die die modernen Möglichkeiten des Internets für ihre tägliche Arbeit nutzen möchten. Das Seminar wird in Kooperation mit der Lehrerkooperative Frankfurt angeboten.
Termin: 24./25.9.99, Frankfurt
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

RADIKAL REISEN

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen / Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an auch andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.
Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.
Information:
JungdemokratInnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

ZUKUNFT DER ARBEIT

Wie wir arbeiten werden
»Wie wir arbeiten werden« nennen O. Giarini und P.M. Liedtke ihren Bericht an den Club of Rome – knapp und programmatisch. Die Arbeitslosigkeit werde abgeschafft, ohne die Kosten wesentlich zu erhöhen und zum Wohle aller. An der 3. Salecina-Tagung zur Zukunft der Arbeit wollen wir die zentralen Thesen des Berichts aufnehmen, sie konkretisieren und in ihren Konsequenzen aufschlüsseln. Einen wichtigen Hintergrund unserer Arbeit bilden die Erfahrungen, die wir in den ersten zwei Tagungen vernetzen konnten: vielfältige Sichten von TheoretikerInnen, VerwalterInnen und Betroffenen der gegenwärtigen Krise der Erwerbsarbeit. Ziel der kritischen Hinterfragung ist es, eigene Thesen zu formulieren und damit in Dialog mit den Autoren (und der Öffentlichkeit) zu treten.
Termin: 30.9. bis 3.10.99
Ort: Maloja, CH
Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina, CH-7516 Maloja
☎0043-81-824 32 39, Fax 824 35 75
E-Mail: info@salecina.ch

FRAUEN

Bundesweiter Kongress des Autonomen Frauenhauses
Eingeladen sind MitarbeiterInnen aus Projekten, sozialen Institutionen, Behörden, Kliniken, Bildungsstätten, Hochschulen und Interessierte, die sich praktisch und/oder theoretisch mit den Themen Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen und Gewaltbereitschaft von Männern beschäftigen und/oder in diesem Bereich arbeiten.
Termin: 7.-9.10.99, Lübeck
Weitere Informationen:
Frauen helfen Frauen e.V., Adolf-Ehrtmann-Str. 2, 23564 Lübeck,
☎(04 51) 6 60 33, Fax: 62 43 86,
www.autonomes-frauenhaus.de,
e-mail: info@autonomes-frauenhaus.de

MEDIENARBEIT

Die eigene Homepage
Ihre eigene Seite gestalten mit HTML, Links und Anker setzen, Graphiken einbinden und Tabellen anlegen.
Termin: 11.9.99, Frohburg

Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet? Wie findet man Informationen mit den »Suchmaschinen«? Sie recherchieren in Adress- und Literaturdatenbanken und führen eine Zeitschriftenrecherche durch.
Termine: 19.10.99 u. 3.11.99, München

Professionelle Online-Recherche für Fortgeschrittene
Suchmaschinen sind für Sie kein Fremdwort mehr, Sie möchten Ihr Wissen vervollkommnen? Sie wollen mehr über Zeitungsarchive, Newsgroups wissen? Das erfahren Sie hier!
Termin: 20.10.99, München

HTML für Fortgeschrittene
Termin: 12.9.99, Frohburg

Schreiben für das Internet
Texten fürs Internet verlangt: gute Ideen, klare Sprache und allerhand Kenntnisse des neuen Mediums »Hypertext«. Wie Sie einen solchen Hypertext für Internet oder Intranet verfassen, lernen Sie hier. Kein HTML-Seminar, keine Vorkenntnisse ausser Word97 (ersatzweise: Word6.0) erforderlich!
Termin: 10.9.99, Frohburg
Information & Anmeldung
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, 80604 München,
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06,
e-mail: g.hooffacker@link-m.de,
www.hooffacker.de

Public Relations
Pressearbeit effektiv organisieren
Unser Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit unseren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Unsere Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die unsere Pressearbeit in den Zeitungen, Radio und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf? Welche Anlässe erfordern eine Pressekonferenz? Wir zeigen, wie Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Journalisten funktionieren.
Termin: 23.-24.10.99, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg, Kosten jeweils: 120,- (Verdienende), 90,- (Nichtverdienende), incl. Unterbringung und Verpflegung.

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 24.-26.9.99, Hausen/Schwarzwald
Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 22.-24.10.99, ökol.-spirituelle Siedlung Lebensgarten bei Hannover

Die inneren Fesseln sprengen
Visions-/Entscheidungsfindung, Konfliktlösung, Aufarbeitung von Kindheitserfahrungen ... für Einzelne, Paare, Gemeinschaften, Betriebe, Initiativen... in der Delphin-Gemeinschaft Schwarzwald
Termin: 29.-31.10.99
Vorankündigung: 5. Ökodorf-Festival in Gemeinschaft am Bodensee mit über 20jähriger Erfahrung
Termin: 6.-12.6.2000
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

REGIONALENTWICKLUNG

Region 2000
– Neue Ansätze in der Regionalentwicklung
Das Seminar versucht eine Standortbestimmung der Regionalisierungstrends zwischen Globalisierungsdruck und endogener Regionalentwicklung am Ende der 90er Jahre. Dazu werden neue Modelle bürgerschaftlicher Beteiligung, mobilisierender Aktionsprogramme, wie Agenda 21, und integrierter innovativer Regionalplanung vorgestellt und diskutiert. Die Veranstaltung will Entwicklungsperspektiven für die Region 2000 sichtbar machen.
Termin: 8.-10.10.99, Fulda
Information & Anmeldung:
Akademie der kath. Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax -44
E-Mail: akademie@kljb.org

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

BREMER EVG

Unter dem Motto »Landschaft schmeckt!« finden auch in diesem Jahr wieder »Aktionstage ökologischer Landbau in Bremen und umzu« statt. Mit einem vielfältigen Programm wollen Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und der Verein SozialÖkologie allen Interessierten die Möglichkeit bieten, sich – vorrangig auf kulinarischem Wege – einmal die Vorzüge einer regional orientierten umweltverträglichen Landwirtschaft »schmecken« zu lassen. Hier einige Termine:
18.9.: Exkursion: Wasser- und Naturschutz durch ökologische Landwirtschaft
22.9: Öko-Apfeltag in der Bremer Bürgerschaft
25.9.: Finkenburgger Apfeltag – rund um den heimischen Apfel
Infos & Anmeldung:
☎(04 21) 349 90 77 (Bremer EVG)

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringe
Vom 24.-26.9.1999 findet das nächste Bundestreffen der Tauschringe in Rostock statt. Neben dem Erfahrungsaustausch soll eine Podiumsdiskussion zum Thema »Lokale Ökonomie – Zukunftsfähigkeit – Tauschringe« und Gesprächsrunden zur Thematik stattfinden. Geplant sind auch Veranstaltungen zu den rechtlichen Grundlagen der Tauschringe und zur Öffentlichkeitsarbeit.
Nähere Informationen:
»Wi daun wat«, Erich-Schlesinger-Str. 21, D-18059 Rostock
☎(03 81) 405 29 23, Fax 769 81 12

FIAN

Soziale Menschenrechte in Europa
Die Europäische Sozialcharta schreibt das Recht eines jeden Menschen auf Nahrung, Arbeit und Wohnung fest. Die Wirklichkeit sieht anders aus – auch in der Bundesrepublik Deutschland. Bedingungen und Möglichkeiten, die Vereinbarung des Europarates für die Menschenrechtsarbeit zu nutzen, sind entsprechend zu diskutieren.Im Rahmen eines Seminars vom 17.-19. September in Köln sind hierzu eingeladen Prof. Dr. Birk, Vorsitzender des Ausschusses der Unabhängigen Experten beim Europarat sowie Herr Haack, Mitglied des Europaparlments.
Anmeldung & Informationen:
FIAN, Overwegstr.31, D-44625 Herne
☎(0 23 23) 49 00 99, Fax: 49 00 18
e-mail: fian@home.ins.de

GEMEINWESENARBEIT

Ist Erfolg übertragbar?
Auf der Suche nach Kriterien für eine leistungsfähige soziale Arbeit sind die Studenten im Studienschwerpunkt Gemeinwesenarbeit an der Katholischen Fachhochschule in Berlin.
Im Rahmen einer Fachtagung am 7.10.99 werden TeilnehmerInnen aus der sozialen Praxis, der Wirtschaft und dem Studium erwartet. In thematischen Arbeitsgruppen sollen Erkenntnisse, Meinungen und Standpunkte aus Theorie und Praxis diskutiert werden.
Auskunft über die Tagung:
☎(0 30) 656 00 25, Gilda Petzold

BUKO

Die Linke im Jahr Eins nach dem Kosovo-Krieg
Für die bundesdeutsche Linke war der Kosovo-Krieg ein politisches Desaster. Quer zu allen Parteien und Fronten verläuft seitdem ein Riss zwischen Befürwortern und Gegnern des militärischen Eingreifens. Anlass genug also für eine Diskussion darüber, was, wie und wieso passiert oder nicht pasiert ist und wie wir dazu stehen.
Folgende AG's sind geplant:

- Krieg und Propaganda – Die Rolle der Medien im Kosovokonflikt
- Die NATO und ihre Strategie
- Die Rolle der Linken
- Die Verhütung zukünftiger Konflikte – Möglichkeiten ziviler Konfliktvermeidung

Termin: 24.-26.9.99, Bonn
Information & Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎/Fax (0 40) 390 75 20
E-Mail: bukohh@t-online.de

Auftaktkundgebung 12 Uhr Hallplatz, Zweibrücken-Innenstadt
anschl. Demozug zum Abschiebegefängnis Zweibrücken-Birkausen

- **Abschiebehaft abschaffen – in Zweibrücken anfangen**
- **Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge**
- **Wider den rassistischen Normalzustand**
- **Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und Folterstaaten**

VeranstalterInnen:
Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier
☎(06 51) 994 10 17
E-Mail: AGF_trier@t-online.de
AKTION 3.WELT Saar
☎(0 68 72) 99 30 56
E-Mail: a3wsaar@t-online.de

INA – KÖLN

Chiapas: Indigene Autonomie trotz staatlichem Vernichtungskrieg?
Vortrag, Dias und Diskussion über den Befreiungskampf im Südosten Mexikos (EZLN). Zwei ReferentInnen schildern ihre Erfahrungen aus ihrer Arbeit als internationale menschenrechtsbeobachter in Chiapas.
Termin: 8.9.99
Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51603 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98

KREBSMÜHLE

20 Jahre Krebsmühle
1979: Es ging um die inneren Werte, den Sinn der Arbeit, den Kollektivgedanken, Loslösung von Konsumzwängen. Es sollte ein frei- und selbstbestimmtes Leben sein, praktiziertes Anders-Leben und -Arbeiten in Nischen, die ausstrahlen auf die als marode empfundene Gesellschaft, die Keimzellen sind für die große Veränderung. Die Gesellschaft war im Umbruch und die Alternativbewegung war ein Teil dieses großen Umbruchs. Die Arbeiterselbsthilfe (ASH) in der Oberurseler Krebsmühle (bei Frankfurt/M.) war von Anfang an dabei, mittedrin im Getümmel, Initiator für Vernetzungen, Projektemessen, kulturelle und ökonomische Initiativen.
1999: Einiges hat sich bewegt seit den Anfängen der Selbstverwaltung, nicht nur in der Krebsmühle. Projekte, die damals eine Alternative zum Herkömmlichen darstellten, sind heute zum Alltäglichen geworden. Der ökologische Gedanke hat viele Menschen überzeugt, der Kulturbegriff hat sich verändert. So haben sich eine Vielzahl innovativer Ideen etabliert. Nur, was für den einen ein »Erwachsenwerden« bedeutet, ist den anderen zu angepasst – ein Balanceakt zwischen Utopie und Realität.
Die Krebsmühle begeht ihr großes Jubiläumsfest am 12.9.1999 von 12 bis 20 Uhr.
Info: Krebsmühle, Krebsmühle 1, D-61440 Oberursel
☎(0 61 71) 7 60 88, Fax 7 99 21

ÖKOMEDIA '99

16. Internationales Festival des ökologischen Films vom **6.-10.10.99**. Nähere Informationen über Ökomedia Institut, Habsburgerstr. 9a, D-79104 Freiburg
☎(07 61) 5 20 24, Fax 55 57 24
E-Mail: oekomedia@t-online.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.